

Hulkovych, Valeriia; Geloneck, Patrik; Ohlig, Louise; Oberle, Monika

## Außerschulische politische Bildung (A)

*Abs, Hermann Josef [Hrsg.]; Engartner, Tim [Hrsg.]; Hedtke, Reinhold [Hrsg.]; Oberle, Monika [Hrsg.]; Heijens, Marie [Hrsg.]; Hellmich, Simon Niklas [Hrsg.]; Hulkovych, Valeriia [Hrsg.]; Huschle, Lucy [Hrsg.]; Wasenitz, Stella [Hrsg.]: Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung 2025, S. 382-528. - (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung; 11134)*



Quellenangabe/ Reference:

Hulkovych, Valeriia; Geloneck, Patrik; Ohlig, Louise; Oberle, Monika: Außerschulische politische Bildung (A) - In: Abs, Hermann Josef [Hrsg.]; Engartner, Tim [Hrsg.]; Hedtke, Reinhold [Hrsg.]; Oberle, Monika [Hrsg.]; Heijens, Marie [Hrsg.]; Hellmich, Simon Niklas [Hrsg.]; Hulkovych, Valeriia [Hrsg.]; Huschle, Lucy [Hrsg.]; Wasenitz, Stella [Hrsg.]: Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung 2025, S. 382-528 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-341218 - DOI: 10.25656/01:34121

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-341218>

<https://doi.org/10.25656/01:34121>

### Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft



Valeriia Hulkovych, Patrik Geloneck,  
Louise Ohlig, Monika Oberle

## 6. Außerschulische politische Bildung (A)



# 6.1 Einleitung

Als vierten Bildungsbereich fokussiert der Pilotmonitor die außerschulische politische Bildung in Deutschland. Non-formale Bildung<sup>1</sup> stellt eine wichtige Sozialisationsinstanz dar und hat das Potenzial, unterschiedliche Zielgruppen über lebenslange Lernprozesse hinweg zu erreichen. Neben ihrem Auftrag *sui generis*, allen in jedem Lebensalter Räume politischer Bildung zu eröffnen, birgt sie Chancen, formale Bildungsprozesse zu flankieren, zu ergänzen oder Kompensation für mangelnde formale Bildungsgelegenheiten zu schaffen. Im Folgenden wird sowohl die politische Jugendbildung als auch die politische Erwachsenenbildung in den Blick genommen.

Die außerschulische politische Kinder- und Jugendbildung in Deutschland ist im Gesetz fest verankert: Demnach sind jungen Menschen „die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 Abs. 1 S. 1 u. 2 SGB VIII). Dabei wird außerschulische politische Bildung als ein Schwerpunkt der Jugendarbeit ausgewiesen. Die Jugendarbeit wird von Verbänden, Gruppen, Initiativen der Jugend sowie anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe angeboten (§ 11 Abs. 2 SGB VIII).

Die Weiterbildungsgesetze (WBG) mehrerer Bundesländer weisen die Relevanz der politischen Erwachsenenbildung und deren Ziele explizit aus. So dient die Erwachsenenbildung laut Berliner WBG „der Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben“, „unterstützt die Wahrnehmung gesellschaftlicher Rechte und Pflichten und liefert einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft“ (§ 2 EBiG Berlin). Und

1 Non-formale Bildung umfasst organisierte, geplante und zielgerichtete Lernprozesse, die außerhalb des formalen Bildungssystems stattfinden. Sie dient der Förderung lebenslangen Lernens und kann eine Ergänzung oder Alternative zur schulischen und akademischen Bildung darstellen. Zwar können daraus Qualifikationen resultieren, diese sind jedoch in der Regel nicht formal anerkannt (Baumbast u. a. 2014; Council of Europe 2025; UNESCO 2012: 11–12).

das sächsische WBG formuliert: „Politische Weiterbildung soll die Fähigkeit zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten fördern und zu kritischer Beurteilung gesellschaftlicher Zusammenhänge befähigen. Sie soll zur Entwicklung toleranten Verhaltens gegenüber Andersdenkenden beitragen“ (§ 2 Abs. 3 WBG Sachsen).

Prominente Versuche, das Feld zu beschreiben, wurden von Lange (2010) und Kalina (2014) unternommen, die eine Bestandsaufnahme zur Situation politischer Bildung in Deutschland vorgelegt und dabei frei verfügbare Daten zu verschiedenen Bereichen politischer Bildung in einer Faktensammlung zusammengestellt haben. Seitdem sind keine ähnlichen bundesweiten Bestandsaufnahmen zur außerschulischen politischen Bildung erschienen. Der 16. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2020) enthält einen sehr wertvollen Fundus an Informationen zu Akteuren der demokratischen Kinder- und Jugendbildung und zu ihren Rahmenbedingungen. Statistische Daten werden darin allerdings nur vereinzelt detailliert aufbereitet. Eine instruktive Skizze der politischen Bildungslandschaft in Deutschland stellt die *Topografie der Praxis politischer Bildung* der *Fachstelle politische Bildung* dar, die einen breiten Überblick über die Landschaft der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung eröffnet, allerdings keine Akteure ausweist (Transfer für Bildung 2023: o. S.).

Das Feld der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im föderalen Deutschland zeichnet sich durch eine hohe Vielfalt an Trägern aus, die sich strukturell unterscheiden und deren Präsenz sowie spezifische Konstellationen auch regional variieren. Diese Vielfalt erschwert es, das Feld zu beschreiben und trägerübergreifende bzw. vergleichbare Daten zu gewinnen. Ebenso variieren die im Feld vertretenen Konzepte politischer Bildung. Nicht immer ist es möglich, ein Verständnis von politischer Bildung im engeren Sinne (siehe Kap. 1.2) von Demokratiebildung als sozialem Lernen und Engagementförderung klar zu unterscheiden. Auch gibt es bedeutende Schnittmengen zwischen der außerschulischen politischen Bildung und benachbarten Feldern wie historischer, religiöser und kultureller Bildung, Medienbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Um das Feld mit den vorhandenen Ressourcen bearbeiten zu können, ist daher trotz der bestehenden Unschärfen eine begründete Eingrenzung erforderlich.

## Zugang zur Erfassung des Bereiches

Um das Untersuchungsfeld möglichst aussagekräftig zu erfassen, nähert sich der Pilotmonitor dem Bereich außerschulische politische Bildung aus zwei Perspektiven: a) Er analysiert die öffentlichen Förderstrukturen und Fördermittel außerschulischer politischer Bildung, zunächst auf Bundes- und Landesebene; b) er beleuchtet Daten ausgewählter Kernakteure, die politische Bildung im engeren Sinne als eine ihrer zentralen Aufgaben begreifen oder sogar über einen entsprechenden gesetzlichen Auftrag verfügen.

Fördermittel der öffentlichen Hand sind eine wesentliche Ressource für Angebote der außerschulischen politischen Bildung. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der Trägerbefragung, die im Rahmen der Forschung zum Pilotmonitor durchgeführt wurde (vgl. Indikator A3). Die Untersuchung der öffentlichen Förderstrukturen und -mittel ermöglicht dabei auch Hinweise auf Ausgaben für Maßnahmen politischer Bildung, die nicht von den hier beleuchteten Kernakteuren umgesetzt werden. Für den vorliegenden Pilotmonitor wurden der Bundeshaushalt sowie drei ausgewählte Landeshaushalte (Baden-Württemberg als ein westdeutsches Flächenland, Berlin als Stadtstaat und Sachsen als ein ostdeutsches Flächenland) für die Jahre 2018 bis 2022 analysiert (zur Begründung der Auswahl siehe Indikator A2). Eine solche Analyse war für die kommunale Ebene nicht möglich, da die kommunalen Haushalte nicht ausreichend detailliert angeben, welche Mittel sie für die Zwecke der politischen Bildung verplanen.

Im Rahmen der Forschung zum Pilotmonitor wurden zehn Kernakteure bzw. Kernakteursgruppen identifiziert, die nach ihrem Selbstverständnis politische Bildung im engeren Sinne als eine zentrale Aufgabe haben (eine Kurzvorstellung der ausgewählten Kernakteursgruppen findet sich in A0-1 Annex). Diese Kernakteursgruppen wurden in zahlreichen bilateralen Erhebungsinterviews und *Runden Tischen* als eine sinnvolle Auswahl für den Pilotmonitor bestätigt:

1. Bundeszentrale für politische Bildung
2. Landeszentralen für politische Bildung
3. Bildungszentren des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
4. Bundeswehr
5. Volkshochschulen
6. Jugendringe
7. Politische Stiftungen
8. Gewerkschaften bzw. gewerkschaftsnahe Träger

9. Konfessionelle Träger
10. Weitere freie Träger

Damit wurden für den Pilotmonitor außer(hoch)schulische Akteure ausgewählt, die politische Bildung im engeren Sinne als eine ihrer zentralen Aufgaben begreifen oder sogar den gesetzlichen Auftrag hierzu haben. Ein weiteres Auswahlkriterium war die Datenverfügbarkeit. Aus diesem Grunde wurden insbesondere Dachverbände fokussiert, so bei den Volkshochschulen, den Jugendringen, den konfessionellen Trägern und bei der Gruppe der weiteren freien Träger. Außerdem war es erforderlich, für die ergänzende eigene Trägerbefragung (siehe unten) eine systematische Auswahl zu treffen. Neben Mitgliedern des Dachverbands *Bundesausschuss Politische Bildung* (bap) wurden hierfür von der bpb anerkannte Träger (also auch solche, die nicht Mitglied des bap sind) angeschrieben. Die ausgewählten Kernakteure wurden in zahlreichen bilateralen Erhebungsinterviews und *Runden Tischen* mit Expert/-innen aus dem Feld (Wissenschaft und Bildungspraxis) als eine sinnvolle Auswahl für den Pilotmonitor bestätigt. Ergänzend zu dieser Fokussierung auf ausgewählte Kernakteure wurden die Finanzströme der öffentlichen Hand analysiert. Auf diesem Weg kam bspw. auch die Förderung von Mahn- und Gedenkstätten sowie das Bundesprogramm *Demokratie leben!* in den Blick. Zwar wurden nicht alle im Programm *Demokratie leben!* geförderten Akteure für den Pilotmonitor als Kernakteure ausgewählt. Die Trägerbefragung ergab jedoch, dass zahlreiche der untersuchten Träger auch über das Bundesprogramm gefördert wurden.

Selbstverständlich existieren im Feld der außerschulischen politischen Bildung jenseits der ausgewählten Kernakteure weitere, auch für die Untersuchung des Pilotmonitors grundsätzlich relevante Akteure. So leisten beispielsweise auch Gedenk- und Dokumentationsstätten, Erinnerungsorte, Museen, Theater, Bibliotheken, Jugendzentren und Seniorenkreise, politische Parteien, Migrantenelbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Institutionen wie die freiwillige Feuerwehr bedeutende Beiträge zur politischen Bildung in Deutschland. Auch betreiben weitere freie Träger, die nicht in Dachverbänden organisiert und derzeit nicht durch die bpb anerkannt sind, politische Bildung im engeren Sinne. Darüber hinaus gibt es angrenzende Bildungsbereiche, wie Medienbildung oder Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die bedeutende Schnittmengen zur politischen Bildung aufweisen. Aufgrund begrenzter Ressourcen war im Rahmen dieser Studie jedoch eine Eingrenzung und Fokussierung erforderlich. Schließlich konnten auch zivilrechtliche Stiftungen (vgl. Kalina 2014: 23;

Lange 2010: 121–135) in ihrer doppelten Rolle als Fördergeber und Träger der außerschulischen politischen Bildung im Pilotmonitor nicht systematisch untersucht werden (Informationen zu den Aktivitäten ausgewählter Stiftungen finden sich in A0-2 Annex). Künftige Berichte können und sollten weitere Akteure berücksichtigen.

Um aussagekräftige Indikatoren zur Lage der außerschulischen politischen Bildung zu erstellen, werden verlässliche Daten benötigt. Der Pilotmonitor greift hierfür insbesondere auf frei verfügbare oder auf Anfrage bereitgestellte Daten zurück, wobei aus Ressourcengründen insbesondere Dachverbände oder anders organisierte Zusammenschlüsse relevanter Kernakteure der außerschulischen politischen Bildung im Fokus stehen, die einen Überblick über die politischen Bildungsaktivitäten ihrer Mitgliedseinrichtungen haben (bspw. *AdB*, *bap*, *Arbeit und Leben*, *DVV*, siehe unten). Ergänzt wird dieses Vorgehen durch eine eigene schriftliche, standardisierte Trägerbefragung mittels Online-Fragebogen sowie durch die Platzierung von Fragen in einer repräsentativen Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

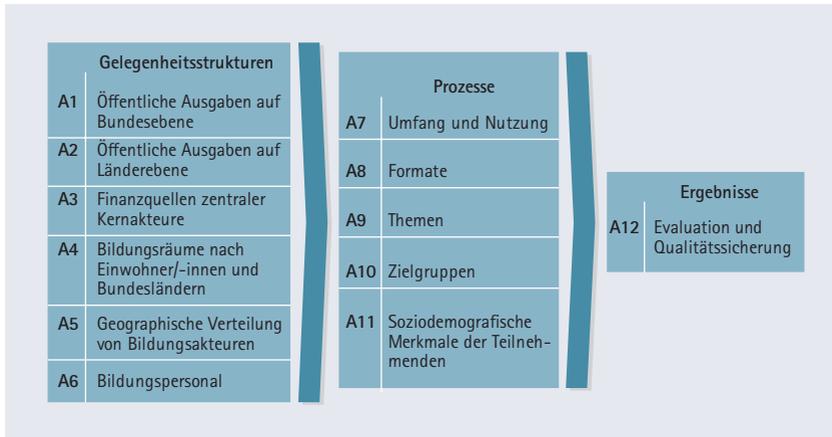
## Verwendete Datenquellen für die Indikatorenerstellung

Im Folgenden werden 12 Indikatoren zum Bereich außerschulische politische Bildung in Deutschland (siehe Abb. A0) vorgestellt, die datengestützte Einblicke in die Dimensionen Gelegenheitsstrukturen, Prozesse und Ergebnisse geben. Zur Erstellung dieser Indikatoren wurden unterschiedliche Datenquellen herangezogen, um aussagekräftige Einblicke in den Bildungsbereich zu ermöglichen und eine Grundlage für eine künftige, umfassendere datengestützte Berichterstattung zur außerschulischen politischen Bildung zu legen. Dabei wurde hauptsächlich mit den im Feld vorhandenen, entweder frei verfügbaren oder durch das Projektteam erschlossenen Daten gearbeitet. Ergänzend wurden relevante, bislang nicht verfügbare Daten in eigenen Befragungen erhoben. Ähnlich wie in den anderen drei Bereichen des Pilotmonitors wurden die Daten für die Indikatoren primär für den Zeitraum von 2018 bis 2022 aufbereitet.

### Jahresberichte der Bildungsträger

Viele Bildungsakteure veröffentlichen regelmäßig Berichte über ihre Bildungsarbeit, die wertvolle Einblicke in die Struktur und Zielsetzung der jeweiligen Einrichtung bieten. Es ist jedoch zu beachten, dass die Bildungsträger selbst

➤ **Abb. A0** Grafische Übersicht der Indikatoren im Bereich Außerschulische politische Bildung



entscheiden, welche Informationen in den Berichten enthalten sind. Da es keine einheitlichen Standards für die Erfassung dieser Berichte gibt, ist eine trägerübergreifende Analyse oder ein Vergleich der Daten oft schwierig und nicht immer sinnvoll. Dennoch bieten diese Berichte wichtige Informationen zu den Arbeitsschwerpunkten und Zielen der Einrichtungen.

### Interne Daten der Träger

Im Rahmen der Forschung für den Pilotmonitor wurde festgestellt, dass eine Nachjustierung oder sogar Neuentwicklung des Berichtswesens einiger Träger erforderlich wäre, um eine aussagekräftige Analyse der politischen Bildungsaktivitäten im Rahmen einer wiederkehrenden datengestützten Berichterstattung zu ermöglichen. Die Daten verfügen häufig nicht über die notwendige Differenziertheit, um die Trägeraktivitäten im Bereich politische Bildung belastbar bzw. angemessen zu beschreiben. Daher wurden die Bildungsträger auch direkt kontaktiert und weitere (bislang unveröffentlichte) Daten angefragt, um im Pilotmonitor beispielhaft zu zeigen, welche Indikatoren auf Basis der verfügbaren Daten gebildet werden könnten.

## Öffentliche Statistiken

Zur Bildung der Indikatoren wurden Daten aus der Weiterbildungsstatistik im Verbund und aus der Volkshochschulstatistik des *Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung* sowie aus den Kinder- und Jugendhilfestatistiken verwendet. Außerdem wurden Daten aus dem Berichtswesen Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen analysiert und aufbereitet.

## Eigene Erhebungen

### Eigene Trägerbefragung zur Außerschulischen Politischen Bildung (TAPB)

Es erfolgte eine Online-Befragung von nicht-staatlichen Kernakteuren der außerschulischen politischen Bildung, um angesichts von Datenlücken und der großen Varianz verwendeter Kategorien trägerübergreifende Aussagen zu relevanten Fragen zu ermöglichen. Um angesichts der großen Vielzahl an freien Akteuren im Feld ein Sample systematisch auszuwählen, orientierte sich die Selektion zum einen am Kriterium der Mitgliedschaft im zentralen Dachverband der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, dem bap (siehe A0-1 Annex). Da manche, aber nicht alle politischen Stiftungen Mitglied des bap sind, wurden für einen besseren Einblick in Tätigkeiten dieser Akteursgruppe weitere politische Stiftungen in die Befragung aufgenommen. Schließlich ging der Fragebogen an alle weiteren Träger, die das Anerkennungsverfahren der bpb (vgl. bpb 2024) als Träger der politischen Bildung (siehe A0-1 Annex) erfolgreich durchlaufen haben. Um die Rücklaufquote besser einschätzen zu können und Detailanalysen für unterschiedliche Gruppen zu ermöglichen, erfolgte der Versand der anonymen Umfrage getrennt an drei Subgruppen: bpb-anerkannte Träger, politische Stiftungen sowie alle übrigen Mitglieder des bap.

Die Einladung zur Teilnahme an der anonymen Online-Befragung wurde im Sommer 2024 an 487 Akteure versandt. Die Befragung ging per E-Mail an sämtliche 219 von der bpb anerkannten Träger politischer Bildung (einschließlich Untereinrichtungen der anerkannten Dachverbände), an sechs politische Stiftungen (zur Auswahl siehe A0-1 Annex) sowie an die Mitglieder

(einschließlich Untereinrichtungen) des bap (262<sup>2</sup> Träger zusätzlich zu den von der bpb anerkannten Trägern und den politischen Stiftungen).

Über diese 487 Akteure hinaus wurden die Geschäftsstellen der 16 Landesjugendringe gebeten, einen separaten Fragebogen an ihre Mitgliedsverbände weiterzuleiten, wobei weder deren Gesamtzahl noch die Zahl der erfolgten Weiterleitungen sicher bestimmt werden können. Die Landesjugendringe wurden in dieser Pilot-Befragung berücksichtigt, da über deren politische Bildungsarbeit im engeren Sinne bislang sehr wenig Daten vorliegen. Vertiefende Analysen der hier erhobenen Daten können erste Einblicke in die Qualifikation des Bildungspersonals sowie in Themen oder Formate von Maßnahmen der politischen Bildung dieser Akteursgruppe gewähren und Ausgangspunkt für umfassendere Erhebungen in Kooperation mit den Landesjugendringen sein.

Der teilstandardisierte Fragebogen (siehe A0-3 Annex) bezog sich unter anderem auf die Anzahl der betriebenen Tagungsstätten, die Personalsituation, die Höhe des Haushalts im Jahr 2022 sowie die Finanzierungsquellen zur Förderung von Maßnahmen politischer Bildung und deren geschätzte Anteile, die Anzahl, Themen, Formate und Orte der im Jahr 2022 durchgeführten Veranstaltungen, die Zielgruppen sowie die verwendeten Evaluationsinstrumente. In der Befragung wurden überwiegend geschlossene Fragen verwendet, um den Aufwand für die Beantwortung zu reduzieren und zugleich eine Vergleichbarkeit der Antworten zu gewährleisten. Ergänzende offene Fragen ermöglichten es den Teilnehmenden, Anmerkungen und Erläuterungen hinzuzufügen. Deskriptive Analysen zu geschlossenen Fragen wurden in SPSS 29.0 durchgeführt, offene Antworten wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Der Rücklauf fiel mit 41,3 % (201 der 487 angeschriebenen Akteure, ohne Mitgliedsverbände der Landesjugendringe) angesichts der zeitlich begrenzten Öffnung des Fragebogens von vier Wochen relativ hoch aus. Inklusive Mitgliedsverbände der Landesjugendringe haben insgesamt 271 Träger an der Befragung teilgenommen: 95 von der bpb anerkannte Träger (davon 56 abgeschlossene und 39 teilweise ausgefüllte Befragungen), 100 weitere

2 An zwei Mitgliedsverbände des bap ist der Fragebogen versehentlich nicht versendet worden: den Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V. sowie den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Inklusive deren Untereinrichtungen wurden damit in TAPB insgesamt 75 Einrichtungen nicht kontaktiert, die zum Zeitpunkt der Sample-Auswahl (Mai 2024) Mitglied des bap waren.

bap-Mitglieder (davon 50 abgeschlossen, 50 teilweise ausgefüllt), 6 politische Stiftungen (alle angefragten, davon 3 abgeschlossen, 3 teilweise ausgefüllt) sowie 70 Mitgliedsverbände der Landesjugendringe (davon 29 abgeschlossen, 41 teilweise ausgefüllt).

Befragung in Kooperation mit dem Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval)

Der *DEval Meinungsmonitor* ist eine regelmäßig durchgeführte repräsentative Umfrage, welche die Einstellungen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland zu entwicklungspolitischen Fragen untersucht (vgl. DEval 2024). Für den Meinungsmonitor werden unterschiedliche Datenquellen genutzt, unter anderem durch das DEval konzipierte Erhebungen über das Meinungsforschungsinstitut *respondi*. In einer Kooperation zwischen dem Autorenteam und dem DEval wurden in die anonyme Online-Befragung für den DEval Meinungsmonitor für das Jahr 2024 vier Fragen aufgenommen, die Hinweise auf die Teilnahme der Befragten an Veranstaltungen zur politischen Bildung im Allgemeinen sowie zu Themen der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen geben (siehe A0-4 Annex). Daten zu sozio-demografischen Hintergrundvariablen der Befragten in dieser repräsentativen deutschlandweiten Studie ermöglichen Aussagen dazu, wie häufig unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an Veranstaltungen politischer Bildung teilnehmen.

## 6.2 Indikatoren

### A1 – Öffentliche Ausgaben für außerschulische politische Bildung auf Bundesebene



Auch wenn Bildungspolitik vornehmlich Ländersache ist, existieren vielfältige Fördermöglichkeiten für Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung auf Bundesebene. Eine systematische Analyse öffentlicher Mittel kann die aktuellen Fördertitel des Bundes aufzeigen und die Entwicklungen der Etats verschiedener Einrichtungen darstellen. Bei der vertieften Analyse der Haushaltspläne aller Bundesministerien (vgl. BMF o.D.) hat sich jedoch herausgestellt, dass eine klare Zuordnung bzw. eindeutige Berechnung der jeweiligen ministeriellen Ausgaben für politische Bildung nicht möglich ist, da Haushaltsposten nicht hinreichend aufgeschlüsselt sind und einzelne Förderposten neben politischer Bildung auch andere Schwerpunktthemen (unter anderem historische und kulturelle Bildung oder Sportförderung) umfassen. Eine präzise Bezifferung der Ausgaben für politische Bildung auf Bundesebene ist daher im Rahmen dieses Pilotmonitors nicht realisierbar. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden im vorliegenden Indikator daher die Höhe und Entwicklung von Ausgabenposten ausgewählter Ministerien dargestellt, durch die Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung finanziert werden. Der Fokus liegt auf

#### Kennziffern

- Höhe geplanter Ausgaben für außerschulische politische Bildung in Haushaltsposten verschiedener Ministerien auf Bundesebene

#### Datenquelle

- Bundeshaushalt



dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)<sup>3</sup> sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), deren Haushalte mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Kinder- und Jugendplan zwei zentrale, auf Dauer angelegte Finanzposten für politische Bildungsmaßnahmen beinhalten. Außerdem werden die Haushalte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sowie des Auswärtigen Amtes (AA) beleuchtet. Diese Aufschlüsselung dient als Grundlage für weitergehende Detailstudien und als Anhaltspunkt für die Analyse chronologischer Entwicklungstrends.

### Bundesministerium des Innern und für Heimat



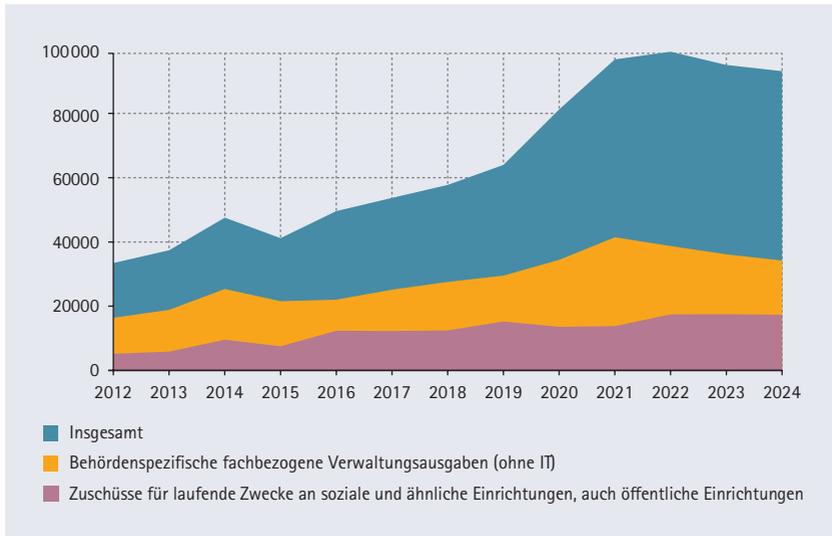
Die beiden Haushaltsposten, über die das BMI politische Bildung schwerpunktmäßig fördert, sind zum einen Globalzuschüsse für die parteinahen Stiftungen, zum anderen Mittel für die *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb), die als eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt im Geschäftsbereich des BMI angesiedelt ist. Daneben bezuschusst das BMI die *Stiftung Mitarbeit*, welche sich als ein Selbsthilfewerk politisch verantwortungsbewusst handelnder Bürger/-innen in der politischen Bildungsarbeit engagiert, um Demokratie von unten zu entwickeln und politische Teilhabe zu stärken. Auch die *Deutsche Gesellschaft e. V.*, ein Verein, der sich in seiner Bildungsarbeit für Demokratie und Völkerverständigung einsetzt, wird vom BMI finanziell unterstützt.

Der Haushalt der bpb enthält sowohl Mittel für eigene Bildungsarbeit als auch Mittel zur Förderung weiterer Träger. Abbildung 1 ist zu entnehmen, dass die geplanten (Soll-)Ausgaben für die bpb von 2015 bis 2022 kontinuierlich anstiegen, ab 2023 erfolgten jedoch Kürzungen des Etats von insgesamt 100,46 Mio. Euro im Jahr 2022 auf 96,18 Mio. Euro. Allerdings entspricht die Förderung der bpb seit 2016 stets einem Anteil von 0,02 % des Gesamthaushalts des Bundes, auch wenn die Jahressummen variieren. Der Anteil der bpb-Mittel am Haushalt des BMI wiederum variiert von 0,62 % (2012) über 0,82 % (2014) und 0,41 % (2018) bis 0,72 % im Jahr 2024.

Bei der Analyse der Mittel der bpb ist es wichtig anzumerken, dass die ca. 12 Mio. Euro jährlich umfassende Finanzierung des Bundesprogramms *Zusammenhalt durch Teilhabe* (ZdT), welches seit 2010 durch das BMI bereitgestellt

3 Landes- wie Bundesministerien sind im Text nach ihren Bezeichnungen im jeweiligen Untersuchungszeitraum benannt.

► **Abb. A1-1** Etat der Bundeszentrale für politische Bildung, Soll 2012–2024, in Tsd. Euro



Datenquelle: Bundeshaushaltsplan der jeweiligen Jahre, Kapitel 0635 (Bundeszentrale für politische Bildung), dort differenziert Titel 532 02 (Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)), Titel 684 02 (Zuschüsse für laufende Zwecke und ähnliche Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen), Soll des jeweiligen Jahres.

wird, erst seit dem Jahr 2020 über den bpb-Haushalt erfolgt. Diese Umstrukturierung des BMI-Haushalts bedingt den außergewöhnlich großen Anstieg des Gesamthaushalts der bpb im Jahr 2020 teilweise. Die Ausgaben für die bpb-eigene Bildungsarbeit (beispielsweise Herstellung eigener Schriften, Entwicklung und Bereitstellung besonderer Angebote zur inklusiven politischen Bildung, zur politischen Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von bildungsfernen Zielgruppen) finden sich im Haushaltsposten *Behördenspezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben* (Titel 532 02), der sich im Jahr 2022 auf 35,52 Mio. Euro belief. Dieser Haushaltsposten beinhaltet in Teilen auch die Förderung von Modellprojekten, die sowohl als Förderung Dritter – außerhalb des eigentlichen Fördertitels (siehe dazu genauer unten) – als auch als Teil der bpb-eigenen Bildungsarbeit betrachtet werden

können.<sup>4</sup> Wie der Gesamthaushalt der bpb ist auch dieser Haushaltsposten unabhängig von der Integration der Mittel für ZdT von 2016 bis 2022 kontinuierlich gestiegen. Ab dem Jahr 2022 ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen.

Die Förderung freier Träger politischer Bildung speist sich aus dem Haushaltsposten *Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen* (Titel 684 02). Darunter fallen einerseits die Richtlinienförderung<sup>5</sup> der von der bpb anerkannten Träger, andererseits wiederum weitere Teile der Modellförderung von Projekten außerhalb der Förderrichtlinien. Die Höhe dieses Haushaltspostens betrug 17,56 Mio. Euro im Jahr 2022. Der niedrigste Wert lag im Jahr 2012 bei 5,12 Mio. Euro, und der Höchstwert wurde im Jahr 2023 mit 17,64 Mio. Euro erreicht. Der Anteil am Etat der bpb variierte über die Jahre erheblich: Im Jahr 2014 erreichte er den höchsten Wert von 20,02 %, während im Jahr 2021 der Anteil mit 14,15 % am geringsten ausfiel. Im Jahr 2022 lag der Anteil geplanter Ausgaben bei 17,48 % des bpb-Budgets.

Seit dem Jahr 2020 erfolgt wie bereits erwähnt die Förderung des Bundesprogramms ZdT über den Titel 686 01: *Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus* im Haushalt der bpb (Soll 2020, 2021: je 12 Mio. Euro, Soll 2022: 12,70 Mio. Euro, Soll 2023: 10,82 Mio. Euro, Soll 2024: 12,48 Mio. Euro). Das BMI hat das Programm seit 2010 mit dem Ziel aufgelegt, Vereine und Verbände bei der Finanzierung von Projekten zu unterstützen, die bürgerschaftliches Engagement fördern und zu einem lebendigen und demokratischen Miteinander beitragen. Außerdem wird ein besonderer Fokus auf die Förderung ländlicher und strukturschwacher Gegenden in Deutschland gelegt. Gefördert werden Maßnahmen in drei Programmbereichen: Demokratische Praxis in Vereinen und Verbänden stärken, gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort gestalten sowie Modellprojekte zur Stärkung von Teilhabe und Engagement.<sup>6</sup> Weitere relevante Posten im Haushalt waren der Zuschuss von

- 4 Um im Rahmen des Pilotmonitors die Nachvollziehbarkeit der Darstellungen zum Bundeshaushalt zu garantieren, wurde auf eine weitergehend differenzierende Betrachtung von Mitteln für die Modellförderung in Abgrenzung zu den Mitteln für die Regelförderung (siehe unten) verzichtet.
- 5 Siehe Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Veranstaltungen der politischen Bildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung, 04.09.2023, GMBI 2023, Nr. 44, S. 962–965.
- 6 Siehe Angaben des Programms zu den Fördermöglichkeiten sowie die Förderrichtlinie 2025–2030. Verfügbar unter: [www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/foerderung/143864/foerdermoeglichkeiten](http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/foerderung/143864/foerdermoeglichkeiten) (Zugriff: 14.04.2025).

6,5 Mio. Euro im Jahr 2021 für Investitionen zur Umsetzung des Ausstellungskonzepts zur Boeing 737-200C *Landshut* in Friedrichshafen sowie ein Zuschuss von 1,5 Mio. Euro im Jahr 2022 für Investitionen zur Umsetzung des *Lernorts Weiße Rose*.

Die bpb beschäftigt mit Stand Februar 2025 rund 450 Mitarbeiter/-innen, die in 12 Fachbereichen, 3 Projektgruppen sowie einer Stabstelle und sechs Verwaltungsreferaten an drei verschiedenen Standorten tätig sind: Für die Entgelte der Arbeitnehmer/-innen waren im Jahr 2022 insgesamt 10,42 Mio. Euro vorgesehen. Darüber hinaus wurden weitere 616 000 Euro für Entgelte von befristet Beschäftigten sowie sonstige Beschäftigungsentgelte (z. B. für Auszubildende) und Aufwendungen für nebenberuflich und nebenamtlich Tätige eingeplant. Für die Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten wurden im Jahr 2022 insgesamt 10,42 Mio. Euro veranschlagt. Die bpb verfügte damals (Stand 31.12.2022) über 261 Tarifbeschäftigte (inklusive befristet Beschäftigter, Auszubildender und Volontärinnen und Volontäre) sowie 114 Beamtinnen und Beamte.

Neben den Mitteln für die bpb enthält der BMI-Haushalt Fördermittel für die außerschulische politische Bildung im Bereich *Heimat, Gesellschaft und Verfassung*. Ein bedeutender Posten ist der Globalzuschuss zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit, in dem die Förderung parteinaher Stiftungen vorgesehen ist (Soll 2014–2017: je 115,96 Mio. Euro, 2018–2020: je 131,96 Mio. Euro, 2021: 140,96 Mio. Euro, ab dem Jahr 2022: 148 Mio. Euro). Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Jahr 2022 und damit ein Jahr vor Verabschiedung des StiftFinG (vgl. A0-1 Annex) 45,6 Mio. Euro, die Friedrich-Ebert-Stiftung 41,32 Mio. Euro, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 16,35 Mio. Euro, die Rosa-Luxemburg-Stiftung 15,77 Mio. Euro, die Heinrich-Böll-Stiftung 15,58 Mio. Euro und die Hanns-Seidel-Stiftung 13,39 Mio. Euro erhalten.

Außerdem gewährt das BMI finanzielle Unterstützung an weitere Institutionen, die unter anderem zur Förderung der politischen Bildung beitragen. Die *Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt* fungiert primär als Anlaufstelle für gemeinnützige Organisationen und Vereine, die sich mit dem Thema Ehrenamt beschäftigen (Soll-Ausgaben ab dem Jahr 2021: jährlich 10 Mio. Euro). Die *Stiftung Mitarbeit* verfolgt das Ziel, durch überparteiliche Bildungsarbeit die Demokratieentwicklung von der Basis aus zu unterstützen und die politische Partizipation aller in Deutschland lebenden Personen zu stärken (Stiftung Mitarbeit 2024) (Titel 685 11-144, 1.2, Soll 2022: 740 000 Euro). Die *Deutsche Gesellschaft e. V.*

setzt sich in ihrer Bildungsarbeit für Demokratie und internationale Verständigung ein (Titel 685 11-144, Nr. 1.1, Soll 2022: 485 000 Euro).

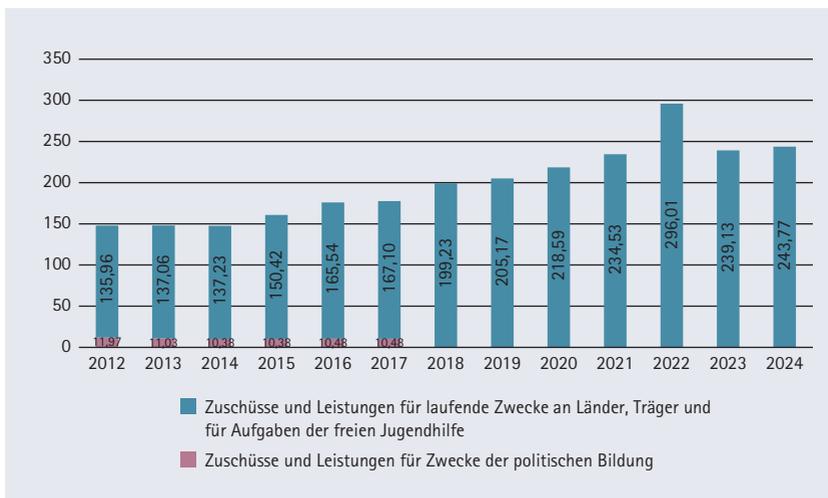
Fördermittel für politische Bildung können darüber hinaus in weiteren Posten des BMI-Haushalts enthalten sein, wie zum Beispiel *Untersuchungen und Aufklärung über innenpolitische Grundsatzfragen sowie Förderungen innenpolitischer Maßnahmen* (Titel 532 14-029, Soll 2022: 3,86 Mio. Euro). Außerdem sind Finanzmittel für Dialog- und Begegnungsformate im Titel *Gleichwertige Lebensverhältnisse* (Titel 532 15-013, Soll 2022: 3 Mio. Euro) enthalten. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse war ein Handlungsfeld der damaligen Bundesregierung (vgl. BMI o.D.) und konkretisierte sich über den physischen und funktionalen Zugang zu Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in unterschiedlich strukturierten ländlichen Räumen und Verdichtungsräumen. Ein weiterer Zuschuss ist für die Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs vorgesehen (Soll 2022: 23,14 Mio. Euro).

Im Bereich *Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene* bilden die Mittel für die Integrationskurse mit rund 675 Mio. Euro (Titel 684 12-219, Soll 2022) den Ausgabenschwerpunkt. Der Integrationskurs besteht aus 600 bis 900 Stunden Sprachunterricht und 100 Stunden Orientierungskurs. Der Orientierungskurs dient „der Vermittlung von Werten, die in Deutschland bedeutsam sind, sowie Kenntnissen der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte in Deutschland“ (Vorbemerkung Kapitel 06 Bundeshaushaltsplan 2022: 43), sodass Inhalte auch als politische Bildung identifiziert werden können.

### Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im Hinblick auf politische Bildung berücksichtigt das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) in seinem Haushalt vor allem Maßnahmen der Kinder- und Jugendpolitik (Kapitel 1702). Die Schlüsselrolle kommt hierbei dem *Kinder- und Jugendplan des Bundes* (KJP; bis 1993 Bundesjugendplan) zu, der als Fördertopf der Bundesregierung für die politische und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland fungiert. Des Weiteren bilanziert der Haushalt *Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie* (Titel 684 04-165). Schließlich verantwortet das BMFSFJ politische Bildung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes: Alle Freiwilligen müssen während ihres Dienstes an einem entsprechenden Seminar teilnehmen, das in der Regel das *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA) anbietet.

► **Abb. A1-2** Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Länder, Träger und für Aufgaben der freien Jugendhilfe, in Mio. Euro, 2012-2024 (Soll)



Anmerkung: Zuschüsse und Leistungen für Zwecke der politischen Bildung werden ab 2018 nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Datenquelle: Bundeshaushaltsplan der jeweiligen Jahre, Kapitel 1702 (Kinder- und Jugendpolitik), dort differenziert Titel 684 04-165 (Zuschüsse für laufende Zwecke und ähnliche Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen).

Das BMFSFJ hat im Jahr 2022 ein finanzielles Volumen in Höhe von 1,02 Mrd. Euro für die Kinder- und Jugendpolitik veranschlagt (Soll 2024: 600,4 Millionen Euro). Dabei hat der Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes ein besonderes Gewicht als Form der Anregung und Förderung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene auf der Grundlage des Achten Buches Sozialgesetzbuch (siehe Abb. A1-2). Hierfür standen im Jahr 2022 296 Mio. Euro zur Verfügung. Aus Abbildung A1-2 ist ersichtlich, dass damit seit 2012 ein Höchstwert erreicht wurde, der in den beiden folgenden Jahren auf 239,13 Mio. Euro (2023) bzw. 243,77 Mio. Euro (2024) zurückging.

Im Jahr 2012 wurden 11,97 Mio. Euro für Zwecke der politischen Bildung zugewiesen, was 8,09 % der Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Länder, Träger und Aufgaben der freien Jugendhilfe entsprach. Ab 2013 sanken die für Zwecke politischer Bildung zugewiesenen Mittel kontinuierlich (sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual). 2017 standen 9,48 Mio. Euro

für Maßnahmen politischer Bildung zur Verfügung, was 5,34 % des Kinder- und Jugendplanes entsprach. Seit dem Jahr 2018 werden die Ausgaben für politische Bildungsarbeit nicht mehr gesondert ausgewiesen, daher kann deren Anteil seither nur geschätzt werden.

Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt des BMFSFJ bei der Förderung politischer Bildung sind die *Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie*, für die im Jahr 2022 183,5 Mio. Euro vorgesehen waren, was einem Anteil von 17,97 % der BMFSFJ-Ausgaben für Kinder- und Jugendpolitik entspricht (Titel 684 04-165, Soll 2024: 200 Mio. Euro). Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* (Soll 2022: 165,5 Mio. Euro) und das Programm *Menschen stärken Menschen* (Soll 2022: 18 Mio. Euro). Das Bundesprogramm *Menschen stärken Menschen* unterstützt seit 2016 Partnerschaften, in denen sich Menschen für andere Menschen einsetzen und persönliche Beziehungen Türen zu gleichberechtigter Teilhabe öffnen sollen.

Das Bundesprogramm *Demokratie leben!* dient seit 2015 zur Implementierung der Strategie der Bundesregierung zur Prävention gegen Extremismus und zur Förderung der Demokratie.<sup>7</sup> In der zweiten Förderphase (2020–2024) wurden drei Handlungsfelder bearbeitet: die Förderung der Demokratie, die Gestaltung der Vielfalt und die Prävention von Extremismus. Gleichzeitig ist die Arbeit in vier Handlungsbereiche unterteilt:

- Handlungsbereich Kommune: In diesem Bereich werden Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse in Partnerschaften für Demokratie unterstützt.
- Handlungsbereich Land: Das Programm fördert die Arbeit von Landes-Demokratiezentren in jedem Bundesland. Diese Zentren stärken Demokratie und Vielfalt, indem sie alle relevanten Akteure vernetzen und lokale Angebote wie mobile Beratung, Opfer- und Betroffenenberatung sowie Distanzierungs- und Ausstiegsberatung koordinieren.
- Handlungsbereich Bundesebene: *Demokratie leben!* bündelt Kompetenzen, um die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu stärken.

7 Siehe S. 1 der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung aus dem Jahr 2016, hrsgg. von BMFSFJ und BMI. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> (Zugriff: 16.04.2025).

- Förderung von Modellprojekten: Diese Projekte sind in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention angesiedelt. Ein Innovationsfonds ermöglicht es, kurzfristig auf aktuelle demokratiefeindliche Entwicklungen zu reagieren.

Die administrative Umsetzung des Bundesprogramms erfolgt durch die Regiestelle *Demokratie leben!* beim BAFzA (BMFSFJ o.D.). Obwohl die geförderte Bildungsarbeit von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist, können nicht alle Inhalte als politische Bildung im engeren Sinne verstanden werden. Auf Basis der Haushaltsdaten ist es nicht möglich, den genauen Mittelumfang zu bestimmen, der im Rahmen des Bundesprogramms in politische Bildung im engeren Sinne fließt. Wie die Ergebnisse der Trägerbefragung TAPB allerdings belegen, ist *Demokratie leben!* eine bedeutende Finanzquelle der befragten Kernakteure politischer Bildung (vgl. A3).

Darüber hinaus fördert der Bund über das BMFSFJ gemäß § 83 Absatz 1 SGB VIII die überregionale Tätigkeit der Jugendorganisationen der politischen Parteien im Bereich der Jugendarbeit (Titel 684 05-261). Seit dem Jahr 2022 sind jährlich 4,2 Mio. Euro für Zuschüsse an Jugendorganisationen politischer Parteien vorgesehen. Zusätzlich finanziert das BMFSFJ verschiedene Maßnahmen von bilateralen Jugendwerken, darunter das Deutsch-Französische (Titel 686 07-261, Soll 2022: 13,51 Mio. Euro), das Deutsch-Polnische (Titel 686 08-261, Soll 2022: 7 Mio. Euro), das Deutsch-Griechische (Titel 686 05-261, Soll 2022: 3 Mio. Euro) und das Deutsch-Israelische (Titel 686 05-261, Soll 2022: 1 Mio. Euro) Jugendwerk. Die *Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt* (DSEE) erhält ebenfalls Zuschüsse: Neben Mitteln des BMI und des *Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft* sind auch 20 Mio. Euro (Kapitel 1703, Titel 685 11-290, 10 Millionen ab dem Jahr 2023) aus dem BMFSFJ-Etat vorgesehen. Die Kosten für die Durchführung von Seminaren von BAFzA-Bildungszentren sind ebenso im Bundeshaushaltsplan ersichtlich. Im Jahr 2022 beliefen sich die geplanten Kosten auf 20,34 Mio. Euro, was einem Anteil von etwa 17,3 % am Etat des BAFzA entspricht (Kapitel 1713, Titel 671 01-290). Dabei ist wichtig anzumerken, dass die Arbeit der DSEE wie auch die zuvor genannten Maßnahmen nur teilweise der politischen Bildung im engeren Sinne zugeordnet werden können. Ähnliches gilt für die Bildungsmaßnahmen des BAFzA, da diese in den Bildungszentren nicht ausschließlich Seminare zur politischen Bildung organisieren. Die genaue Höhe der Förderung

außerschulischer politischer Bildung lässt sich auf Basis der Haushaltsplananalyse demnach nicht beziffern.

In weiteren Haushaltstiteln könnten Anteile politischer Bildung enthalten sein, über deren Ausmaß hier jedoch keine Aussage möglich ist. So enthält der BMFSFJ-Haushalt Fördermittel für *Modellvorhaben zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements* und für zentrale Maßnahmen sowie Organisationen des Ehrenamtes und der Selbsthilfe (Kapitel 1702, Titel 684 12-290, Soll 2022: 8,22 Mio. Euro). Zuschüsse und Leistungen an Träger für laufende Zwecke und für Aufgaben der Gleichstellungspolitik zu Gewaltschutz und -prävention sind im Jahr 2022 mit 5 Mio. Euro veranschlagt. Für *Maßnahmen zur Umsetzung der Qualifizierungsoffensive* waren 389 Mio. Euro im Jahr 2022 vorgesehen (Kapitel 1702, Titel 684 02-261, Soll 2024: 26,8 Mio. Euro). Mit der Zuweisung an die *Stiftung Frühe Hilfen* stärkt die Bundesregierung durch einen Zuschuss von 56 Mio. Euro im Jahr 2024 die im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz verankerten Frühen Hilfen (Titel 684 03-265).

### Weitere Bundesministerien und der Deutsche Bundestag

Auch das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** trägt zur Förderung außerschulischer politischer Bildung bei. Ein Beispiel ist das Bundesprogramm *Unsere Arbeit: Unsere Vielfalt. Initiative für betriebliche Demokratiekompetenz* (2021–2024). Ziel dieses Programms war es, Demokratie in der Arbeitswelt zu stärken und Rassismus, Verschwörungserzählungen sowie Rechtsextremismus entgegenzuwirken. Mit 7 Mio. Euro jährlich wurden Projekte gefördert, die Belegschaften, Arbeitgeber/-innen, Berufsschüler/-innen sowie Lehrende darin unterstützten, demokratiefördernd zu handeln und sich vor Ort gegen Rassismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit zu stellen (Kapitel 1101, Titel 684 01-253). Der Fokus lag dabei insbesondere auf kleinen und mittleren Betrieben in der Privatwirtschaft. Angeboten wurden bundesweit Schulungen, Trainings, Seminare, Aktionen und die Begleitung von Initiativen vor Ort. Neben Projekten in jedem Bundesland wurden branchenspezifische Ansätze zur Förderung von betrieblicher Demokratiekompetenz entwickelt.

Politische Bildung in der Bundeswehr ist eines der Hauptgegenstandsfelder der *Inneren Führung* und wird als eine Säule der Persönlichkeitsbildung in einem dienstzeitbegleitenden Bildungsprozess implementiert (vgl. A0-1 Annex). Ausgaben für Maßnahmen politischer Bildung des **Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg)** konnten in den Haushaltsplänen jedoch nicht eindeutig

identifiziert werden. Der Posten *Aus- und Fortbildung* umfasst für das Jahr 2022 insgesamt 21,76 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beteiligt sich ebenfalls an der Förderung politischer Bildung. Bedeutsame Posten dafür sind die *Förderung der entwicklungspolitischen Bildung* sowie die Finanzierung der Organisation *Engagement Global*.

Mit den Mitteln im Titel *Förderung der entwicklungspolitischen Bildung* (Kapitel 2302, Titel 684 71-023) werden Programme von gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit gefördert, welche die Integration entwicklungspolitischer Themen in die Bildungsarbeit unterstützen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für globale Zusammenhänge fördern. Im Jahr 2022 waren dafür 45 Mio. Euro vorgesehen. Es ist zudem denkbar, dass Maßnahmen politischer Bildung auch durch Mittel des Postens *Förderung des kommunalen Engagements* unterstützt werden (Kapitel 2302, Titel 685 71-023).

Seit 2012 agiert im Auftrag der Bundesregierung und mit Mitteln des BMZ das öffentliche Unternehmen *Engagement Global*, das sich als zentrale Anlauf- und Servicestelle in Deutschland für die Vielfalt entwicklungspolitischen Engagements sowie für Informations- und Bildungsarbeit in diesem Bereich etabliert hat. *Engagement Global* informiert und berät Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Kommunen, Schulen, Wirtschaft und Stiftungen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell (*Engagement Global 2024*, Kapitel 2302, Titel 685 01-023). Für die institutionelle Förderung der Einrichtung waren im Jahr 2022 34,74 Mio. Euro vorgesehen. Hinzu kamen 967 000 Euro an Zuschüssen für Investitionen.

Ein weiterer bedeutender Beitrag des BMZ zur politischen Bildung ist die Förderung *entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen* mit 340 Mio. Euro im Jahr 2022 (Kapitel 2302, Titel 687 04-23). Diese Förderung betrifft allerdings Bildungsvorhaben im Ausland, die nicht im Fokus des Pilotmonitors stehen.

Das Auswärtige Amt (AA) unterstützt die politische Bildungsarbeit mit dem Ziel der Völkerverständigung im Allgemeinen sowie der Förderung des europäischen Gedankens. Dies schließt grenzüberschreitende politische, wirtschaftliche, soziale oder umweltpolitische Entwicklungen ein. Dabei spielen die politischen Stiftungen mit ihren Programmen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen oft eine entscheidende Rolle. Ähnlich wie das BMZ fördert das AA

die Bildungsarbeit der politischen Stiftungen im Ausland, sodass auch diese Mittel nicht in den Fokus des Pilotmonitors fallen. Im Haushaltsposten *Gesellschafts- und europapolitische Maßnahmen der Politischen Stiftungen* waren für das Jahr 2022 68 Mio. Euro für laufende Aufgaben im Ausland vorgesehen (Kapitel 0502, Titel 687 27-029).

Zudem werden durch den Haushaltsposten *Zuschüsse zur Förderung des europäischen Gedankens* sowohl die *Europäische Bewegung Deutschland* (Kapitel 0502, Titel 685 25-029) als auch kontinuierlich geförderte nichtstaatliche Einrichtungen unterstützt, die zur Verbreitung des europäischen Gedankens in der Öffentlichkeit oder zur europabezogenen politischen Bildungsarbeit in Deutschland beitragen. Von den für diesen Posten vorgesehenen 700 000 Euro sind mindestens 500 000 Euro für die Arbeit des *Instituts für Europäische Politik* in Berlin vorgesehen. Zusätzlich werden die Ausbildungskurse für deutsch-französische Jugendbegegnungen der *Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V.* (GÜZ) in Bonn und des *Bureau International de Liaison et de Documentation* in Paris mit 40 000 Euro gefördert. Weitere 32 000 Euro sind für den *Europäischen Wettbewerb* vorgesehen – ein Schülerwettbewerb, der seit 1953 Schüler/-innen aller Jahrgänge zur vertieften Auseinandersetzung mit europäischen Themen und Fragestellungen im Unterricht durch die Erstellung kreativer Beiträge auffordert.

Schließlich spielt der Besucherdienst des **Deutschen Bundestages** eine relevante Rolle bei der Förderung der politischen Bildung in Deutschland. Alle Interessierten haben die Möglichkeit, kostenlos an verschiedenen Plenarbesuchen, Informationsvorträgen und Führungen teilzunehmen. Im Jahr 2018 lagen die geplanten Ausgaben für den Besucherdienst bei 8,18 Mio. Euro. Zusätzlich wurden 573 000 Euro für historische Ausstellungen im Deutschen Dom sowie 1,38 Mio. Euro für Veranstaltungen im Parlamentsviertel bereitgestellt. Im Jahr 2022 wurden die Mittel auf 6,6 Mio. Euro reduziert (zudem 705 000 Euro für die Ausstellungen und 1,38 Mio. Euro für Maßnahmen im Parlamentsviertel). Die geplanten Ausgaben wurden jedoch im Jahr 2024 wieder auf 8,45 Mio. Euro erhöht. Seit 2021 wurden die Budgetposten für Ausstellungen und Veranstaltungen zusammengeführt. Im Jahr 2021 wurden für die Erinnerungskultur, historische Ausstellungen, Veranstaltungen und Festakte insgesamt 3,37 Mio. Euro bereitgestellt, dieser Betrag stieg im Jahr 2024 auf 8,16 Mio. Euro an.

Das Engagement des Bundes im Bereich der außerschulischen politischen Bildung kann trotz aufwendiger Recherchen und Detailanalysen nicht vollständig erfasst werden. Elemente einer Förderung (außerschulischer) politischer



Bildung können sich zudem in weiteren, hier nicht im Detail vorgestellten Ministerien bzw. Haushaltsposten verstecken. Etwa lassen sich bei einzelnen Einrichtungen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit nicht klar von Bildungsmaßnahmen abgrenzen. Auch tragen einzelne Fördermaßnahmen von Institutionen wie der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien*, des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz* sowie des *Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft* ebenfalls zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland bei. Haushaltsposten weisen die Anteile der politischen Bildung allerdings oftmals nicht hinreichend präzise aus. Die hier gewählte Darstellung ist auf diejenigen Haushaltstitel beschränkt, die eindeutig der Förderung der außerschulischen politischen Bildung dienen. Aber auch in diesen Fällen ist die genaue Summe der Fördermittel, die innerhalb eines Titels in politische Bildung fließen, oftmals unklar. Zudem wird mehrfach im Haushaltsplan darauf hingewiesen, dass verschiedene Titel übertragbar sind, wodurch nicht sichergestellt ist, welche Mittel tatsächlich der politischen Bildung zugutekommen. So bleibt die Indikatorenbildung zur öffentlichen Förderung trotz intensiver Recherche- und Auswertungsarbeit eine Herausforderung. Die vorliegende Analyse bietet die Möglichkeit, einzelne Titel in den Haushalten der verschiedenen Bundesministerien zu untersuchen, deren Entwicklung über die Zeit hinweg zu beobachten und zu vergleichen. Dies kann im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Förderstrukturen sowie für weitergehende Analysen von Fördermaßnahmen eine wertvolle Orientierung bieten.

Die fehlende Transparenz bestehender Förderstrukturen erschwert die Beurteilung des Fördervolumens der öffentlichen Hand auf Bundesebene für die außerschulische politische Bildung. Dies beeinträchtigt evidenzbasierte Diskussionen und erschwert es, begründete Argumente für oder gegen den Ausbau, bzw. für oder gegen die Kürzung von Fördermitteln zu formulieren. Eine präzise Darstellung der öffentlichen Mittel des Bundes zur Förderung der politischen Bildung könnte dazu beitragen, Stärken und Schwächen der bestehenden Förderstruktur aufzuzeigen und Entwicklungsbedarfe abzuleiten.



### **Ausgewählte Ergebnisse**

- In den Haushalten mehrerer Bundesministerien konnten Finanzmittel für politische Bildung identifiziert und im Zeitverlauf dargestellt werden, dennoch lässt sich das Engagement des Bundes im Bereich der außerschulischen politischen Bildung nicht vollständig erfassen.
- Die Mehrheit der Förderprogramme, bei denen Bildungsträger Mittel für politische Bildung beantragen können, ist zeitlich begrenzt (ca. drei bis fünf Jahre Programmlaufzeit).
- Nach einem Allzeithoch im Jahr 2022 sind seit 2023 bei den auf Dauer gestellten Finanzposten Bundeszentrale für politische Bildung sowie Kinder- und Jugendplan Kürzungen zu verzeichnen.

## A2 – Öffentliche Ausgaben für außerschulische politische Bildung auf Landesebene



Außerschulische politische Bildung wird auf Länderebene von unterschiedlichen Ministerien bzw. Einrichtungen gefördert. Für die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen wurden Querschnittsanalysen der Landeshaushalte für die Jahre 2018 bis 2022 durchgeführt, um zu beleuchten, inwiefern und in welcher Höhe Haushaltsmittel (Soll-Werte) für außerschulische politische Bildung bereitgestellt werden und wie diese in den Haushaltsdokumenten benannt und gegebenenfalls erläutert werden. Die Auswahl der Bundesländer erfolgte aus forschungspragmatischen Gründen – insbesondere abhängig vom Zugang zu Daten – sowie unter Berücksichtigung von Varianz in der geografischen, demografischen und politischen Struktur. Zudem wurden aktuelle politische Entwicklungen berücksichtigt, wie etwa die Verschiebung von Kräfteverhältnissen im Zuge von Landtagswahlen. Die exemplarischen Tiefenbohrungen in den drei gewählten Bundesländern – einem westdeutschen Flächenland, einem ostdeutschen Flächenland und dem Stadtstaat Berlin – bieten somit interessante Einblicke in öffentliche Förderstrukturen für die außerschulische politische Bildung auf Landesebene unter unterschiedlichen politischen und geografischen Rahmenbedingungen, ohne damit einen Generalisierungsanspruch hinsichtlich dieser Variablen zu erheben. Im Folgenden werden Größe,

### Kennziffern

- Höhe geplanter Ausgaben für außerschulische politische Bildung in Haushaltsposten verschiedener Ministerien auf Landesebene

### Datenquellen

- Landeshaushalte Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen 2018 bis 2022, Haushalte der Landeszentralen für politische Bildung der 16 Bundesländer 2020



Bevölkerungsdichte sowie haushaltsrelevante Zäsuren wie Landtagswahlen und Regierungswechsel der drei Länder knapp skizziert. In den Haushaltsanalysen werden diese Zäsuren herangezogen, wenn Veränderungen im Umfang und bei den thematischen Schwerpunkten geförderter Bildungsmaßnahmen sowie veränderte Ressortzuschnitte zu erklären sind.

Mit einer Fläche von etwa 35 700 km<sup>2</sup> und rund 11,1 Mio. Einwohner/-innen zählt Baden-Württemberg zu den bevölkerungsreichsten Bundesländern Deutschlands. Im Jahr 2021 fanden Landtagswahlen statt, wobei im Untersuchungszeitraum durchgehend eine Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und CDU unter grüner Führung das Land regierte. Die Entwicklung des Landeshaushalts war zwischen 2018 und 2022 von mehreren bedeutenden Haushaltsentscheidungen geprägt: Für die Jahre 2018 und 2019 wurde ein Doppelhaushalt mit einem Gesamtvolumen von rund 100 Mrd. Euro verabschiedet. Der Doppelhaushalt für 2020/2021 sah Ausgaben von 51,7 Mrd. Euro für 2020 und 52,9 Mrd. Euro für 2021 vor. Der Landeshaushalt 2022 wurde im Dezember 2021 verabschiedet und hatte ein Gesamtvolumen von rund 57,4 Mrd. Euro.

Die Bundeshauptstadt Berlin ist mit etwa 892 km<sup>2</sup> der größte deutsche Stadtstaat. Mit rund 3,7 Mio. Einwohner/-innen ist es das am dichtesten besiedelte Bundesland. Da Berlin den Status eines Stadtstaates hat, erfüllt die politische Struktur sowohl städtische als auch landespolitische Aufgaben. 2021 fand die Wahl zum Abgeordnetenhaus statt, die allerdings wegen Unregelmäßigkeiten 2023 wiederholt werden musste. Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, welche bis 2021 das Land regiert hatte, blieb auf Grund der Wahlwiederholung bis 2023 im Amt. Für Berlin wurden im Untersuchungszeitraum mehrere Doppelhaushalte verabschiedet (2018/2019 in Höhe von 28,6 Mrd. bzw. 29,4 Mrd. Euro, 2020/2021 in Höhe von 31 Mrd. bzw. 32,3 Mrd. Euro und 2022/2023 in Höhe von 38,7 Mrd. bzw. 37,9 Mrd. Euro).

Sachsen ist mit etwa 18 400 km<sup>2</sup> und rund 4 Mio. Einwohner/-innen ein im Vergleich zu Baden-Württemberg etwas dünner besiedeltes Flächenland. Im Untersuchungszeitraum fanden in Sachsen in 2019 Landtagswahlen statt. Die Landesregierung wurde durchgehend von der CDU geführt, bis 2019 in einer Koalition mit der SPD, ab 2019 gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der Doppelhaushalt 2021/2022 ist damit der erste, den auch Bündnis 90/Die Grünen als Regierungspartei in Sachsen mitgestaltet hat. Insbesondere ab 2021 enthielten die Haushalte neue Schwerpunkte im Bereich Demokratiebildung und gesellschaftlicher Zusammenhalt (z. B. die Programme *Weltoffenes Sachsen* und *Orte der Demokratie*). Dieser Doppelhaushalt 2021/2022 hatte ein

Volumen von 43,1 Mrd. Euro (21,3 Mrd. bzw. 21,8 Mrd. Euro). Die vorherigen Doppelhaushalte umfassten etwa 41 Mrd. Euro für 2019/2020 (20,2 Mrd. bzw. 20,9 Mrd. Euro) und rund 37,5 Mrd. Euro für 2017/2018 (18,6 Mrd. bzw. 18,95 Mrd. Euro).

Neben den Landtagswahlen gab es im Untersuchungszeitraum Europawahlen (2019), die ebenfalls als Kontextvariable in die Analyse und Diskussion der Landeshaushalte einbezogen wurden.

Die Einzelpläne dieser Bundesländer für den fünfjährigen Untersuchungszeitraum wurden einer Schlagwortsuche<sup>8</sup> unterzogen. Die so identifizierten Haushaltstitel wurden manuell gesichtet und in ein tabellarisches Verzeichnis eingetragen (vgl. Tab. A2-1 bis A2-3 Annex), sofern sie Hinweise auf außerschulische politische Bildung enthielten. Dabei zeigte sich, dass eine Unterscheidung außerschulischer und schulischer politischer Bildung nicht immer trennscharf vorgenommen werden konnte, da die Differenzierung dieser Bildungsbereiche sich nicht unbedingt in haushälterischen Entscheidungen widerspiegelt. Auch fehlt oftmals eine klare Ausweisung der Mittel für die politische Bildung im engeren Sinne, also in Abgrenzung bspw. zu kultureller oder historischer Bildung. Folglich erlaubten es die zur Verfügung stehenden Haushaltsdaten häufig nicht, die Anteile der jeweiligen Posten, die der außerschulischen politischen Bildung im engeren Sinne zukommen sollten, zu quantifizieren.

Im Folgenden werden die Landeshaushalte der drei gewählten Bundesländer zunächst separat und dann in der Gesamtschau analysiert und diskutiert. Die Mittel der Landeszentralen für politische Bildung in den drei ausgewählten Bundesländern werden nachfolgend jeweils im Detail betrachtet, da eine vergleichende Gegenüberstellung der Gesamtausgaben aufgrund der unterschiedlichen Organisationsweisen und Aufgabenverteilungen der Landeszentralen nicht zielführend wäre. Neben der Finanzierung der Landeszentralen werden hier die Fördermittel für die Themenbereiche Gedenkstättenförderung, Extremismusprävention und europapolitische Bildungsarbeit dargestellt und vergleichend untersucht sowie weitere ausgewählte Posten der Landeshaushalte präsentiert (für einen umfassenden Überblick über die identifizierten Haushaltsposten der Landeshaushalte siehe Tab. A2-1 bis A2-3 Annex).

8 Die verwendeten Suchbegriffe umfassten neben *politische bildung* u.a. *polit\**, *bürgerschaftlich\**, *demokrat\**, *engag\**, *staatsbürgerl\**, *partizip\**, *beteilig\**, *extremis\**, *prävent\**.

## Baden-Württemberg



Während der Gesamthaushalt in den untersuchten Jahren insgesamt nominal anstieg, traf dies nicht auf die identifizierten Ausgabenposten für die außerschulische politische Bildung zu, die sowohl nominal als auch relativ zum Gesamthaushalt nach 2020 wieder zurückgingen. So lag der Anteil der identifizierten Haushaltsposten am Gesamthaushalt im Untersuchungszeitraum bei rund 0,05 %. Er erreichte 2020 ein Hoch von 0,059 % und sank in den Folgejahren 2021 und 2022 wieder auf 0,049 % bzw. 0,044 %, und damit unter die Werte von 2018 (0,051 %) und 2019 (0,050 %). Die Förderung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB Baden-Württemberg) nahm in den betrachteten Haushaltsjahren dagegen deutlich zu. Die vorgesehenen Mittel für die LpB Baden-Württemberg wurden von etwa 9,5 Mio. Euro im Jahr 2018 auf 15 Mio. Euro im Jahr 2022 aufgestockt. Besonders hervorzuheben ist das Hoch im Jahr 2020, als nahezu 19 Mio. Euro bereitgestellt wurden. Der Zuwachs lässt sich nicht allein durch die Personalausgaben erklären, die über den Zeitraum kontinuierlich anstiegen. Vielmehr gab es besonders bei den Zuweisungen und Zuschüssen einen Aufwuchs (2018: 2,52 Mio. Euro, 2022: 6,11 Mio. Euro), der 2020 einen Höchststand erreichte (9,31 Mio. Euro). Auch die institutionellen Zuschüsse, die zur Förderung weiterer Träger durch die Landeszentrale vorgesehen sind, stiegen von 1 Mio. Euro in den Jahren 2018 und 2019 auf jeweils 2 Mio. Euro in den Jahren 2020, 2021 und 2022. Der Posten für die Förderung der politischen Stiftungen über die LpB Baden-Württemberg (*Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung*) wurde von jeweils 1 Mio. Euro in 2018 und 2019 auf 2 Mio. Euro für die Jahre 2020, 2021 und 2022 verdoppelt.

Daneben wurde auch die Gedenkstättenarbeit deutlich stärker durch das Land Baden-Württemberg gefördert. 2018 lagen die Mittel noch bei 1,2 Mio. Euro. 2020 stiegen die geplanten Ausgaben für die Gedenkstättenarbeit des Landes in Kooperation mit der *Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG)* auf 6,81 Mio. Euro. Dies sind rund 5,8 Mio. Euro mehr als im Vorjahr (2019) und ca. 4,5 Mio. Euro mehr als im Folgejahr (2021). Diese Abweichung ist auf eine einmalige Zuwendung des Landes Baden-Württemberg an die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau in Höhe von 4 Mio. Euro zurückzuführen. Bis 2022 fielen die vorgesehen Ausgaben wieder auf 3,6 Mio. Euro.

Der Bereich der Extremismusprävention konnte sowohl im Einzelplan des Landtags als auch des Innenministeriums als auch des Ministeriums für Soziales und Integration (ab 2021: für Soziales, Gesundheit und Integration)

identifiziert werden. Ab dem Jahr 2020 entfielen jedoch die Mittel des Innenministeriums, welche in 2018 und 2019 etwa 1 Mio. Euro betragen hatten. Die Gelder, die über den Landtag für die Extremismusprävention über eine Titelgruppe der LpB Baden-Württemberg bereitgestellt wurden, betragen in 2018 und 2019 jeweils 179 500 Euro. In 2020 und 2021 war eine deutliche Vergrößerung des Postens im Doppelhaushalt der Jahre vorgesehen (1,13 Mio. Euro pro Jahr), die sich in 2022 wiederum auf 129 500 Euro reduzierte. Hingegen förderte das Sozialministerium die Extremismusprävention verstärkt ab 2020 mit 378 000 Euro (2021: 378 000 Euro, 2022: 524 000 Euro). Durch die Streichung der Förderung des Innenministeriums wurde der Bereich im Untersuchungszeitraum in Summe aber abnehmend gefördert.

Die europapolitische Bildungsarbeit wurde zunächst über das Justizministerium gefördert und wechselte 2022 in die Zuständigkeit des Staatsministeriums. Die veranschlagten Mittel lagen 2018 bei etwa 386 000 Euro, stiegen bis 2020 auf 480 200 Euro und verzeichneten 2022 einen starken Rückgang auf 192 400 Euro.

Darüber hinaus erhielt auch das *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* im Untersuchungszeitraum jährlich Unterstützung durch Landesmittel – mit Förderbeträgen zwischen 5 und 6 Mio. Euro. Hier ist ein leichter Anstieg über den Zeitraum zu erkennen.

Auch wurden über das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zunehmend Finanzmittel zur Förderung staatsbürgerlicher Erziehung in Schulen bereitgestellt. Dieser Posten wurde 2022 umbenannt und erhielt den Zusatz „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“, was die außerschulische Komponente widerspiegelt. Gefördert wurden u. a. die Durchführung von gemeinschaftskundlichen Veranstaltungen der Schulen und außerschulischer Akteure der Demokratieerziehung sowie das Programm *RespektBW*, welches zum Ziel hatte, Hass und Hetze im Netz zu bekämpfen. Zeitgleich wuchsen die vorgesehenen Mittel stark an. Während in den Jahren 2018 und 2019 jeweils nur etwa 20 000 Euro veranschlagt waren und die geplante Förderung in 2020 bei rund 180 000 Euro und 2021 bei 30 000 Euro lag, stieg der Posten 2022 deutlich auf über 750 000 Euro an.

Kürzungen gab es hingegen bei der Förderung internationaler Kooperationen über das Staatsministerium, u. a. für die entwicklungspolitische Bildung im Inland. Die geplanten Ausgaben beliefen sich in den Jahren 2018 und 2019 auf 2 Mio. Euro, stiegen 2020 und 2021 auf knapp 3 Mio. Euro, wurden jedoch im Jahr 2022 vollständig gestrichen.

## Berlin

Der Landeshaushalt Berlins wuchs in den Corona-Pandemiejahren 2020 und 2021, aber auch danach quantitativ deutlich. Davon profitierte auch die politische Bildung. Während der Anteil der Posten, die Mittel für Zwecke der außerschulischen politischen Bildung enthalten, im Jahr 2018 noch bei 0,08 % lag, stieg er in den Corona-Jahren 2020 und 2021 auf knapp 0,12 %. Unter der neuen Regierung fiel dieser Anteil jedoch wieder auf 0,09 %.

Die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung Berlin (LpB Berlin), gefördert über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, wurden im Untersuchungszeitraum nahezu verdoppelt, von rund 1,8 Mio. Euro im Jahr 2018 auf etwa 3,6 Mio. Euro im Jahr 2022. Dieser Anstieg bildet sich auch in den deutlich gestiegenen Personalausgaben ab, die über die Inflation hinausgehen. Ähnliches gilt für die sächlichen Verwaltungsausgaben. Auch die Zuschüsse an die LpB Berlin für die politische Bildungsarbeit wurden erhöht – von 437 000 Euro im Jahr 2018 auf 757 000 Euro im Jahr 2020 und 772 000 Euro im Jahr 2022. Davon entfielen 50 000 Euro im Jahr 2018 und 150 000 Euro im Jahr 2019 auf die aufsuchende politische Bildungsarbeit, die später unter dem Posten *Zusätzliche konsumtive Zwecke im Inland* weitergeführt wurde – ein Bereich, dessen Förderung ebenfalls ausgebaut wurde. 2022 wurde zudem ein neuer Haushaltsposten für diversitätssensible politische Bildung der LpB Berlin in Höhe von 50 000 Euro eingeführt. Seit 2020 werden außerdem vier sozialräumliche Projekte über die LpB-BE mit rund 220 000 Euro jährlich gefördert. Die Unterstützung der politischen Stiftungen über die LpB Berlin stieg im betrachteten Zeitraum leicht an – von 569 000 Euro im Jahr 2018 auf 605 000 Euro im Jahr 2022.

Ein großer und kontinuierlich wachsender Anteil der im Haushalt von Berlin identifizierten Posten für die außerschulische politische Bildung im weiteren Sinne ist zudem die Förderung von Gedenkstätten über die Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Die Stiftungen *Berliner Mauer* und *Deutscher Widerstand* erhielten im Jahr 2022 jeweils 3 bzw. 4,5 Mio. Euro und damit jeweils knapp 1 Mio. Euro bzw. fast 2 Mio. Euro mehr als noch im Jahr 2018. Auch der Zuschuss an die *Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen* wurde von etwa 2,4 Mio. Euro in 2018 auf rund 4,4 Mio. Euro im Jahr 2022 aufgestockt. Das *Anne-Frank-Zentrum* erhielt über die betrachteten Haushaltsjahre kontinuierlich 70 000 Euro jährlich.

Zudem wurden mehrere Posten im Einzelplan des Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur identifiziert. Insbesondere die Fördersumme für

politische und historische Aufarbeitung der SED-Diktatur von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen mittels u. a. Bildungsarbeit wurde von 1 Mio. Euro im Jahr 2018 auf 1,7 Mio. Euro im Jahr 2022 erhöht.

Darüber hinaus wurden Berliner Landesmittel für die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (seit 2022: Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung) bereitgestellt. Die Fördersumme wuchs von 4,3 Mio. Euro auf 7,8 Mio. Euro an – mit einem markanten Anstieg um rund 2,3 Mio. Euro im Jahr 2020.

Die europapolitische Bildungsarbeit wurde über den Regierenden Bürgermeister sowie die Senatsverwaltung für Kultur und Europa finanziert. Dabei ist in beiden Einzelplänen ein Aufwuchs zu verzeichnen: Der Zuschuss an die *Europäische Akademie* im Einzelplan des Bürgermeisters stieg von 336 218 Euro (2018) auf 600 000 Euro (2022). Auch die Posten im Einzelplan der Senatsverwaltung für Kultur und Europa stiegen in Summe von 31 000 Euro auf fast 383 000 Euro im Jahr 2022.

Das *Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum* erhielt ebenfalls eine zunehmende Förderung. Die Mittel stiegen von 194 000 Euro (2018) über 235 000 Euro (2020) auf 319 000 Euro für das Jahr 2022, wobei insbesondere mit der Verabschiedung der neuen Doppelhaushalte jeweils ein deutlicher Anstieg einherging.

Als eine Besonderheit hervorzuheben ist schließlich die Förderung der Partizipation und des demokratischen Handelns von Kindern und Jugendlichen durch den *Jugend-Demokratiefonds*. Dieser wurde im Jahr 2018 mit 778 840 Euro, im Jahr 2019 mit 787 840 Euro und jeweils mit etwas über einer Mio. Euro in 2020, 2021 und 2022 von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt.

## Sachsen

Insgesamt steigt auch in Sachsen im Betrachtungszeitraum der prozentuale Anteil der identifizierten Posten an den Gesamtausgaben des Landes. Insbesondere im Jahr 2021, d. h. nach dem Regierungswechsel, gehen die Ausgaben in die Höhe. Während der Anteil der Posten mit politischer Bildung in den Jahren 2018 bis 2020 jeweils etwa 0,19 % betrug, stieg der Anteil unter Schwarz-Rot-Grün auf 0,32 % in 2021 bzw. 0,36 % in 2022.

Ein großer Anteil dieses Anstiegs lässt sich auf die expandierende Förderung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen (SLpB) in diesem Zeitraum zurückführen, die eine deutliche Erhöhung ihrer Mittel verzeichnen konnte. Während sie im Jahr 2018 noch 2,76 Mio. Euro erhielt, wuchs ihr Budget bis 2022 auf knapp über 3,5 Mio. Euro an. Dieser Anstieg setzt sich aus höheren geplanten Ausgaben für die politische Bildungsarbeit, aber etwa gleichermaßen auch aus Sach-, Personal- und Verwaltungskosten zusammen.

Anders als in den anderen beiden untersuchten Bundesländern werden die politischen Stiftungen in Sachsen direkt über die Staatskanzlei – und nicht über die SLpB – gefördert. Der in den betrachteten Haushalten vorgesehene Posten für die politischen Stiftungen in Sachsen betrug kontinuierlich etwa 1,69 Mio. Euro.

Auch die Erinnerungskultur stellt in Sachsen einen zentralen Förderbereich dar, der ab 2021 ebenfalls eine Mittelvergrößerung erfuhr. Besonders die Förderung der Gedenkstätten durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus stieg von 2,67 Mio. Euro in 2018 auf 3,85 Mio. Euro. Ebenfalls auffällig ist in diesem Zusammenhang der massive Anstieg an Fördergeldern für die politisch-historische Bildung durch das Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Während hierfür aus dem Vorgängerministerium nur etwa 50 000 Euro bereitgestellt wurden, wurden in 2021 1,4 Mio. Euro und in 2022 2,9 Mio. Euro an Zuschüssen für Projekte zur Erinnerungskultur gewährt.

Ein weiterer relevanter Bereich, in den sächsische Landesmittel fließen, ist die Extremismusprävention. Zwei Ministerien sind in diesem Handlungsfeld maßgeblich beteiligt: das Staatsministerium des Inneren sowie das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (ab 2021: Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt). Während die veranschlagten Mittel des Innenministeriums etwa gleich blieben bzw. sogar in den Jahren 2019 und 2020 auf etwas mehr als eine halbe Mio. leicht zurückgingen (zuletzt: 700 000 Euro in 2022), wurde Extremismusprävention insbesondere durch das Sozialministerium zunehmend gefördert. Zwischen 2018 und 2022 verdoppelten sich die Mittel, wobei ein Großteil dieser Gelder in das Landesprogramm *Weltoffenes Sachsen* fließen. Im Jahr 2018 wurde das Programm mit 4,15 Mio. Euro gefördert. Im nächsten Doppelaushalt wuchs der vorgesehene Förderbetrag auf etwa 6,5 Mio. Euro in 2019 bzw. 2020. Nach dem Einzug von Bündnis 90/Die Grünen in die sächsische Regierung stiegen die Mittel noch einmal auf 9,35 Mio. Euro (2021) bzw. 9,88 Mio. Euro (2022).



Die europapolitische Bildung erfuhr mit dem Regierungswechsel 2021 eine organisatorische Veränderung. Während sie zuvor auch durch die Staatskanzlei finanziert wurde, wurde sie nach der neuen Regierungsbildung vollständig dem Staatsministerium der Justiz und für Europa, Demokratie und Gleichstellung zugewiesen. Gleichzeitig ist ein Aufwuchs der finanziellen Mittel in diesem Bereich zu verzeichnen. Insgesamt wurden hier im Jahr 2022 knapp 1 Mio. Euro angesetzt.

Schließlich sind einige spezifische Aspekte der politischen Bildungsförderung in Sachsen im Vergleich zu anderen untersuchten Bundesländern hervorzuheben. Dazu gehört die Förderung des in 2020 neu gegründeten *Instituts für Didaktik der Demokratie* an der TU Dresden mit 750 000 Euro pro Jahr in 2021 und 2022 für die Weiterentwicklung der Methoden moderner politischer Bildung und Stärkung der politischen Bildungsarbeit in den sächsischen Klein- und Mittelstädten und im ländlichen Raum. Zudem beinhalten die Haushalte des Staatsministeriums *Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen* in Höhe von 1,11 Mio. Euro in 2018 bzw. 1,36 Mio. Euro in 2022.

Neben diesen Bereichen sind im Landeshaushalt Sachsen auch die steigenden Ausgaben des Staatsministeriums für Kultus für den Posten *Demokratieerziehung – Politische Bildung* bemerkenswert. Dieser Posten enthält u. a. die Förderung des Bundesprogramms *Demokratisch Handeln*, welches Demokratieprojekte in, aber auch außerhalb von Schulen auszeichnet. Im Jahr 2018 waren hierfür 166 000 Euro vorgesehen. Mit dem neuen Doppelhaushalt für 2019/2020, dann unter Ministerpräsident Kretschmer, wuchs dieser Posten um mehr als 1 Mio. Euro auf 1,61 Mio. Euro (2019) bzw. 1,88 Mio. Euro (2020). Diese Förderung wurde in den darauffolgenden Haushaltsjahren 2021 und 2022 beibehalten.

Zudem wurden mittels der Stichwortsuche für die außerschulische politische Bildung relevante Posten im Bereich der Jugendförderung identifiziert. Die hierfür vorgesehenen Mittel im Einzelplan des Sozialministeriums blieben weitgehend stabil. Über verschiedene Haushaltstitel hinweg beliefen sich die Ausgaben konstant auf eine Summe von um die 20 Mio. Euro jährlich, mit einem leichten nominalen Aufwärtstrend.

Auch die mit dem Regierungswechsel 2021 neu bereitgestellten Mittel für *Veröffentlichungen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung* sind hervorzuheben. Diese finanziellen Mittel beliefen sich in den Jahren 2021 und 2022 auf 180 000 bzw. 145 000 Euro. Zudem wurde ein neues Förderprogramm für Orte der Demokratie ins Leben gerufen, das ab 2021 über das Staatsministerium der Justiz

und für Europa, Demokratie und Gleichstellung mit erheblichen Summen finanziert wurde. Die Ausgaben hierfür betragen 2021 20,35 Mio. Euro und stiegen bis 2022 auf 26,28 Mio. Euro. Die Orte der Demokratie sind dabei öffentliche Räume, die von Vereinen, Verbänden sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren genutzt werden sollen.

Der Anstieg der Mittel sowie besondere Schwerpunktsetzungen ab 2021 lassen sich mit den Ergebnissen der Landtagswahlen und dem erfolgten Regierungswechsel erklären. So reagierte die schwarz-rot-grüne Koalition auf den hohen Zuspruch der Wähler/-innen für rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien, besonders in ländlichen Räumen. Die neuen Partner einigten sich auf ein „Demokratieförderpaket“, das explizit gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Bildung und Engagement gegen Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung stärken sollte.

Wie bei den Bundesmitteln ist es auch auf Länderebene oftmals nicht möglich, die exakte Höhe der für außerschulische politische Bildung vorgesehenen Mittel zu identifizieren. Berechnet man die Gesamtsumme der hier identifizierten relevanten Posten für die drei Fälle Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen im Zeitraum 2018 bis 2022, so wird deutlich, dass sich die insgesamt beobachtete Steigerung der Landeshaushalte in unterschiedlicher Weise in den identifizierten Posten der außerschulischen politischen Bildung widerspiegelt. Während in Sachsen mit den wachsenden Haushalten auch mehr Mittel für die außerschulische politische Bildung (bzw. Haushaltsposten, welche solche Zwecke enthalten) zur Verfügung gestellt wurden, legt dieser Anteil in Baden-Württemberg nur bis 2020 zu und setzt sich danach sowohl nominal als auch relativ vom weiterhin ansteigenden Gesamthaushalt ab. In Berlin hingegen manifestiert sich diese Trendwende erst ein Jahr später mit dem neuen Doppelhaushalt für 2021/2020. In Sachsen wiederum kann man einen signifikanten relativen Anstieg der identifizierten Posten im Vergleich zum Gesamthaushalt erkennen, der auch mit dem Zeitpunkt der Landtagswahl, bei welcher die AfD hohe Gewinne verzeichnete, zusammenfällt. Dieser Anstieg ist vor allem durch die Förderung des Postens *Orte der Demokratie* begründet, welcher auch, aber nicht ausschließlich außerschulische politische Bildungsmaßnahmen enthält. Allerdings besteht auch ohne Einbezug dieses Programms ein relativer Anstieg der identifizierten Posten außerschulischer politischer Bildung am Gesamthaushalt Sachsens im Jahr 2022.

In allen drei Bundesländern kann man die gestiegenen Fördersummen für die Landeszentralen für politische Bildung als Hinweis darauf interpretieren, dass die Rolle der politischen Bildung im engeren Sinne zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen mehr Aufmerksamkeit erfahren hat. Neben dieser Gemeinsamkeit offenbart der Vergleich aber auch Unterschiede, z. B. hinsichtlich der Förderthemen (etwa die stärkere absolute Förderung der Gedenkstätten in Berlin oder die Verortung europapolitischer Bildungsarbeit in unterschiedlichen Einzelplänen). Punktuell sind die thematischen Schwerpunkte nach Regierungswechseln einer hohen Dynamik ausgesetzt (z. B. wenn nach dem Regierungswechsel in Sachsen neue Förderprogramme aufgesetzt werden oder die Förderung der europapolitischen Bildung in Baden-Württemberg an ein anderes Ressort weitergegeben wird).

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es nur eingeschränkt möglich ist, auf Basis der Analyse der Landeshaushalte die Mittel für die außerschulische politische Bildung hinreichend zuzuordnen bzw. zu identifizieren. Etwa bleibt bei den Förderaktivitäten der Kultusministerien oftmals unklar, inwiefern außerschulische Akteure von diesen Mitteln profitieren. Es wäre daher notwendig, Fördermittel für politische Bildung auf Landesebene (wie auch auf Bundesebene, vgl. A1) präziser auszuweisen, wenn man Transparenz für öffentliche Diskussionen schaffen und evidenzbasierte Entscheidungen über Förderstrategien erleichtern möchte.

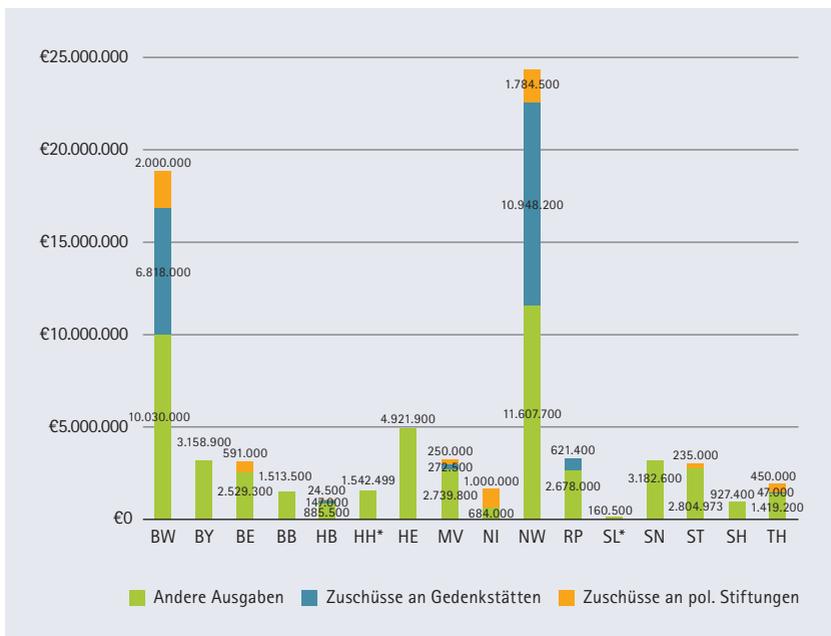
### Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung



Um die Haushaltspläne aller 16 Bundesländer vergleichend zu analysieren, wurde zunächst versucht, die Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung für das Beispieljahr 2020 systematisch zu untersuchen. Dabei erwiesen sich die Darstellungen der Haushaltsdaten als äußerst heterogen: Während die Ausgaben in Niedersachsen auf einer halben Seite zusammengefasst werden (Niedersachsen Haushaltsjahr 2020, Einzelplan 06: 292), erstreckt sich die Erläuterung des Haushaltsplans in Baden-Württemberg über 21 Seiten (Baden-Württemberg Einzelplan 01: 41 ff.). Diese Unterschiede betreffen jedoch nicht nur die Präsentation der Daten, sondern auch den Aufgabenbereich: Neben den eigenen Sach- und Personalkosten werden in einigen Bundesländern u. a. Zuschüsse an politische Stiftungen sowie Mittel für die Gedenkstättenarbeit und die Förderung einzelner Bildungseinrichtungen bereitgestellt.

Aufgrund dieser Unterschiede in den Aufgabenfeldern ist die Vergleichbarkeit der Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung eingeschränkt

► Abb. A2-1 Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung in Euro, 2020 (Soll)



Datenquelle: entsprechende Haushaltstitel der Landeshaushalte, 2020

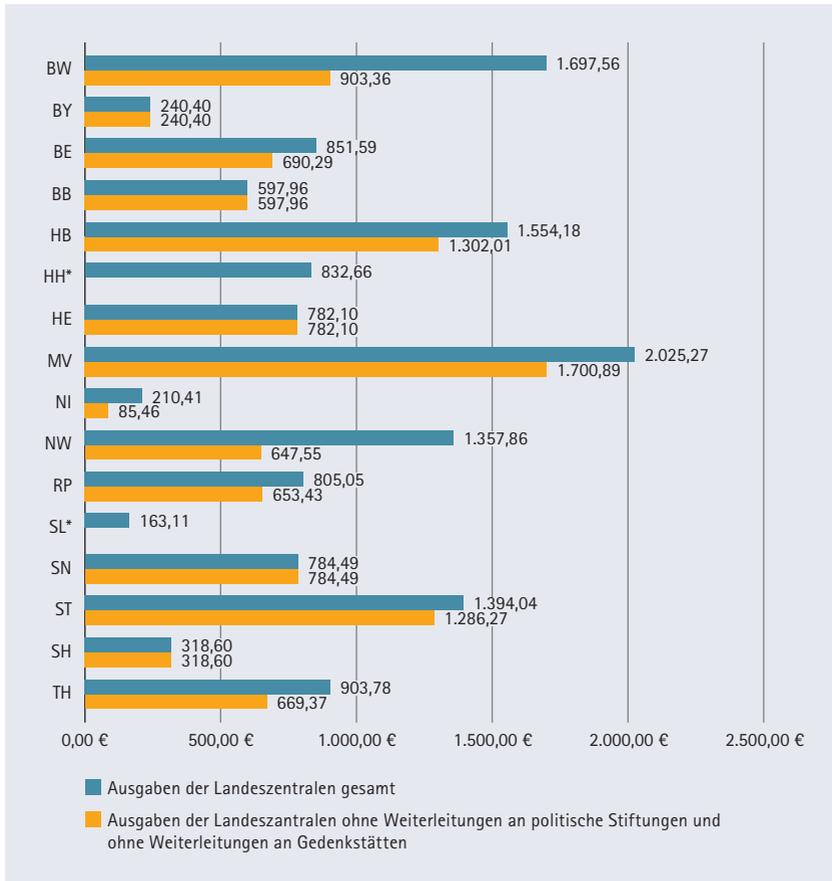
und ein direkter Vergleich der Gesamtausgaben letztlich nicht sinnvoll. Dies illustriert die hier vorgestellte Analyse. Dabei wurde versucht, eine einheitlichere Vergleichsgrundlage zu schaffen, indem Zuschüsse an politische Stiftungen sowie Mittel für die Gedenkstättenarbeit aus den Gesamtausgaben herausgerechnet wurden (vgl. Abb. A2-1).<sup>9</sup>



Der Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern sieht in 2020 insgesamt 2025,27 Euro pro Tsd. Einwohner/-innen vor (siehe Abb. A2-2). Ein bedeutender Anteil der Haushaltsmittel besteht allerdings aus Landeszuschüssen an politische Stiftungen und Gedenk-

9 In Hamburg und im Saarland wurden im Jahr 2020 keine detaillierten Informationen über Zuschüsse an politische Stiftungen oder Gedenkstätten in den Haushaltsmitteln der Landeszentralen ausgewiesen, was die Vergleichbarkeit erschwert.

► **Abb. A2-2** Ausgaben der Landeszentralen für politische Bildung in Euro pro Tsd. Einwohner/-innen, 2020 (Soll)



Datenquelle: entsprechende Haushaltstitel der Landeshaushalte, 2020

stätten – abzüglich dieser Förderposten reduzieren sich die Mittel für die Landeszentrale pro Tsd. Einwohner/-innen auf 1 700,89 Euro. In Baden-Württemberg fällt der Anteil der Mittelweiterleitungen für Gedenkstättenarbeit und politische Stiftungen noch größer aus, sodass der Jahreshaushalt der Landeszentrale pro Tsd. Einwohner/-innen sich hier von 1 697,56 Euro auf 903,36 Euro reduziert (und die Finanzierung der LpB Baden-Württemberg im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nun geringer ausfällt als in Bremen und Sachsen-

Anhalt). In NRW reduziert sich die Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung im Verhältnis zur Bevölkerung sogar um mehr als die Hälfte, wenn die Mittelweiterleitungen an Gedenkstätten und politische Stiftungen abgezogen werden.

In jeweils sieben Bundesländern werden Zuschüsse an politische Stiftungen bzw. an Gedenkstätten über den Etat der Landeszentralen für politische Bildung bereitgestellt, während diese Mittel in anderen Bundesländern in anderen Haushaltsposten aufgeführt werden. Aufgrund dieser Unterschiede in den Aufgabefeldern ist ein direkter Vergleich der Gesamtausgaben der Landeszentralen für politische Bildung nur eingeschränkt möglich und wenig sinnvoll. In der vorliegenden Analyse wurde für das Beispieljahr 2020 daher der Versuch unternommen, eine vereinheitlichte Vergleichsgrundlage zu schaffen, indem Zuschüsse an politische Stiftungen sowie Mittel für die Gedenkstättenarbeit ggf. aus den Gesamtausgaben der Landeszentralen herausgerechnet wurden. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die Daten im Detail weiterhin uneinheitlich bleiben und die vorliegende Auswertung als ein erster Versuch verstanden werden sollte, eine angemessenere Grundlage für vergleichende Analysen zwischen Bundesländern und im Zeitverlauf zu schaffen.



### Ausgewählte Ergebnisse

- In allen drei Bundesländern stiegen die Gesamthaushalte sowie die Haushaltsposten, die eine Förderung politischer Bildung beinhalten, nominal an. Deren Anteil entwickelte sich jedoch unterschiedlich.
- Mit dem Wechsel von Regierungskoalitionen veränderten sich in den untersuchten Bundesländern auch die Schwerpunkte der politischen Bildung.
- Eine präzise Identifikation der Mittel, die ausschließlich für außerschulische politische Bildung vorgesehen sind, ist nicht immer möglich, da diese oftmals in andere Maßnahmen oder Programme integriert sind und nicht im Detail ausgewiesen werden.

## A3 – Finanzquellen zentraler Akteure außerschulischer politischer Bildung



Die Indikatoren A1 und A2 skizzieren in einer ersten Übersicht, wie vielfältig die öffentliche Förderung außerschulischer politischer Bildung auf Bundes- und Landesebene aufgestellt ist. Zugleich kann vermutet werden, dass Bundes- und Landesmittel nicht die einzigen Finanzierungsquellen für Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung sind. Eine umfassende Untersuchung der kommunalen Haushalte war wegen mangelnder Verfügbarkeit von Daten und aus Ressourcengründen im Rahmen des Pilotmonitors nicht möglich. Neben der öffentlichen Hand gibt es weitere potenzielle Finanziers, wie privatrechtliche Stiftungen oder privatwirtschaftliche Akteure, die ebenfalls nicht nur als Träger, sondern auch als Förderer außerschulischer politischer Bildung aktiv sind, jedoch aus den genannten Gründen hier nicht näher analysiert werden konnten. Die Seite der mittelgebenden Institutionen und Ebenen kann auf Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes und mit den gegebenen Ressourcen derzeit noch nicht hinreichend erfasst werden. Um dennoch die Bedeutung der unterschiedlichen Finanzquellen für die Aktivitäten politischer Bildung nicht-staatlicher Träger einschätzen zu können, war es daher sinnvoll, die Perspektive zu wechseln und die Einnahmequellen aus Trägersicht in den Blick zu nehmen.

Dies ist im Rahmen einer eigens durchgeführten Trägerbefragung TAPB erfolgt, wobei 111 Einrichtungen Angaben zur Höhe ihres Haushalts sowie zur

### **Kennziffern**

- Anteile unterschiedlicher Finanzierungsquellen für die politische Bildungsarbeit nicht-staatlicher Träger

### **Datenquelle**

- Eigene Trägerbefragung



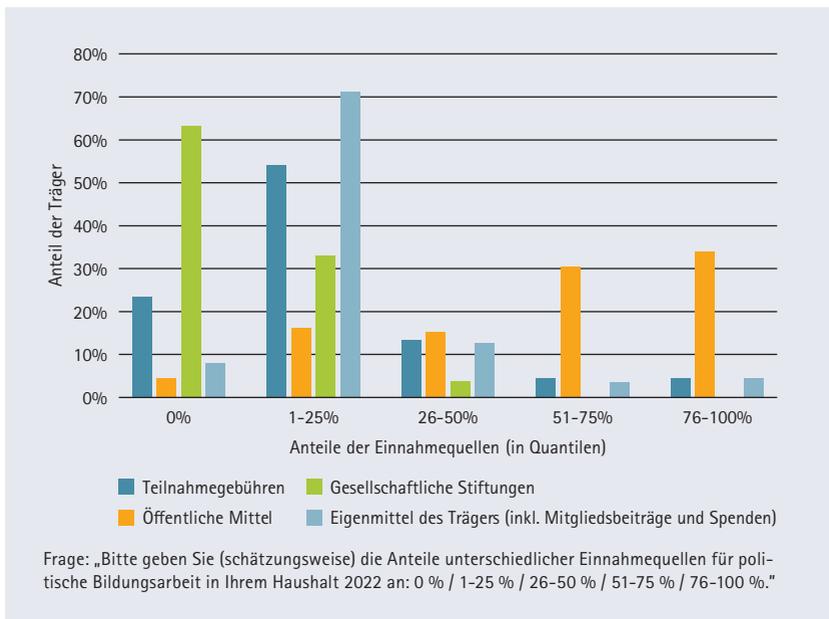
prozentualen Verteilung der verschiedenen Einnahmequellen für das Jahr 2022 gemacht haben. Die Größe der Haushalte variiert stark zwischen den befragten Trägern: Etwa 11,5 % verfügten 2022 über einen Haushalt von unter 100 000 Euro. Ein Viertel der Träger hat Haushaltsmittel zwischen 100 000 und 500 000 Euro zur Verfügung. 16,3 % der Einrichtungen haben Haushalte mit einem Volumen zwischen 500 000 und 1 Mio. Euro. Die größte Gruppe (42,5 % der Einrichtungen) bildeten Träger mit einem Haushalt zwischen 1 Mio. und unter 5 Mio. Euro. Nur ein kleiner Anteil von 3,8 % der befragten Einrichtungen verfügte über Haushaltsmittel von 5 Mio. Euro oder mehr.

### Anteile unterschiedlicher Einnahmequellen



Aus Abb. A3-1 ist ersichtlich, dass öffentliche Mittel für die meisten Träger die zentrale Finanzierungssäule ihrer politischen Bildungsarbeit darstellen. Zwei Drittel der Träger finanzierten im Jahr 2022 den Großteil ihrer Arbeit mit staatlichen Zuschüssen. Bei 15,2 % der Träger lag der Anteil staatlicher Förderung der Maßnahmen politischer Bildung im Bereich von 26–50 %, während 16,1 % der Träger weniger als ein Viertel der Mittel aus dieser Quelle schöpften. Nur eine kleine Minderheit kam gänzlich ohne öffentliche Mittel aus. Eigenmittel der Träger, einschließlich Mitgliedsbeiträgen und Spenden, stellen ebenfalls eine relevante Finanzierungssäule dar. Eine deutliche Mehrheit von 71,2 % der Befragten gab an, mit Eigenmitteln 1–25 % ihrer politischen Bildungsarbeit zu finanzieren, während diese Mittel bei 12,6 % der Träger zwischen einem Viertel und der Hälfte der Finanzierung ausmachten. Immerhin 8,1 % der Träger finanzierten mehr als die Hälfte ihrer politischen Bildungsarbeit aus eigenen Mitteln, während wiederum 8,1 % der Träger überhaupt keine Eigenmittel einsetzten. Auch Teilnahmegebühren erweisen sich insgesamt als eine bedeutsame, wenn auch variabel gewichtete Finanzquelle. Mehr als die Hälfte der befragten Träger erzielte zwischen 1 und 25 % ihrer Einnahmen für politische Bildungsarbeit aus Teilnahmegebühren, bei 13,5 % machten sie ein Viertel bis die Hälfte der Finanzierung aus. Nur eine geringe Anzahl der Träger (4,5 %) finanzierte mehr als die Hälfte der politischen Bildungsarbeit über solche Gebühren. Knapp ein Viertel verzichtete dagegen gänzlich auf Teilnahmegebühren. Gesellschaftliche Stiftungen spielten insgesamt eine nachgeordnete Rolle in der Finanzierung der politischen Bildungsarbeit der befragten Träger. Fast zwei Drittel (63,3 %) erhielten keinerlei Mittel aus dieser Quelle. Ein Drittel der Träger gab an, dass gesellschaftliche Stiftungen 1–25 % ihrer Einnahmen ausmachten, während nur 3,7 % einen Anteil von 26–50 % aus dieser Quelle

► **Abb. A3-1** Anteile unterschiedlicher Einnahmequellen für die politische Bildungsarbeit der befragten Träger, 2022, n = 111



Datenquelle: eigene Trägerbefragung TAPB

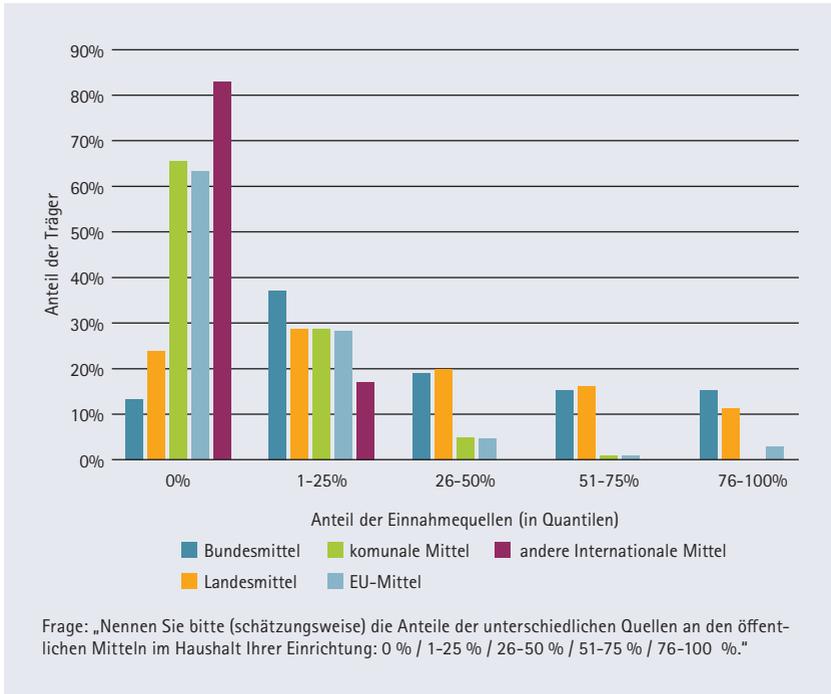
bezogen. Keiner der befragten Träger finanzierte mehr als die Hälfte der politischen Bildungsmaßnahmen mit Fördermitteln gesellschaftlicher Stiftungen.

### Öffentliche Mittel

Träger, die laut eigenen Angaben in 2022 öffentliche Mittel erhalten hatten, wurden gebeten, aus vorgegebenen Förderprogrammen bzw. Fördergebern diejenigen auszuwählen, von denen sie tatsächlich Mittel bezogen hatten (siehe Abb. A3-2; detaillierte Werte siehe Tab. A3-1 Annex).

Die Ergebnisse zeigen, dass Bundes- und Landesmittel die bedeutendste Quelle der öffentlichen Förderung für die politische Bildungsarbeit der Träger sind. Nur eine kleine Gruppe von 13,3 % erhält überhaupt keine Bundesmittel, ein knappes Viertel (23,8 %) überhaupt keine Landesmittel. Für 15,2 % bzw. 11,4 % der Träger machen Bundes- bzw. Landesmittel über 75 % ihrer öffentlichen Maßnahmenfinanzierung aus. Mittel der Kommunen und der EU sind für

➤ **Abb. A3-2** Finanzierung politischer Bildung der befragten Träger, 2022, n = 105



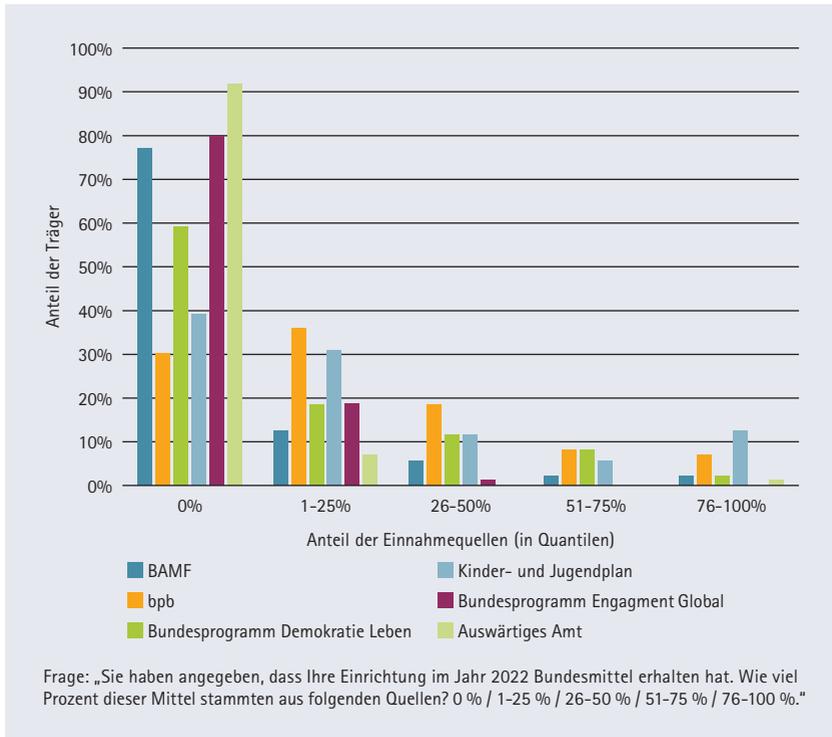
Datenquelle: eigene Befragung TAPB

manche Träger ergänzende Finanzierungsquellen, wobei sie bei knapp einem Drittel der Träger jeweils 1–25 % ihrer Förderung der öffentlichen Hand ausmachen und nur bei sehr wenigen Einrichtungen mehr als 25 % der öffentlichen Mittel. Andere internationale öffentliche Mittel, beispielsweise Mittel der Vereinten Nationen, machen nur einen kleinen Anteil (1–25 %) der öffentlichen Maßnahmenfinanzierung einzelner Träger aus.

### Spezifische Quellen der Bundesmittel- und Landesmittelförderung

Träger, die angegeben haben, Bundesmittel zu beziehen, wurden im Anschluss um detailliertere Angaben zu spezifischen Quellen dieser Mittel gebeten (siehe Abb. A3-3).

► **Abb. A3-3** Anteile unterschiedlicher Quellen an der Bundesmittelförderung politischer Bildung der befragten Träger, 2022, n = 86



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

Die Ergebnisse zeigen, dass Mittel der bpb, des Kinder- und Jugendplans sowie das Bundesprogramm *Demokratie leben!* im Jahr 2022 den größten Anteil an der Bundesmittelförderung der befragten Träger ausmachten. Nur ca. 30 % der durch Bundesmittel geförderten Träger bezogen überhaupt keine Förderung der bpb (KJP: ca. 40 %, *Demokratie leben!*: ca. 60 %). Flankierend finanzierten manche Träger ihre Maßnahmen der politischen Bildung aus Mitteln des BAMF, des Bundesprogramms *Engagement Global* und des Auswärtigen Amtes. In offenen Antworten nannten Träger außerdem Förderquellen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), des BMAS sowie

verschiedene Aufholpakete zur Unterstützung der Einrichtungen auf Grund der Covid-19-Pandemie.

Träger, die angaben, im Jahr 2022 Landesmittel für ihre politische Bildungsarbeit erhalten zu haben, wurden gebeten, den Anteil an diesen Landesmitteln zu schätzen, der durch Landeszentralen für politische Bildung sowie durch die Kinder- und Jugendhilfe gefördert wurde (siehe Abb. A3-1 Annex). Für weniger als ein Fünftel der Träger sind diese Mittel die ausschließlichen Quellen ihrer Landesmittelförderung. Als weitere Quelle der Landesfinanzierung wird das Weiterbildungsförderungsgesetz genannt.

Die Ergebnisse der Trägerbefragung zeigen, dass nicht-staatliche Träger außerschulischer politischer Bildung überwiegend eine Kombination verschiedener Einnahmequellen zur Finanzierung ihrer politischen Bildungsarbeit nutzen, wobei öffentliche Mittel eine zentrale Rolle spielen (vgl. auch die Studie von Lewerenz und Hertel 2024 zu Trägern in Sachsen).. Teilnahmegebühren und Eigenmittel der Träger sind für die große Mehrheit ergänzende Finanzierungssäulen. Es ist wichtig, weiter zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Träger für ihre politische Bildungsarbeit auf Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Teilnehmergebühren angewiesen sind. So können Fördervorgaben für eine Co-Finanzierung von Maßnahmen Träger vor eine schwierige, teilweise nicht stemmbare finanzielle Herausforderung stellen. Zudem können Teilnahmegebühren zwar die Verbindlichkeit der Teilnahme erhöhen, aber auch soziale Zugangshürden darstellen. Fördermittel von gesellschaftlichen Stiftungen werden eher als flankierende finanzielle Unterstützung wahrgenommen, und zwar von einem Drittel der befragten Einrichtungen. Dabei kommt ein Finanzierungsanteil von mehr als 25 % der politischen Bildungsarbeit aus Stiftungsmitteln fast nie vor (vgl. Busch u. a. 2024).

Bundes- und Landesmittel machen mit Abstand den größten Anteil der Finanzierung der politischen Bildungsarbeit der Träger aus. Auf Bundesebene spielt dabei insbesondere die Förderung durch die bpb (BMI) sowie den Kinder- und Jugendplan und das Bundesprogramm *Demokratie Leben!* (beides BMFSFJ) eine bedeutende Rolle. Einige Träger sind allerdings auch stark auf Landesmittel angewiesen. Insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe scheint für eine kleine Gruppe der befragten Einrichtungen eine essenzielle Finanzierungsquelle darzustellen, die einen großen Teil ihrer Gesamteinnahmen ausmacht.

Die Befunde der Trägerbefragung sind auch für die Einordnung der Ergebnisse der Indikatoren A1 und A2 sehr aufschlussreich. Sie bestätigen die große Relevanz der Analyse von Bundes- und Landesmitteln für eine datengestützte

Berichterstattung zur außerschulischen politischen Bildung und zeigen, dass die aus Trägersicht besonders bedeutsamen Fördertöpfe in den vorliegenden Indikatoren A1 und A2 berücksichtigt sind. Auch wenn weitere Förderquellen wie private Stiftungen und die kommunalen Haushalte untersucht werden sollten, um ein umfassenderes Bild der Förderstrukturen und -programme zu erhalten, machen die im vorliegenden Pilotmonitor beleuchteten Haushaltsposten das Gros der Finanzierung von Maßnahmen der politischen Bildung bei zentralen nicht-staatlichen Trägern der außerschulischen politischen Bildung aus. Untersuchungen im Zeitverlauf, wie sie insbesondere eine regelmäßige systematische und datengestützte Berichterstattung leisten kann, können hier wichtige Einblicke in Gelegenheitsstrukturen und Orientierung für Entscheidungsträger/-innen ermöglichen.

#### Ausgewählte Ergebnisse

- Nicht-staatliche Träger kombinieren zur Finanzierung ihrer politischen Bildungsarbeit meist verschiedene Einnahmequellen, wobei öffentliche Mittel eine herausragende Rolle spielen. Teilnahmegebühren und Eigenmittel sind für die große Mehrheit ergänzende Finanzierungssäulen. Für ein Drittel der befragten Einrichtungen sind Fördermittel gesellschaftlicher Stiftungen ebenfalls relevant.
- Bundes- und Landesmittel machen mit Abstand den größten Anteil der Finanzierung der politischen Bildungsarbeit der Träger aus. Auf Bundesebene spielt dabei insbesondere die Förderung durch die bpb, den Kinder- und Jugendplan sowie das Programm *Demokratie Leben!* eine bedeutende Rolle.



## A4 – Bildungsräume nach Einwohner/-innen und Bundesländern

Bildungsstätten haben in Deutschland eine lange Tradition und bieten wertvolle Räume für Begegnungen und Diskurse. Sie fungieren als wichtige Orte für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, mit eigenen Seminar- und Veranstaltungsräumen sowie häufig auch mit Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten (Eble 2023: 13).

### Bildungsstätten für die Jugend- und Erwachsenenbildung

Während Bildungsstätten in Deutschland traditionell einen besonderen Platz in der Bildungslandschaft einnehmen und kontinuierlich Veranstaltungen zu verschiedenen Themen und in vielfältigen Formaten anbieten, steht ihre Existenz zunehmend unter Druck (Waldmann 2023). In den letzten Jahren wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Einrichtungen für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung abnimmt (vgl. z.B. BMFSFJ 2020; Waldmann 2023). Kostenerhöhungen und/oder Fördermittelkürzungen machen es zunehmend erforderlich, die Räumlichkeiten für andere Veranstaltungsarten, wie beispielsweise Hochzeiten, zur Verfügung zu stellen oder Bildungsstätten gänzlich zu schließen. Belastbare Daten stehen allerdings nur eingeschränkt zur Verfügung, da bislang keine zentrale Datenbank oder ein System identifiziert werden konnte, das umfassend Bildungsstätten erfasst, in denen außerschulische politische Bildung stattfindet.



#### Kennziffern

- Anzahl Bildungsstätten der Mitglieder des bap mit Übernachtungsmöglichkeit, Anzahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten

#### Datenquellen

- Webseiten von Mitgliedern des bap, Kinder- und Jugendhilfestatistik



Bezüglich der Erwachsenenbildung existiert derzeit keine einheitliche Datenbank von Bildungsstätten in Deutschland, was einen Überblick über hier relevante Einrichtungen erschwert. Wie in mehreren Erhebungsinterviews empfohlen, fokussiert der Pilotmonitor zunächst die Analyse und Systematisierung von Bildungshäusern der Mitglieder des Bundessausschusses für politische Bildung (bap). Durch eine manuelle Recherche der Webseiten sämtlicher bap-Mitglieder und deren Unterträger konnten 551 Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten identifiziert werden.<sup>10</sup>

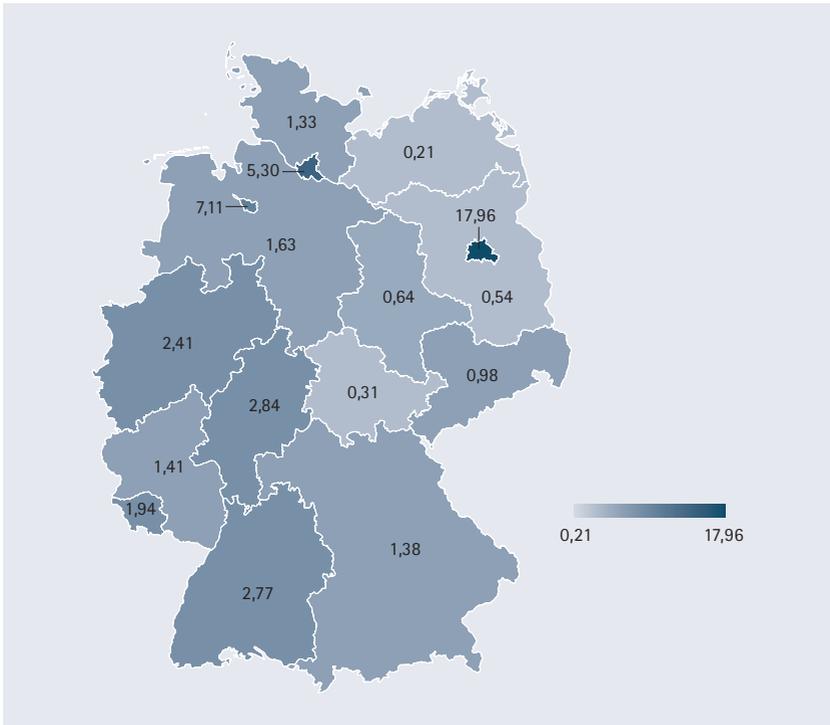


Die meisten Einrichtungen befinden sich in Baden-Württemberg (n = 99), gefolgt von Bayern (n = 97), Nordrhein-Westfalen (n = 83) und Niedersachsen (n = 78). Bremen verfügt über drei Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeit, dem in absoluten Zahlen niedrigsten Wert, was allerdings auch mit der im Ländervergleich geringsten Fläche einhergeht. Die Analyse der Dichte von Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeit im Verhältnis zur Fläche der Bundesländer (siehe Abb. A4-1) zeigt, dass Berlin mit etwa 17,96 Einrichtungen pro Quadratkilometer den höchsten Index aufweist. Darauf folgen Bremen mit 7,11 Einrichtungen/km<sup>2</sup> und Hamburg mit 5,30 Bildungsstätten/km<sup>2</sup>.

Neben der absoluten Anzahl der Bildungsstätten und deren Verhältnis zur Fläche ist auch die Anzahl der Bildungsstätten pro 100 Tsd. Einwohner/-innen für ein Verständnis der Verfügbarkeit von Räumlichkeiten für politische Bildung relevant (siehe Abb. A4-2). Dahingehend bietet Niedersachsen mit einem Wert von 0,96 das dichteste Angebot. In den bevölkerungsreichsten Bundesländern beträgt dieser Wert 0,46 in Nordrhein-Westfalen, während er in Bayern bei 0,73 und in Baden-Württemberg bei 0,88 liegt. In Hamburg ist diese Relation lediglich 0,21. Dabei ist wichtig zu beachten, dass für Interessierte (je nach Förderbedingungen) grundsätzlich die Möglichkeit besteht, sich für Bildungsmaßnahmen in benachbarten oder anderen Bundesländern anzumelden. So ist es beispielsweise für Bewohner/-innen aus Hamburg leicht möglich, Angebote der Bildungsstätten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein (0,71) wahrzunehmen. Aus den Daten kann man auch feststellen, dass die Dichte von

10 Es war nicht möglich, Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten für Mitglieder der Landesjugendringe von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Schleswig-Holstein zu identifizieren.

► **Abb. A4-1** Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeit (bap-Mitglieder) nach Bundesländern pro Tsd. km<sup>2</sup>, n = 551

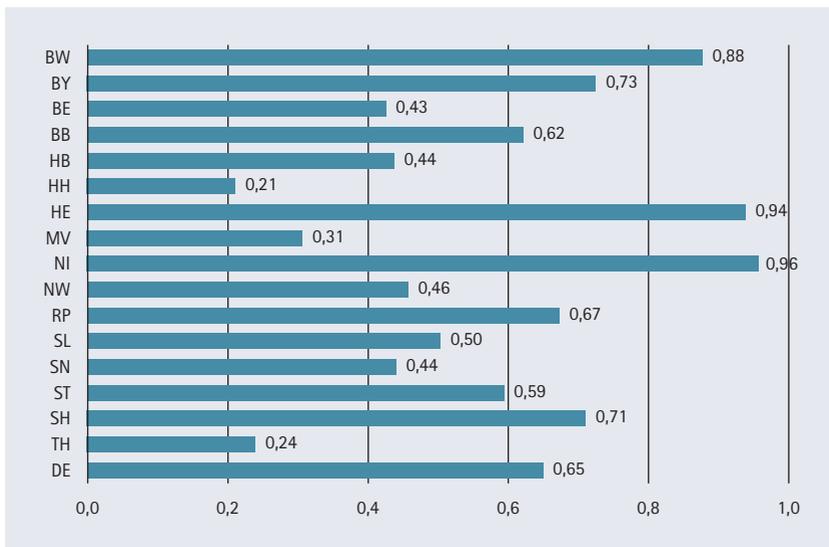


Datenquelle: eigene Recherche auf den Webseiten der Träger (Juli 2024)

Bildungsstätten im Verhältnis zur Bevölkerung in den westdeutschen Bundesländern bei durchschnittlich 0,69 liegt, während sie in den östlichen Bundesländern im Durchschnitt 0,45 beträgt. Bundesweit liegt dieser Index bei 0,65.

Auch wenn dieser Indikator einen relevanten Einblick in die Gelegenheitsstrukturen außerschulischer politischer Bildung bietet, besteht eine erhebliche Einschränkung darin, dass nur Bildungsstätten von bap-Mitgliedern berücksichtigt werden. Es gibt weitere Träger außerschulischer politischer Bildung, wie beispielsweise (Heim-)Volkshochschulen und von der bpb als Träger politischer Bildung anerkannte Akteure, die über geeignete Räumlichkeiten für mehrtägige Veranstaltungen politischer Bildung mit Übernachtung verfügen. Außerdem könnten künftige Studien auch solche Einrichtungen berücksichtigen, die keine

► **Abb. A4-2** Dichte von Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeit pro 100 Tsd. Einwohner/-innen nach Bundesländern, n = 551



Datenquelle: eigene Recherche auf den Webseiten der Träger

Übernachtungsmöglichkeiten, aber dennoch analoge Räume für Veranstaltungen politischer Bildung anbieten.

### Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten



Während es keine offizielle Datengrundlage für Einrichtungen der Erwachsenenbildung gibt, existiert eine offizielle Erfassung der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten.<sup>11</sup> Im zweijährigen Turnus werden vom Statistischen Bundesamt Daten zur Kinder- und Jugendhilfe erhoben, unter anderem

11 „Jugendtagungsstätten sind regionale oder überregionale Einrichtungen, in der Regel ohne hauptamtliches pädagogisches Personal, mit Tagungs-, Übernachtungs-, Verpflegungs- und Freizeitmöglichkeiten, in denen regelmäßige Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Jugendbildungsstätten stehen ganz oder überwiegend für Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung einschließlich der Mitarbeiterschulung/Mitarbeiterinnenschulung zur Verfügung. Sie verfügen über eigenes pädagogisches Personal, das eigene Maßnahmen anbietet. Nicht hierzu gehören Einrichtungen der Erwachsenenbildung“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020: 4).

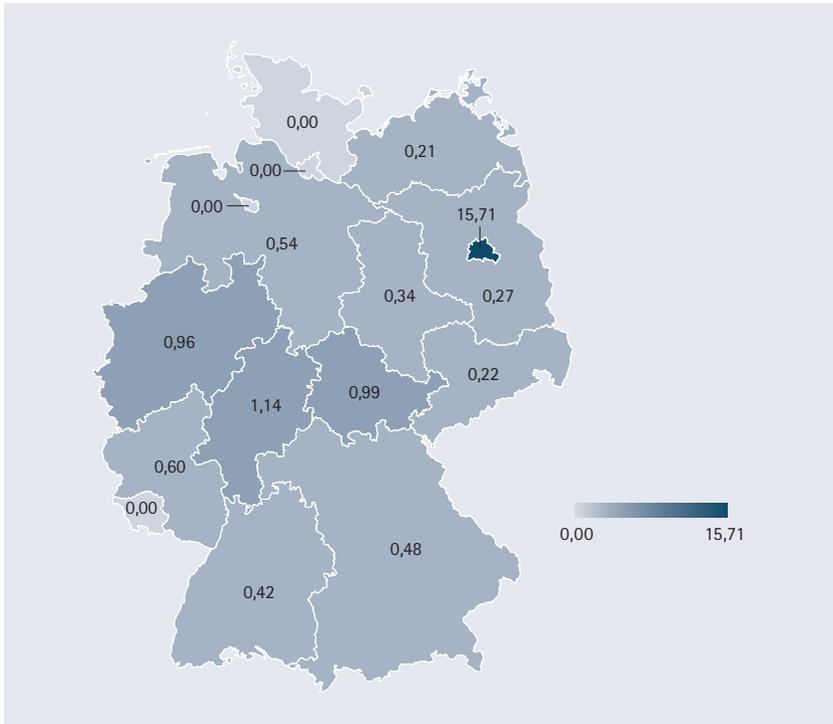
zu Einrichtungen und dort tätigen Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) (Statistisches Bundesamt 2020, 2022). Diese Datenerhebung umfasst auch Informationen zu Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten. Die Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe wurden deskriptiv aufbereitet und werden nachfolgend dargestellt.



Im Jahr 2018 wurden 214 Einrichtungen gemeldet, wobei die Anzahl im Jahr 2020 auf 200 sank. Dies stellt die niedrigste Anzahl solcher Einrichtungen seit 1990 dar (für weitere Informationen zur Entwicklung im Zeitverlauf siehe Waldmann 2023). Die Verteilung der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten zwischen den Bundesländern weicht von den Befunden zu Einrichtungen der Erwachsenenbildung ab: Im Jahr 2020 stehen 158 Bildungsstätten in Westdeutschland 40 in Ostdeutschland gegenüber.<sup>12</sup> Das Verhältnis der Anzahl von Bildungsstätten zur Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland fällt für ostdeutsche Bundesländer mit durchschnittlich 0,32 allerdings höher aus als für westdeutsche Bundesländer (0,22). Dies bedeutet, dass sich in den westdeutschen Bundesländern mehr Einwohnerinnen und Einwohner eine Bildungsstätte teilen müssen. Die Variation zwischen einzelnen Bundesländern ist allerdings hoch. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl besteht in Thüringen mit einem Wert von 0,75 mit Abstand die höchste Dichte. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liegen mit Indizes von 0,14 bzw. 0,18 unter dem bundesweiten Durchschnitt von 0,24, während Bayern mit 0,26 etwas darüber liegt. Im Jahr 2020 hatte sich gegenüber 2018 die relative Dichte in einigen Bundesländern deutlich verändert (siehe Abb. A4-3). Während Thüringen in beiden Bezugsjahren im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste Dichte aufwies, verzeichneten andere ostdeutsche Bundesländer starke Rückgänge. Sachsen, das 2018 noch einen Index von 0,27 hatte, fiel 2020 auf 0,10. Im Verhältnis zur Fläche verzeichnet Berlin die mit Abstand höchste Dichte (15,71 Bildungsstätten pro Tsd. km<sup>2</sup>). NRW, Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz liegen ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt von 0,55 Bildungsstätten pro Tsd. km<sup>2</sup>. Dagegen wurden in Hamburg, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein in 2020 keine Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten aufgeführt (siehe Abb. A4-4).

12 In den Analysen wurde Berlin zu Westdeutschland gezählt (vgl. auch Waldmann 2023). Zwei der gemeldeten Einrichtungen wurden keinem Bundesland zugeordnet.

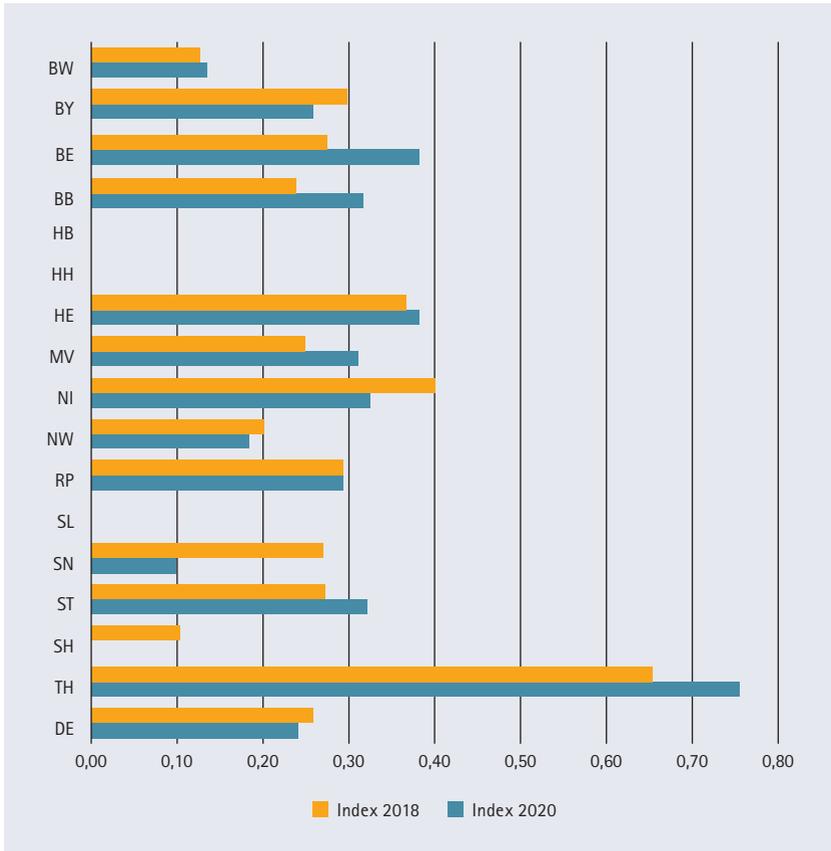
► **Abb. A4-3** Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten nach Bundesländern pro Tsd. km<sup>2</sup>, 2020, n = 198



Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Der vorgestellte Indikator ermöglicht Einblicke in die räumlichen Gelegenheitsstrukturen der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland. Mit der Untersuchung der Einrichtungen von bap-Mitgliedern konnte eine Datengrundlage erschlossen werden, um die Verfügbarkeit von Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten als relevanten Faktor für Begegnungen und mehrtägige Veranstaltungen zu berücksichtigen. Ergänzend dazu liefern die regelmäßig erhobenen Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe Hinweise auf außerschulische Räumlichkeiten für Veranstaltungen der politischen Jugendbildung. Perspektivisch könnte ein Monitoring die Entwicklung der verfügbaren Bildungsräume transparent machen. Zugleich gilt es, weitere Räume der

➤ **Abb. A4-4** Dichte von Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten pro 100 Tsd. Einwohner/-innen nach Bundesländern im Jahr 2018 (n = 214) und 2020 (n = 200)



Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

außerschulischen politischen Bildung – nicht zuletzt auch im Kontext aufsuchender politischer Bildung – in den Blick zu nehmen und ihre Bedeutung im Gesamtkontext zu analysieren.



### Ausgewählte Ergebnisse

- Die Verfügbarkeit von Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten variiert stark zwischen den Bundesländern. Die Dichteberechnung im Verhältnis zur Bevölkerung zeigt, dass in den westlichen Bundesländern tendenziell mehr solche Einrichtungen vorhanden sind.
- Eine Differenzierung zwischen Einrichtungen für Erwachsenen- und Jugendbildung ist oft unmöglich und scheint nicht sinnvoll.

## A5 – Geografische Verteilung von Bildungsakteuren

Um weitere Daten zu erschließen, die Hinweise auf die regionale Verteilung von Akteuren der politischen Bildung geben können, wurden für den Pilotmonitor Standorte zentraler Bildungsträger identifiziert. Zu diesem Zweck wurden die Webseiten der ausgewählten Kernakteure systematisch analysiert. Aufgrund begrenzter Ressourcen konzentriert sich die Untersuchung zunächst auf Haupt- und Landesgeschäftsstellen, weshalb einige Untergliederungen auf kommunaler Ebene, wie bspw. die Anzahl der *Arbeit und Leben*-Standorte in den Bundesländern, nicht in die Analyse einbezogen wurden. Berücksichtigt wurden die Hauptgeschäftsstellen auf Bundesebene sowie gegebenenfalls die Geschäftsstellen der Landesverbände. Die Ergebnisse sollen eine Diskussionsgrundlage liefern, inwiefern eine solche Übersicht von Akteursstandorten für ein Monitoring der außerschulischen politischen Bildung aufschlussreich ist und im Zeitverlauf relevante Entwicklungen aufzeigen kann.



Im Rahmen der Analyse wurden folgende Standorte erfasst: Drei Standorte der Bundeszentrale für politische Bildung, 22 Büros der 16 Landeszentralen für politische Bildung einschließlich ihrer Außenstellen, 17 BAFzA-Bildungszentren, die Geschäftsstelle des Bundesjugendrings und seiner Mitgliedsverbände, 87 Standorte von sechs politischen Stiftungen, 92 Standorte der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Standorte der weiteren 24 bap-Mitglieder, einschließlich deren Untereinrichtungen auf Landesebene (sofern vorhanden), sowie 76 Bildungsträger, die von der Bundeszentrale für



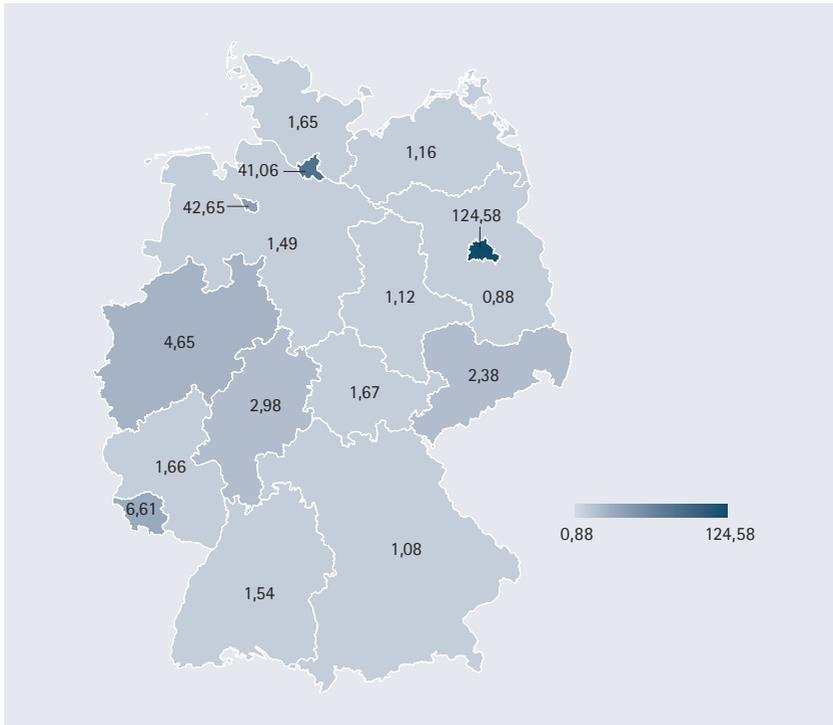
### Kennziffern

- Anzahl von Haupt- und Landesgeschäftsstellen ausgewählter Akteure der außerschulischen politischen Bildung

### Datenquellen

- Webseiten von Trägern außerschulischer politischer Bildung

► **Abb. A5-1** Anzahl der gemeldeten Sitze der Träger außerschulischer politischer Bildung (ohne VHS) auf Bundes- und Landesebene pro Tsd. km<sup>2</sup>, n = 808



Datenquelle: eigene Recherche auf Webseiten der Träger (Juli 2024)

politische Bildung anerkannt, aber keiner der zuvor genannten Kategorien zugeordnet sind. Außerdem wurden die Volkshochschulen erfasst, die mit 846 Standorten deutschlandweit mehr als die Hälfte aller Standorte der ausgewählten Kernakteure ausmachen. Um eine differenziertere Übersicht der regionalen Standortverteilung zu ermöglichen, wurden die Analysen sowohl unter Berücksichtigung als auch unter Ausschluss der VHS durchgeführt.



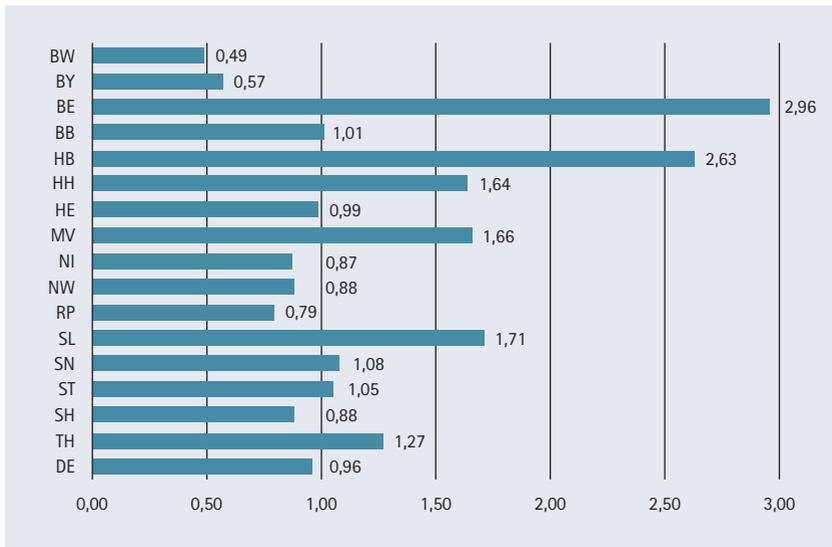
Insgesamt wurden 1 654 Geschäftsstellen identifiziert, was einem bundesdeutschen Durchschnitt von 1,96 Trägerstandorten pro 100 Tsd. Einwohner/-innen entspricht (siehe Abb. A5-1 Annex und Abb. A5-2 Annex, welche die regionale Verteilung der Standorte inklusive der VHS darstellen. Für eine Übersicht der gemeldeten Hauptsitze der von der bpb anerkannten Träger

außerschulischer politischer Bildung nach Bundesländern und pro 100 Tsd. Einwohner/-innen siehe Abb. A5-3 Annex bzw. Abb. A5-4 Annex). In Schleswig-Holstein besteht mit einem bemerkenswerten Index von 5,52 mit Abstand die größte Dichte von Standorten im Verhältnis zur Bevölkerung.

Unter Abzug der Volkshochschulen reduziert sich die Anzahl auf deutschlandweit 808 Trägerstandorte, was einem Index von 0,96 Standorten pro 100 Tsd. Einwohner/-innen entspricht (siehe Abb. A5-1 und Abb. A5-2). In Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstem Bundesland konnten 160 gemeldete Standorte identifiziert werden, und somit die größte Anzahl für ein Bundesland. Allerdings lag der Index pro 100 Tsd. Einwohner/-innen in Nordrhein-Westfalen mit 0,88 unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bundeshauptstadt Berlin verfügt mit 111 Standorten und einem Index von 2,96 über die höchste Dichte im Verhältnis zur Bevölkerung, gefolgt vom Stadtstaat Bremen (18 Sitze, 2,63 pro 100 Tsd. Einwohner/-innen). Niedersachsen verzeichnet 71 Standorte und einen Index von 0,87, was knapp unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die einwohnerstarken Bundesländer Bayern (n = 76) und Baden-Württemberg (n = 55) verfügen lediglich über ein Verhältnis von 0,57 bzw. 0,49 Standorten pro 100 Tsd. Einwohner/-innen.

Eine detaillierte Analyse der Akteure ergab, dass viele Träger durch die Einrichtung von Landesverbänden oder Landesbüros, z.B. von parteinahen Stiftungen oder Gewerkschaften, eine regionale Verortung bzw. lokale Präsenz anstreben. Für konfessionelle Träger kann folgendes Bild gezeichnet werden: Mitglieder der katholischen Dachverbände AKSB und KEB sind überwiegend in Regionen Deutschlands verortet, deren Bevölkerung ein entsprechendes konfessionelles Profil hat (vgl. Fowid 2021). In den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sind 63 katholische Einrichtungen registriert, während es in den restlichen zehn Bundesländern lediglich 19 sind. Unter den Mitgliedern der evangelischen Dachverbände (EAD- und EED-Mitglieder, inklusive der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung) konnten insgesamt 34 Einrichtungen identifiziert werden, die entsprechend der größeren Mitgliederzahl der Konfession in der Mitte und im Norden Deutschlands liegen. In den katholisch geprägten Regionen West- und Süddeutschlands sind die evangelischen Träger mit nur 23 Einrichtungen vertreten. Muslimische Träger der außerschulischen politischen Bildung sind bislang in Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen ansässig. Jüdische Einrichtungen mit einem entsprechenden Bildungsfokus bestehen bislang in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

► **Abb. A5-2** Anzahl der Sitze der Träger außerschulischer politischer Bildung (ohne VHS) auf Bundes- und Landesebene pro 100 Tsd. Einwohner/-innen, n = 808



Datenquelle: eigene Recherche auf Webseiten der Träger

Die Daten legen nahe, dass Anzahl und Dichte der Bildungsträgerstandorte, sowohl im Verhältnis zur Fläche als auch zur Einwohnerzahl, regional stark variieren. Besonders hoch ist die Standortdichte im Verhältnis zur Bevölkerung in den drei Stadtstaaten (insbesondere Berlin und Bremen), in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland. Unter Berücksichtigung der Volkshochschulen, welche insgesamt ca. die Hälfte der deutschlandweiten Standorte der ausgewählten Kernakteure außerschulischer politischer Bildung ausmachen, weist Schleswig-Holstein im Verhältnis zur Bevölkerung die mit Abstand größte Standortdichte auf.

Diese Analyse bietet neue Einblicke in Gelegenheitsstrukturen der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland und kann die Planung zukünftiger Bildungsinitiativen und die angemessene Verteilung von Ressourcen informieren. So könnte die Identifizierung von Regionen mit geringer Trägerdichte dazu dienen, den Strukturaufbau gezielt zu unterstützen. Die Offenlegung besonderer Potenziale von Akteuren in bestimmten Regionen wiederum

bietet Orientierung für Maßnahmen zur Erreichung von Zielgruppen. Eine Limitation der Analyse besteht in den verwendeten Datenquellen – die Standorte wurden anhand der Webseiten von Bildungsträgern und Trägernetzwerken ermittelt, deren Aktualität nicht garantiert werden kann. Zudem wurden Untergliederungen auf kommunaler Ebene bislang nicht berücksichtigt, was eine genauere Lokalisierung der Träger außerschulischer politischer Bildung ermöglichen würde. Weitere Untersuchungen könnten sämtliche Geschäftsstellen der ausgewählten Akteure einbeziehen. Viele der hier erwähnten Träger sind zudem unabhängig von ihrer lokalen Verortung bundesweit mit Bildungsangeboten präsent oder in überregionalen Kooperationen tätig.



#### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Die durchschnittliche Dichte von Trägerstandorten liegt deutschlandweit bei 0,96 Standorten (ohne VHS) bzw. 1,96 Standorten (mit VHS) pro 100 Tsd. Einwohner/-innen. Es bestehen ausgeprägte regionale Unterschiede. In den Stadtstaaten Berlin und Bremen besteht eine bemerkenswert hohe Dichte von 2,96 bzw. 2,63 (ohne VHS). Unter Berücksichtigung der VHS hat Schleswig-Holstein mit einem Index von 5,52 die mit Abstand dichteste Akteurslandschaft bezogen auf die Einwohnerzahl.

## A6 – Bildungspersonal außerschulischer politischer Bildung

Derzeit existieren nur wenige trägerübergreifende empirische Untersuchungen zur Situation des Bildungspersonals im Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Nur wenige Studiengänge an deutschen Hochschulen bereiten Studierende gezielt auf eine Tätigkeit in der außerschulischen politischen Bildung vor. Diese Lücke in der akademischen Ausbildung spiegelt sich auch in der Vielfalt der Bildungshintergründe des Personals. Fachkräfte in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung verfügen häufig über diverse interdisziplinäre Kompetenzen. Je nach Kontext kann dies als Vorteil oder auch als Nachteil angesehen werden (vgl. Bielenberg 2017). In einer Studie von Jugel und Lewerenz (2022) konnte exemplarisch für Sachsen belegt werden, dass die Mehrheit der Bildner/-innen bei Trägern außerschulischer politischer Bildung ihre Tätigkeit ohne formale didaktische Ausbildung aufnimmt (vgl. auch Rauschenbach u. a. 2019).

Bielenberg (2013: 113 ff.) hebt zudem die Vielfalt der Aufgaben hervor, mit denen das Bildungspersonal konfrontiert ist. Zwar zählt die Durchführung von Veranstaltungen zu den zentralen Aufgaben der Bildner/-innen, jedoch ist dies keineswegs die einzige Verantwortlichkeit. Vielmehr übernimmt das Bildungspersonal, abhängig von Größe, Organisationsstruktur, Personalressourcen und finanzieller Ausstattung ihrer Einrichtungen, eine Vielzahl weiterer Aufgaben. Dazu zählen die Konzeption und (auch finanzielle) Planung von

### Kennziffern

- Arbeitsbedingungen und soziodemografische Merkmale inkl. Ausbildungshintergrund des Bildungspersonals außerschulischer politischer Bildung

### Datenquelle

- Eigene Trägerbefragung



Bildungsangeboten, die Akquise und Koordination von Kooperationspartner/-innen, administrative Aufgaben wie Abrechnung und Verwendungsnachweise sowie die Evaluierung der Angebote. Sie beteiligen sich an Publikationen, wie Projektdokumentationen, Jahresberichten, Webseiten und Fachartikeln, und sind in internen und externen Gremien aktiv. Die Teilnahme an Fortbildungen und Fachtagungen ist ebenfalls Teil ihres Aufgabenbereichs.

Im Tätigkeitsfeld der Jugend- und Erwachsenenbildung wird klar zwischen hauptamtlich und nebenamtlich Beschäftigten differenziert (vgl. Zeuner 2013: 85). Innerhalb dieser Gruppen wird weiter zwischen hauptberuflich Leitenden im Management, hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter/-innen, hauptberuflichen Honorarkräften sowie freiberuflichen und nebenberuflichen Honorarkräften unterschieden. Darüber hinaus umfasst das Beschäftigungsspektrum auch ehrenamtlich Tätige und Verwaltungspersonal (WSF 2005: 61; vgl. auch Kraft 2011: 406 in Zeuner 2013: 85).



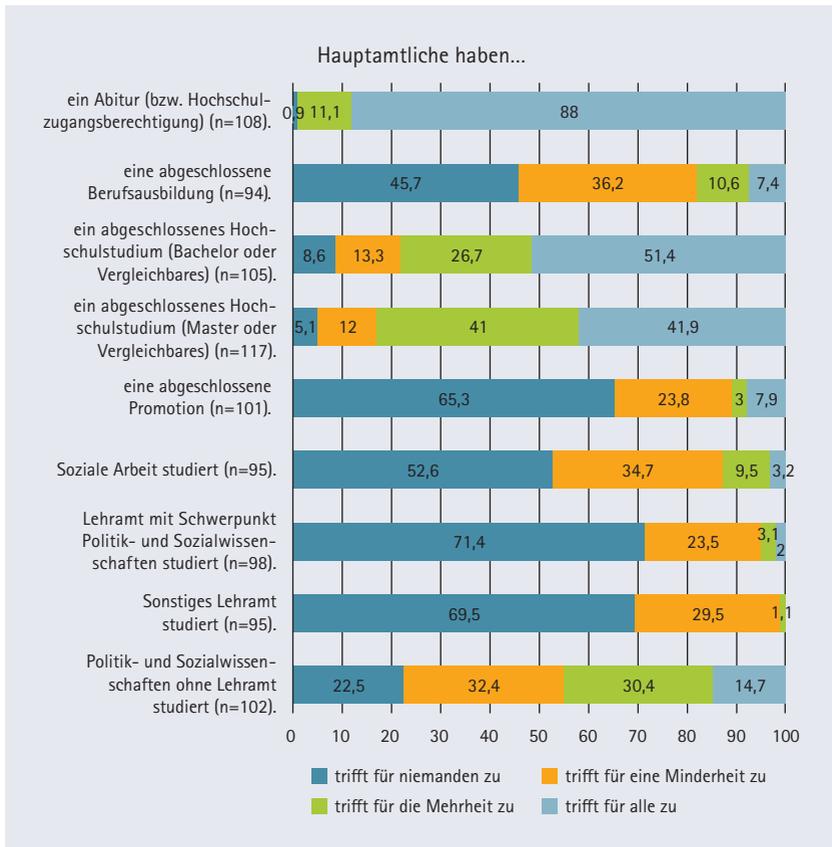
In diesem Indikator werden die Beschäftigungsverhältnisse sowie soziodemografische Merkmale des Personals analysiert, das für zentrale Träger der außerschulischen politischen Bildung tätig ist. Datengrundlage ist die Trägerbefragung TAPB. In deren Rahmen haben 201 Einrichtungen die personalbezogenen Fragen (vgl. Fragebogen in A0-3 Annex) beantwortet. Angaben wurden zu den Personengruppen Geschäftsführung, hauptamtliches pädagogisches Personal und Honorarkräfte erhoben. Die befragten Einrichtungen wurden gebeten, ihre Angaben auf Personen zu beziehen, die mit politischer Bildung befasst sind.



Von den mit politischer Bildung befassten Geschäftsführungen der Einrichtungen sind 150 in Vollzeit und 79 in Teilzeit angestellt (20,52 % befristet, 74,24 % unbefristet<sup>13</sup>). Die gemeldeten Stellenzahlen variieren zwischen 1 und 35 pro Einrichtung. Insgesamt 1 053 Personen sind darüber hinaus als hauptberufliches pädagogisches Personal beschäftigt, davon 546 in Vollzeit und 507 in Teilzeit (33,62 % befristet, 66,19 % unbefristet). Die Anzahl dieser Beschäftigungsverhältnisse variiert erheblich und reicht von 1 bis zu 213 Personen pro Einrichtung. Nach Einschätzung der Träger sind in ihren Einrichtun-

13 Die Prozentangaben können nicht immer auf 100 % addiert werden. Grund ist, dass die mittels Schätzungen der Träger erhobenen Daten nicht vollkommen konsistent sind.

► **Abb. A6-1** Bildungshintergrund des hauptamtlichen pädagogischen Personals, das Maßnahmen der politischen Bildung durchführt, n = 94-108



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

gen derzeit insgesamt etwa 4624 Personen nebenberuflich für die Durchführung von Maßnahmen der politischen Bildung zuständig. Sie erfüllen diese Aufgabe auf Honorarbasis oder ehrenamtlich. Einzelne Einrichtungen beschäftigen bis zu 1300 Honorarkräfte.

Die Bildungsträger wurden zudem aufgefordert, sich zur Eingruppierung des fest angestellten pädagogischen Personals gemäß der Entgelttabelle des TVöD zu äußern. Demnach erhalten 10,82 % der ca. 1000 gemeldeten Stellen

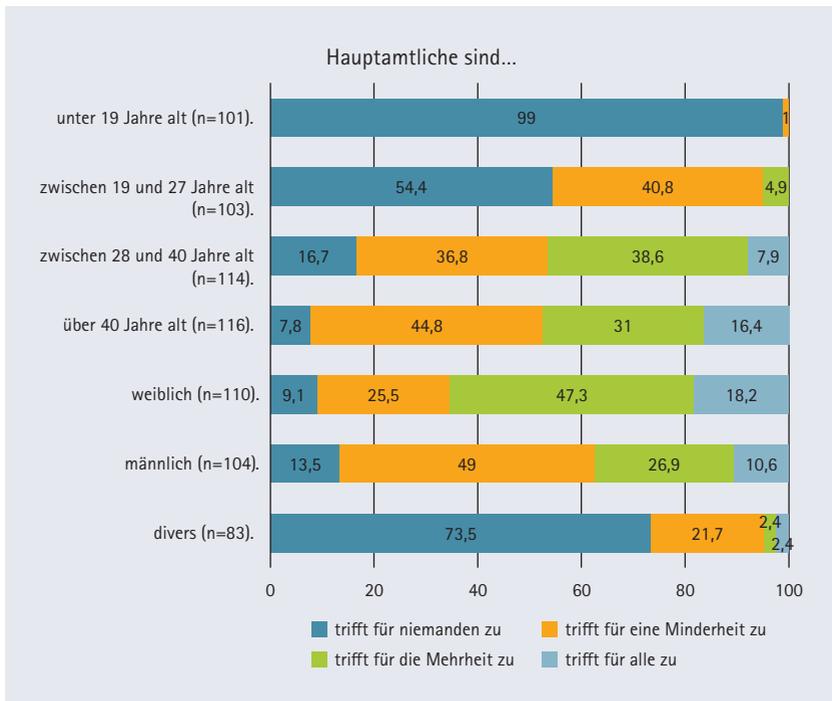
eine Vergütung entsprechend der Entgeltgruppe 14 oder höher. 26,53 % des Personals werden nach Entgeltgruppe 13, 7,16 % nach Entgeltgruppe 12 vergütet. Der größte Anteil des pädagogischen Personals erreicht nur die Entgeltgruppe 11 (27,43 %). Insgesamt erhalten 27,63 % der Beschäftigten eine Vergütung nach Entgeltgruppe 10 oder niedriger.

Um explorative, trägerübergreifende Daten zu den Bildungshintergründen und soziodemografischen Merkmalen des pädagogischen Personals zu gewinnen, wurden die Befragten gebeten, mittels einer Likert-Skala anzugeben, ob bestimmte Aussagen für niemanden, eine Minderheit, eine Mehrheit oder alle Beschäftigten zutreffen.

Die große Mehrheit der angestellten Bildner/-innen verfügt über ein Abitur, und sehr viele haben auch ein Hochschulstudium mit einem Master oder einem vergleichbaren Abschluss absolviert (in 41,9 % der Einrichtungen alle, in 41 % der Einrichtungen die Mehrheit des Personals). Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist unter dem pädagogischen Personal weniger häufig; nur 18 % der Einrichtungen geben an, dass dies für eine Mehrheit oder alle zutrifft (in 45,7 % der Einrichtungen für niemanden).

Es kann weiter vermutet werden, dass ein dominierender Teil des hauptamtlichen pädagogischen Personal Politik- und Sozialwissenschaften studiert hat, denn 14,7 % der Einrichtungen geben an, dass alle Mitarbeitenden ein entsprechendes Studium absolviert hätten, 30,4 %, dass dies für die Mehrheit der politischen Bildner/-innen in der Einrichtung zutreffe. Ebenso lässt sich vermuten, dass nur ein geringer Anteil Lehramt mit Schwerpunkt Politik- und Sozialwissenschaften studiert hat: So berichten 71,4 % der Einrichtungen, dass dies auf niemanden zutreffe, und 23,5 % geben an, dass dies nur für eine Minderheit gelte. Auch andere Lehramtsstudiengänge scheinen als Ausbildungshintergrund nicht weit verbreitet zu sein. Etwas häufiger kommt ein Studium der Sozialen Arbeit vor: 3,2 % der Akteure geben an, dass dies auf alle festangestellten pädagogischen Mitarbeitenden zutrifft, bei 9,5 % auf eine Mehrheit, bei 52,6 % der Einrichtungen dagegen auf niemanden. In einer offen gestellten Frage konnten ohne spezifischere Quantifizierung weitere Studiengänge angegeben werden, wobei Pädagogik/Erziehungswissenschaften (n = 19), Geschichte (n = 11), Kulturwissenschaften (n = 10), Theologie (n = 9), Geografie (n = 7), Wirtschaftswissenschaften (n = 5), Sprachwissenschaften (n = 4), Agrarwissenschaften (n = 2) sowie Erwachsenenbildung (n = 1) von den Trägern genannt werden.

► **Abb. A6-2** Soziodemografische Merkmale des hauptamtlichen pädagogischen Personals, das Maßnahmen der politischen Bildung durchführt, n = 83–116

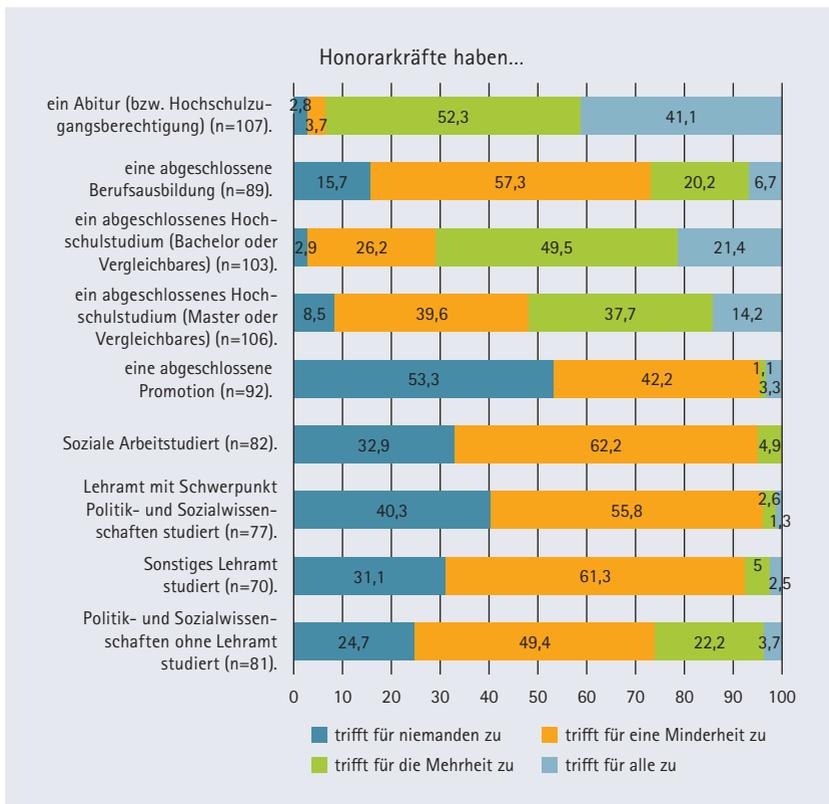


Datenquelle: eigene Befragung TAPB

Hinsichtlich der Altersstruktur der Belegschaften dominieren unter den hauptamtlich beschäftigten politischen Bildner/-innen Personen, die über 40 Jahre alt sind (siehe Abb. A6-2), aber auch Personen zwischen 28 und 40 Jahren machen einen bedeutenden Anteil der Belegschaft aus. Frauen sind in der Mehrheit der Einrichtungen stärker vertreten als Männer, wobei in den meisten Einrichtungen sowohl Frauen als auch Männer arbeiten.

Auch für die mit politischer Bildung befassten Honorarkräfte gilt, dass in den meisten Einrichtungen Personal vorherrscht, das mindestens das Abitur oder eine vergleichbare Hochschulzugangsberechtigung erworben hat (in 52,3 % der Einrichtungen eine Mehrheit, bei 44,4 % alle; siehe Abb. A6-3). Allerdings ist deren Präsenz geringer als bei den hauptamtlich Beschäftigten. Es

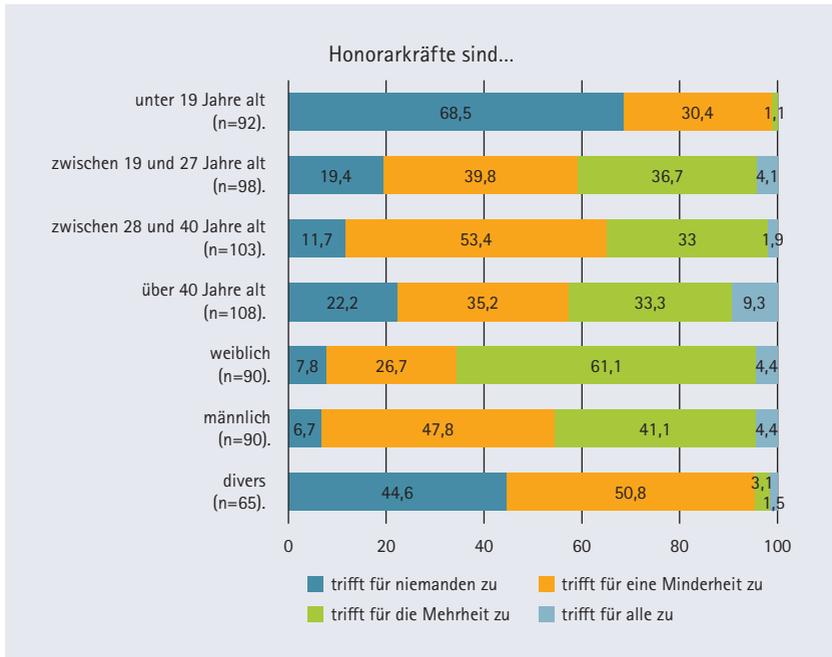
► **Abb. A6-3** Bildungshintergrund der Honorarkräfte, die Maßnahmen der politischen Bildung durchführen, n = 81-107



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

gibt deutlich weniger Einrichtungen, in denen eine relevante Zahl an Honorarkräften eine abgeschlossene Berufsausbildung hat (in 20,2 % der Einrichtungen trifft dies auf eine Mehrheit, in 6,8 % auf alle zu), jedoch ist dies häufiger der Fall als bei den hauptamtlich Beschäftigten. Ein Bachelor-Abschluss scheint weit verbreitet zu sein (nur in 2,9 % der Einrichtungen trifft dies auf niemanden zu), und auch ein Masterabschluss dürfte häufig erworben worden sein (nur in 8,5 % der Einrichtungen trifft dies auf niemanden zu). Eine Promotion kommt deutlich seltener vor, aber in immerhin knapp der Hälfte der Einrichtungen arbeiten auch Promovierte als Honorarkräfte der politischen Bildung.

► **Abb. A6-4** Soziodemografische Merkmale der Honorarkräfte, die Maßnahmen der politischen Bildung durchführen, n = 81–107



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

Wie bei dem festgestellten Personal kann auch bei den studierten Honorarkräften ein breites Spektrum an absolvierten Studienrichtungen vermutet werden: Nur selten sind in den Einrichtungen politische Bildner/-innen mit einem Studium der Sozialen Arbeit oder einem Lehramtsstudium tätig. Politik- und Sozialwissenschaften ohne Lehramtsbezug dürften etwas häufiger vorkommen (bei 22,2 % der Einrichtungen trifft dies auf eine Mehrheit, bei 3,7 % auf alle Honorarkräfte zu). Als weitere Studiengänge, die von Honorarkräften absolviert wurden, nennen die Träger Kultur- und Medienwissenschaften (n = 5 bzw. n = 3), Geografie (n = 4), Geschichte (n = 3), Theologie (n = 3), Wirtschaftswissenschaften (n = 3), Sprachwissenschaften (n = 2), Agrarwissenschaften (n = 1), Philosophie (n = 1) und Medizin (n = 1).

Das Bild zur Alters- und Geschlechterverteilung der Honorarkräfte (Abb. A6-4) ergänzt die vorherige Darstellung der Ausbildungshintergründe. In fast

allen Einrichtungen sind die Honorarkräfte älter als 19 Jahre. Die hohe Präsenz der Altersgruppen 19 bis 27 Jahre (36,7 % als Mehrheit, 4,1 % trifft für alle zu) und 28 bis 40 Jahre (bei 33 % der Träger eine Mehrheit, bei 1,9 % alle Honorarkräfte) könnte darauf hindeuten, dass viele Honorarkräfte ihre akademische Ausbildung gerade abgeschlossen haben oder sich noch im Studium befinden. Die besonders große Präsenz der Altersgruppe über 40 Jahre ist bemerkenswert: Bei 33,3 % der Träger ist dies die Mehrheit, bei 9,3 % befinden sich alle Honorarkräfte in dieser Altersgruppe, was darauf hinweist, dass auch zahlreiche erfahrenere Fachkräfte in der außerschulischen politischen Bildung als Honorarkräfte tätig sind, möglicherweise längerfristig oder dauerhaft als freiberufliche politische Bildner/-innen. Ähnlich wie bei den hauptamtlich Beschäftigten scheinen Frauen auch bei den Honorarkräften die Mehrheit der politischen Bildner/-innen auszumachen (zumindest gibt eine deutliche Mehrheit der befragten Träger an, dass bei ihnen überwiegend Frauen als Honorarkräfte tätig sind), wobei auch hier bei den meisten Trägern Menschen unterschiedlichen Geschlechts engagiert sind.

Die Befragung von Trägern der außerschulischen politischen Bildung zeigt ein breites Spektrum an soziodemografischen Hintergründen der Menschen, die für diese Einrichtungen mit politischer Bildung befasst sind. Menschen ohne Abitur sind nur selten hauptamtlich oder als Honorarkräfte für die befragten Träger in der politischen Bildung aktiv. Die große Mehrheit der politischen Bildner/-innen in den jeweiligen Einrichtungen verfügt über ein abgeschlossenes Studium. Trotz dieses hohen Anteils geben die meisten Einrichtungen an, dass die Mehrheit des angestellten pädagogischen Personals, das mit Maßnahmen der politischen Bildung befasst ist, mit Gehältern unterhalb der Entgeltgruppe 12 entlohnt wird, was auf eine Diskrepanz zwischen Qualifikation, Aufgabenprofil und Vergütung hinweist. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigt sich, dass Frauen in den meisten Einrichtungen stärker vertreten sind, sowohl unter den festgestellten Bildner/-innen als auch bei den Honorarkräften.

Die Angaben beruhen auf den Einschätzungen der teilnehmenden Träger und können nicht extern überprüft werden. Zudem ist die Generalisierbarkeit der Ergebnisse durch die begrenzte Zahl der an der Befragung teilnehmenden Einrichtungen eingeschränkt. Weiter lassen sich aus den Angaben keine Rückschlüsse auf die jeweilige absolute Gesamtzahl an Personen in einer bestimmten Merkmalsgruppe ziehen. Damit sind auch Einschätzungen zu den

prozentualen Anteilen bestimmter Personengruppen in der Gesamtmenge der Beschäftigten nicht möglich. Es lassen sich allein Tendenzen vermuten. Insgesamt verdeutlichen die Befunde dennoch die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen zur Förderung und Weiterbildung des Bildungspersonals, auch bezüglich der didaktischen Ausbildung und Vergütung, um die Qualität und Anerkennung der politischen Bildungsarbeit zu stärken. Außerdem wird das Potenzial einer solchen Trägerbefragung erkennbar, die im Austausch mit den betroffenen Akteuren und mit mehr zeitlichem Vorlauf eine belastbare, regelmäßig wiederkehrende Datenbasis u. a. zu Professionalisierung und Arbeitsbedingungen des Bildungspersonals liefern kann.

#### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Der Großteil des pädagogischen Personals verfügt über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Bachelor oder höher), jedoch wird die Mehrheit unterhalb der Entgeltgruppe 12 des TVöD entlohnt.
- Der Großteil der Bildner/-innen nimmt die Tätigkeit ohne formale didaktische Ausbildung auf.
- Frauen sind in der Mehrheit der Einrichtungen stärker vertreten als Männer, wobei die meisten Einrichtungen gemischtgeschlechtliche Teams beschäftigen.



## A7 – Umfang und Nutzung: Veranstaltungsstunden und Kursteilnahmen



Um den Umfang und die Nutzung von Veranstaltungen zur außerschulischen politischen Bildung darzustellen und vergleichende Analysen zwischen Akteuren und Regionen anzustrengen, werden im Folgenden verschiedene Datenquellen herangezogen. Die Verbundstatistik des *Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung* wird ausgewertet, um eine systematische Betrachtung im Zeitverlauf sowie den Vergleich zwischen Regionen und Akteuren zu ermöglichen. Ergänzend werden die Daten der DIE-Volkshochschulstatistik betrachtet, die im Vergleich zur Verbundstatistik detaillierter ausfallen. Darüber hinaus werden Statistiken des BAMF zu Integrationskursen und Daten des internen Berichtswesens des BAFzA zu den Teilnehmenden des Bundesfreiwilligendienstes einbezogen, die im Rahmen der pädagogischen Begleitung auch Kurse zur politischen Bildung beinhalten. Dieses Vorgehen ermöglicht Einblicke in Umfang und Nutzung von Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung unterschiedlicher Träger und kann Möglichkeiten und Grenzen akteursübergreifender Vergleiche mit derzeit verfügbaren Daten aufzeigen.



### Kennziffern

- Anzahl von Veranstaltungsstunden sowie die Belegungen von Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung

### Datenquellen

- Verbund- und VHS-Statistik, BAMF-Daten zu Orientierungskursen als Teil der Integrationskurse, internes Berichtswesen des BAFzA zum Bundesfreiwilligendienst

## Verbundstatistik



Seit dem Jahr 2007 haben sich die drei bundesweit arbeitenden Verbände *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* (BAK AL), *Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung* (DEAE) und *Katholische Erwachsenenbildung Deutschland* (KEB) in der gemeinsamen Statistik des Verbundes Weiterbildungsstatistik zusammengeschlossen.<sup>14</sup> Der *Deutsche Volkshochschul-Verband e. V.* (DVV) ist als assoziierter Kooperationspartner ebenfalls Mitglied im Verbund. Die Statistiken ermöglichen eine weitreichende Darstellung der öffentlich verantworteten Weiterbildung in Deutschland und einen wichtigen Beitrag zur anbieter- und angebotsbezogenen Berichterstattung für diesen Bildungsbereich. Insgesamt beziehen sich die Angaben auf gut ein Fünftel der Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland, die ein offenes Angebot vorhalten (vgl. Behrendorf u. a. 2008). Nichtsdestotrotz ist es wichtig, anzumerken, dass die Datenerfassung und -weitergabe durch die Weiterbildungseinrichtungen eine freiwillige Leistung ist. Infolgedessen ist eine Beteiligung an der Statistik nicht selbstverständlich, und die Erfassungsquoten variieren (siehe Tab. A7-1 Annex; zur Verteilung der Einrichtungen nach Bundesländern siehe Horn u. a. 2021).

Die Veranstaltungen der teilnehmenden Einrichtungen werden in zehn Themenkategorien unterteilt.<sup>15</sup> Ausgehend von der Annahme, dass die meisten Veranstaltungen mit Fokus auf politische Bildung dem Programmbereich 1 *Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung* zugeordnet werden, wurde dieser Programmbereich als Datengrundlage für die folgenden Analysen ausgewählt.

Gemessen an der Gesamtsumme der deutschlandweit durchgeführten Veranstaltungsstunden im Programmbereich 1 war die KEB 2017 bis 2019 der größte der vier Bildungsakteure (vgl. Abb. A7-1). Im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Corona-Pandemie, verzeichnete die KEB allerdings auch den stärksten Rückgang des Angebotsumfangs im PG 1 auf weniger als die Hälfte der

14 Bis einschließlich des Berichtsjahres 2012 war auch der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* Teil des Verbundes.

15 Programmbereiche: 1. Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung; 2. Familie – Generationen; 3. Religion – Ethik; 4. Umwelt – Nachhaltigkeit – Naturwissenschaften; 5. Kultur – Gestalten; 6. Gesundheit; 7. Sprachen; 8. Medienanwendungen – Technik; 9. Schulabschlüsse; 10. Grundbildung – Alphabetisierung.

► **Abb. A7-1** Veranstaltungsstunden im Programmbereich *Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung*, 2017–2020



Anmerkung: BAK AL = Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.; DEAE = Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V.; DVV = Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.; KEB = Katholische Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V.

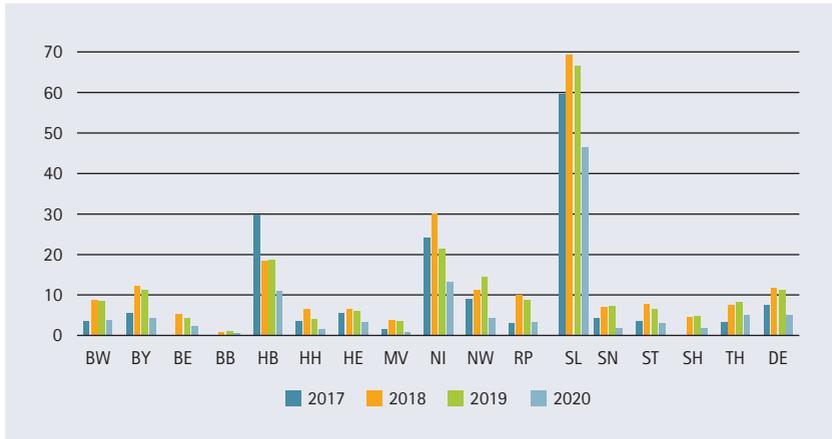
Datenquelle: Verbundstatistik 2017–2020

Veranstaltungsstunden des Vorjahrs (285 258 Veranstaltungsstunden im Jahr 2017, 277 213 im Jahr 2018, 323 567 Stunden, im Jahr 2019 und 117 244 im Jahr 2020). Der Umfang der Veranstaltungsstunden des DVV blieb hingegen stabil auf relativ hohem Niveau, wenn auch bei kontinuierlich leichtem Rückgang.<sup>16</sup> Das Angebot der DEAE verzeichnete im Jahr 2018 einen starken Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (85,9 % mehr), jedoch fiel die Anzahl der Veranstaltungsstunden im Jahr 2019 mit 113 983 Stunden wieder ungefähr auf den Wert von 2017. Auch BAK AL verzeichnete einen Rückgang zwischen 2018 und 2019. Bei allen vier Einrichtungen gab es im Pandemiejahr 2020 gemessen an den Veranstaltungsstunden weniger Bildungsangebote als in den Vorjahren.

Betrachtet man die prozentualen Anteile der Inhalte des PB 1 im Vergleich zum Rest des Angebots in den jeweiligen Einrichtungen, liegt der Fokus der Bildungsmaßnahmen von *Arbeit und Leben* stark auf diesem Programmbereich, dem auch Themen politischer Bildung zugeordnet sind: PB1 umfasst

16 BAK AL: 220 096 im Jahr 2017, 216 518 im Jahr 2018, 154 805 im Jahr 2019, 72 026 im Jahr 2020; DVV: 267 959 in 2018, 236 731 in 2019 und 205 848 in 2020.

► **Abb. A7-2** Anzahl von Veranstaltungsstunden in Programmbereich *Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung* pro Tsd. Einwohner/-innen nach Bundesländern



Datenquelle: Verbundstatistik 2017–2020

hier ca. 69 % aller durchgeführten Veranstaltungsstunden im ausgewählten Vierjahreszeitraum. Dagegen fällt der prozentuale Anteil bei den Einrichtungen des DVV am geringsten aus, bei denen PB 1 nur 1,7 % der Gesamtzahl durchgeführter Veranstaltungen ausmacht (wobei nicht alle dem PB 1 zugeordneten Veranstaltungen politische Bildung im engeren Sinne enthalten; vgl. die detaillierte Analyse der VHS-Veranstaltungen am Beispiel von Bayern in Indikator A9). Der Anteil von Veranstaltungen in PB 1 bei DEAE und KEB bleibt über die ausgewählten Jahre stabil bei etwa 10,5 %.

Um Tendenzaussagen zum relativen Umfang durchgeführter Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung im Verhältnis zur Bevölkerung zu treffen, kann ein Index der durchschnittlichen Veranstaltungsstunden aus PB 1 pro Tsd. Einwohner/-innen gebildet werden (siehe Abb. A7-2, für die zugrundeliegenden Daten siehe Abb. A7-2 Annex). Da die Teilnahmedaten nur auf Kursebene, nicht auf Ebene der Veranstaltungsstunden vorliegen, war es dagegen nicht möglich, einen Index der Teilnahmestunden zu berechnen.

Das Verhältnis der Veranstaltungsstunden zur Bevölkerung variiert zwischen den Bundesländern erheblich und entwickelt sich im Zeitverlauf dynamisch. Im Jahr 2017 führte das Saarland die Liste mit einem bemerkenswert hohen Wert von 59,68 Veranstaltungsstunden pro Tsd. Einwohner/-innen an,

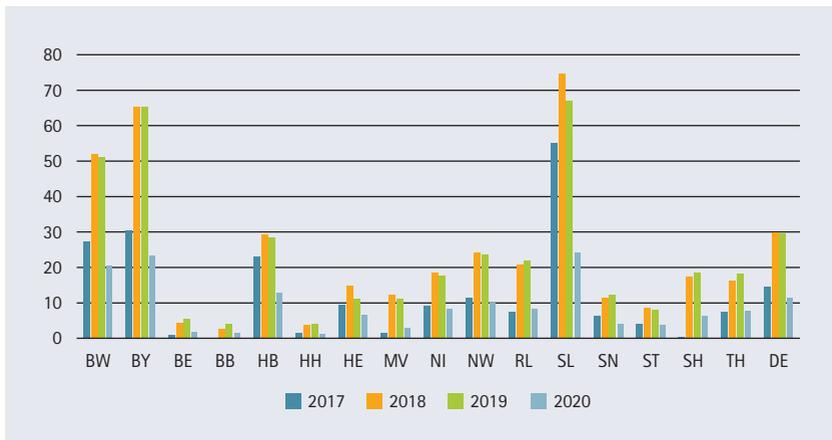
während Berlin mit lediglich 0,17 den niedrigsten Wert aufwies. Ein markanter Anstieg in der durchgeführten Stundenanzahl gegenüber dem Vorjahr war 2018 zu beobachten, im Bundesdurchschnitt und in fast allen Bundesländern (mit einem Rückgang lediglich in Bremen, das dennoch durchgängig ein weit überdurchschnittliches Niveau aufweist). Im Jahr 2020 brachen in allen Bundesländern die Zahlen ein (bundesweit: 5,01 Veranstaltungsstunden/Tsd. Einwohner/-innen im Jahr 2020 im Vergleich zu einem Wert von 11,23 im Jahr 2019), was auf die Covid-19-Pandemie und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen zurückzuführen sein dürfte.

Die Anzahl der Teilnahmen an den Kursen pro Tsd. Einwohner/-innen liefert weitere Informationen zum relativen Umfang der Angebote im PB 1 (siehe Abb. A7-3, für die zugrundeliegenden Daten siehe Abb. A7-3 Annex). Auch hier gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Das Saarland weist 2017 bis 2022 mit durchschnittlich 55,22 Teilnahmen pro Tsd. Einwohner/-innen wiederum den höchsten Wert auf, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg, während Berlin mit durchschnittlich 0,87 die wenigsten Teilnahmen im Verhältnis zur Bevölkerung verzeichnet.

Ein markanter Anstieg der Kursteilnahmen war im Jahr 2018 deutschlandweit zu verzeichnen, wobei dieses relativ hohe Niveau auch im Folgejahr 2019 stabil bleibt. Im Pandemiejahr 2020 brach die Zahl der Kursteilnahmen in allen Bundesländern ein, wobei der Bundesdurchschnitt hinter dem Wert des Jahres 2017 zurückbleibt.

Insgesamt weisen die Ergebnisse auf eine vielfältige und dynamische Angebotsstruktur der politischen Erwachsenenbildung hin, die zwischen den Bundesländern variiert. Eine wesentliche Einschränkung der präsentierten Daten besteht darin, dass die Angaben freiwillig sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Mitgliedseinrichtungen keine Daten gemeldet haben und dass erhebliche Verzerrungen durch eine bisher nicht näher zu beschreibende selektive Meldepraxis vorliegen. Hinzu kommt, dass die Einrichtungen selbst ihre Veranstaltungen den Programmbereichen zuordnen, was zu Ungenauigkeiten und Inkonsistenzen führen kann. Darüber hinaus wurden hier nur Kurse aus dem Programmbereich 1 *Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung* betrachtet, obwohl vermutlich nicht alle Veranstaltungen politischer Bildung diesem Bereich zugeordnet sind (beispielsweise auch im

► **Abb. A7-3** Teilnahmen im Programmbereich *Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung* pro Tsd. Einwohner/-innen nach Bundesländern



Datenquelle: Verbundstatistik 2017–2020

Programmbereich 10 *Grundbildung – Alphabetisierung*; vgl. die BVV-Detailanalysen in Indikator A9) und ebenso nicht alle Veranstaltungen im Programmbereich zwingend der politischen Bildung zugerechnet werden können. Die Analyse des Programmbereichs erlaubt daher nur Hinweise auf Tendenzen, die mithilfe weiterer Daten oder einer weiterentwickelten Erhebungsstruktur verifiziert werden können. Hinsichtlich bildungspolitischer Steuerungspotenziale lässt sich dennoch überzeugend behaupten, dass Entwicklungen, die der Indikator offenlegen kann, starke Hinweise auf Effekte für die Angebotsstruktur im engeren Feld der politischen Bildung beinhalten. Vernachlässigt man den Programmbereich, wird sicher auch die politische Bildung vernachlässigt.

Die präsentierten Werte verdeutlichen nebenbei die Herausforderungen, die durch pandemiebedingte Ausfälle von Veranstaltungen der politischen Bildung entstanden sind. Grundsätzlich unterstreichen sie die Potenziale längsschnittlicher Datenanalysen, die Auswirkungen einschneidender gesellschaftlicher Ereignisse und ggf. Erholungen sichtbar machen können, auch im Vergleich zwischen Trägern und Regionen sowie unter Berücksichtigung politischer Maßnahmen.

► **Abb. A7-4** Unterrichtsstunden pro Tsd. Einwohner/-innen, Fachgebiet 1 *Politik/Bürgerschaftliches Engagement*, 2018–2022



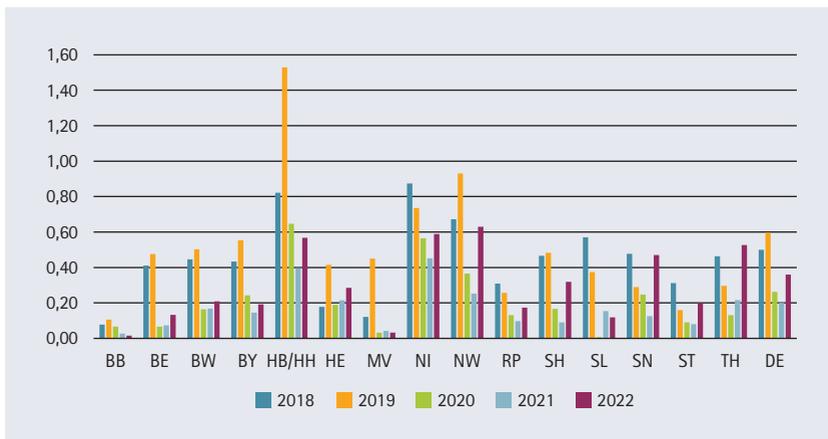
Datenquelle: VHS-Statistik 2018–2022

### Volkshochschulen

Die Daten der VHS-Statistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung ermöglichen nun eine detailliertere Analyse der Veranstaltungen im Programmbereich 1 nach Fachgebieten. Wie bereits erwähnt werden die meisten Veranstaltungen der politischen Bildung in Fachgebiet 1 *Politik/Bürgerschaftliches Engagement* vermutet. Zusätzlich zur allgemeinen Analyse der Verbundstatistik-Daten erlaubt die fachgebietsspezifische Auswertung der Unterrichtsstunden und der Anzahl der Belegungen tiefere Einblicke in den Umfang der Veranstaltungen zur politischen Bildung.

Abbildung A7-4 zeigt die Entwicklung der VHS-Unterrichtsstunden in Fachgebiet 1 pro Tsd. Einwohner/-innen in den Jahren 2018 bis 2022. Die Zahlen sind in den meisten Bundesländern von 2018 bis 2021 rückläufig, mit einem besonders starken Rückgang im Jahr 2020, vermutlich pandemiebedingt (für die zugrundeliegenden Daten siehe Abb. A7-4 Annex). In fast allen Bundesländern stiegen die Werte im Jahr 2022 wieder an (in einzelnen Regionen geschah dies bereits 2021, so in Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern), erreichten jedoch selten das Vor-Pandemie-Niveau. Der Bundesdurchschnitt blieb 2022 mit 0,36 Veranstaltungsstunden pro Tsd.

► **Abb. A7-5** Teilnahmen pro Tsd. Einwohner/-innen, Fachgebiet 1 *Politik/Bürgerschaftliches Engagement*, 2018–2022

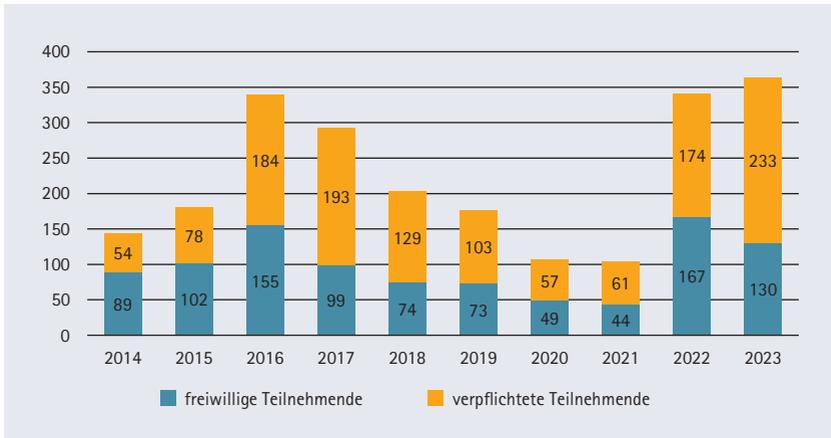


Datenquelle: VHS-Statistik 2018–2022

Einwohner/-innen unter dem Niveau von 0,46 im Jahr 2018. Niedersachsen hält über den gesamten Zeitraum hinweg ein stark überdurchschnittliches Niveau der Veranstaltungsstunden (vgl. Indikator A4), und auch Bremen und Hamburg legen besonders hohe Unterrichtsstundenzahlen im Verhältnis zur Bevölkerung vor. In den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und NRW sowie in Sachsen fallen die Unterrichtsstunden im Verhältnis zur Bevölkerung hingegen relativ gering aus. Berlin erlebt mit Beginn der Covid-19-Pandemie den stärksten Einbruch der Stundenzahlen, die sich auch bis 2022 kaum erholen, während Brandenburg in allen fünf Untersuchungsjahren weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Abbildung A7-5 veranschaulicht die Entwicklung der Teilnahmen an VHS-Kursen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von 2018 bis 2022. Auch für diesen Wert ist ein starker Einbruch der Zahlen während der beiden Pandemiejahre zu beobachten, ebenso wie die Tendenz zur Erholung ab 2022, wobei hier das Vorpandemie-Niveau noch nicht erreicht wird. Bei den Teilnehmezahlen schneidet NRW im Ländervergleich etwas besser ab als bei der Zahl der Unterrichtsstunden, während Brandenburg weiterhin die niedrigsten Werte aufweist, mit anhaltend rückläufiger Tendenz in 2022. Berlin und MV erleben einen besonders starken Einbruch der Zahlen in den Pandemie Jahren, die sich im

► **Abb. A7-6** Neue Integrationskursteilnehmende, 2014–2023, in Tsd. Personen



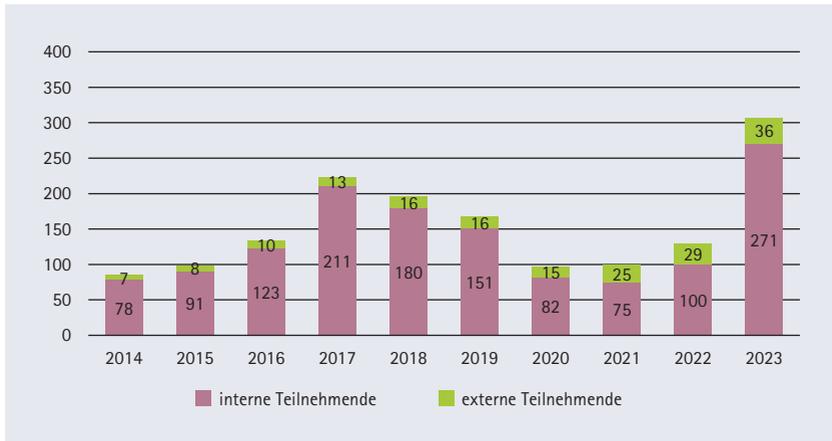
Datenquelle: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2023 (BAMF 2024)

Untersuchungszeitraum kaum erholen. Bremen und Hamburg sowie Niedersachsen weisen hingegen wieder überdurchschnittlich hohe Werte auf.

### Orientierungskurse als Teil der Integrationskurse

Der Orientierungskurs ist ein Bestandteil jedes Integrationskurses. Personen, die nach Deutschland zuwandern, sollen durch die im Orientierungskurs vermittelten Kenntnisse die Möglichkeit erhalten, sich in gesellschaftlichen und politischen Aspekten des Zusammenlebens besser zu orientieren. Ein gesetzlicher Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs besteht für Ausländer/-innen, die ihren ersten Aufenthaltstitel ab dem 1. Januar 2005 erhalten haben und sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. Neuzugewanderte sind zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet, sofern sie u. a. nicht in der Lage sind, sich auf einfache oder ausreichende Weise auf Deutsch zu verständigen (BAMF 2025). Der Kurs umfasst in der Regel 100 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten, wobei bei Intensivkursen der Umfang auf 30 Unterrichtseinheiten reduziert werden kann. Nach Abschluss des Kurses muss der Test *Leben in Deutschland* bestanden werden, bei dem 33 Fragen zur rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung sowie zu den Lebensverhältnissen in Deutschland gestellt werden. Eine Analyse der begonnenen Integrationskurse und der Teilnehmendenzahlen von

► **Abb. A7-7** Prüfungsteilnehmende am Orientierungskurstest/ *Test Leben in Deutschland*, in Tsd. Personen, 2014–2023



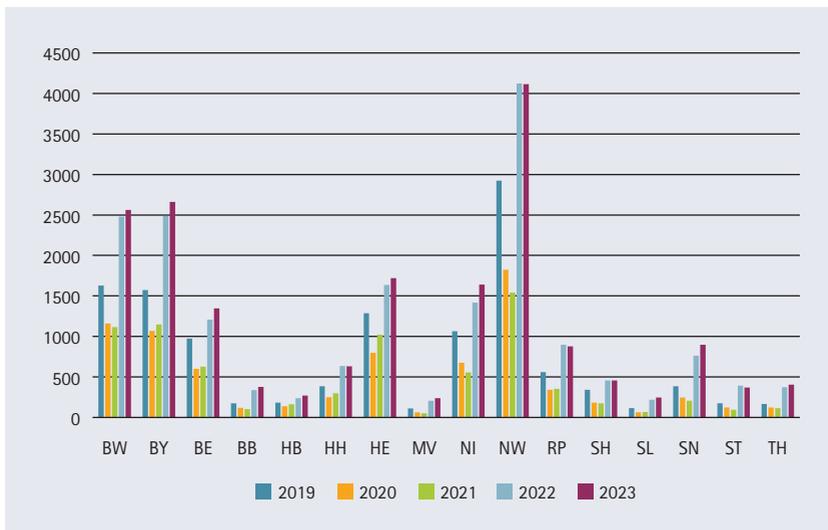
Datenquelle: Datenquelle: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2023 (BAMF 2024)

2014 bis 2023 liefert detaillierte Einblicke in den Umfang der politischen Bildung im Rahmen von Orientierungskursen (siehe Abb. A7-6).

Die Statistik zu den Integrationskursen im Zeitraum von 2014 bis 2023 differenziert zwischen freiwilliger und verpflichtender Teilnahme. Besonders auffällig ist der starke Anstieg der verpflichteten Teilnehmenden in den Jahren 2016 und 2017, was auf die hohe Anzahl an Schutzsuchenden aus Syrien zurückzuführen ist (180000 Teilnehmende im Jahr 2015, 339000 im Jahr 2016). Nach einem Rückgang in den darauffolgenden Jahren, insbesondere in den Pandemie Jahren 2020 und 2021, ist ab 2022 wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (von 105000 neuen Teilnehmenden im Jahr 2021 auf 341000 im Jahr 2022). Dieser ist vermutlich durch das Überwinden der Covid-19-Pandemie sowie die Zunahme der Migration infolge des Krieges in der Ukraine bedingt.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich in den Daten zu den Teilnahmen am *Test Leben in Deutschland* (siehe Abb. A7-7). Von 2014 bis 2017 ist ein kontinuierlicher Anstieg der internen Prüfungsteilnehmenden (die zuvor an einem Orientierungskurs teilgenommen haben) zu beobachten, der 2017 mit 211000 Personen einen ersten Höhepunkt erreicht. Nach einem leichten Rückgang in den Jahren 2018 und 2019 und einer vermutlich pandemiebedingten Senke in 2020 und 2021 erholt sich die Zahl der internen Teilnehmenden ab 2022, wobei im

► Abb. A7-8 Anzahl der begonnenen Integrationskurse nach Bundesländern, 2019–2023



Datenquelle: Integrationskursgeschäftsstatistik (BAMF 2024)

Jahr 2023 mit 271 000 Personen ein neuer Höchststand erreicht wird. Die Anzahl der externen Prüfungsteilnehmenden (ohne Kursbesuch) stieg ab 2021 an und erreichte 2023 einen relativen Höchstwert von 36 000 Personen. Dieser Anstieg könnte im Zusammenhang mit der Reform des Einbürgerungsgesetzes stehen. Das Bestehen des Tests *Leben in Deutschland* ist eine der Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, jedoch ist der Besuch des Orientierungskurses dafür nicht zwingend erforderlich.

Die Abbildung A7-8 zeigt die Anzahl der begonnenen Integrationskurse in den Bundesländern von 2019 bis 2023 und verdeutlicht signifikante Trends und regionale Unterschiede in dem Zeitraum. In den meisten Bundesländern ist im Jahr 2020 ein deutlicher Rückgang der begonnenen Integrationskurse zu beobachten, was vermutlich auf die Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie zurückzuführen ist. Nordrhein-Westfalen verzeichnete 2019 die höchste Anzahl an begonnenen Kursen (2 922), fiel jedoch 2020 auf 1 823 Kurse ab. Ähnliche Rückgänge sind in Bayern (von 1 574 auf 1 068) und Baden-Württemberg (von 1 628 auf 1 161) zu sehen.



Ab 2021 erholen sich in vielen Bundesländern die Zahlen zu den Kurs- und Prüfungsteilnahmen. In Bayern stieg die Zahl der begonnenen Kurse von 1 068 im Jahr 2020 auf 1 146 im Jahr 2021 und erreichte 2023 einen Wert von 2 661. In Baden-Württemberg zeigt sich eine ähnliche Erholung, wobei die Anzahl der begonnenen Kurse von 1 161 im Jahr 2020 auf 2 563 im Jahr 2023 ansteigt. Besonders auffällig ist Brandenburg, wo sich die Zahl der begonnenen Kurse von 102 im Jahr 2020 auf 377 im Jahr 2023 mehr als verdreifacht. Dies könnte auf spezifische regionale Maßnahmen oder eine erhöhte Zuwanderung hinweisen. Auch Hamburg zeigt eine markante Zunahme, mit einem Anstieg von 251 Kursen im Jahr 2020 auf 632 Kurse im Jahr 2023.

Insgesamt spiegeln die Daten eine dynamische Entwicklung der Integrationskurse in Deutschland wider. Die regionalen Unterschiede könnten auf unterschiedliche Migrationsbewegungen, die lokale Integrationspolitik und spezifische Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten in den jeweiligen Bundesländern zurückzuführen sein. Die deutliche Zunahme der Kurszahlen in den Jahren 2022 und 2023 könnte zudem auf die erhöhte Migration durch den Krieg in der Ukraine und auf Änderungen in der Integrationspolitik hindeuten (BAMF 2024). Während Kurszahlen Migrationsbewegungen widerspiegeln, zeugen die Abschlusszahlen von erfolgreich durchgeführten Bildungsmaßnahmen, wobei für deren Bewertung und Weiterentwicklung künftig auch eine systematische Analyse zu den Inhalten und Materialien der Orientierungskurse sowie den damit befassten Trägern bzw. Bildner/-innen sehr interessant und relevant wäre.

### Bundesfreiwilligendienst

Für die folgenden Analysen wurden durch das BAFzA Daten zu Teilnehmerzahlen von Seminaren der politischen Bildung an den 17 BAFzA-Bildungszentren für die Jahre 2018 und 2023 zur Verfügung gestellt.<sup>17</sup> Zusätzlich liegen Daten zur Anzahl der Veranstaltungen vor, auf Grund einer Umstrukturierung der Datenbank allerdings nur für die Jahre 2022 und 2023.

17 Die vorliegenden Analysen beschränken sich auf den Bundesfreiwilligendienst. Daneben absolvieren jährlich durchschnittlich ca. 2 800 Personen ein FÖJ und etwa 52 730 Personen ein FSJ (BMFSFJ 2024a; BMFSFJ 2024b). Rund 3 % der Teilnehmenden entscheiden sich für das FSJ in den Bereichen Kultur/Denkmalpflege/Politik (BAK FSJ, vgl. auch Eichhorn 2020).

► **Tab. A7-9** Anzahl der Teilnehmenden an Seminaren zur politischen Bildung von BAFzA-Bildungszentren, 2018–2023

2018	2019	2020	2021	2022	2023
29 971	29 603	29 159	30 958	30 950	29 212

Datenquelle: Interne Statistik des BAFzA

Die Anzahl der Bundesfreiwilligen, die ein Seminar zur politischen Bildung an einem BAFzA-Bildungszentrum besuchte, unterlag über die Jahre hinweg nur geringfügigen Schwankungen, mit einem leichten Rückgang in den Jahren 2019 und 2020 (siehe Abb. A7-9). Der Höchststand wurde im Jahr 2021 erreicht, als 30 958 Personen an einem der fünftägigen Seminare zur politischen Bildung teilnahmen. Diese Veranstaltungen finden hauptsächlich in Präsenz statt. In seltenen Fällen können Freiwillige, deren Lebensumstände die Teilnahme an Seminaren in der vorgesehenen Form erheblich erschweren (beispielsweise bei Betreuungs- oder Pflegeaufgaben), das Seminar auch in virtueller Form absolvieren (BAFzA o. D.). Im Jahr 2022 fanden insgesamt 1 602 Veranstaltungen statt, und im Jahr 2023 ging die Anzahl geringfügig auf 1 571 Seminare zurück, wobei ein Seminar durchschnittlich von 19 Personen (2022) bzw. 18 Personen (2023) besucht wurde.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass sich anhand der Verbundstatistik und der VHS-Statistik Entwicklungen über die Zeit und regionale Unterschiede zwischen und innerhalb von Trägergruppen abzeichnen. Allerdings muss betont werden, dass die Freiwilligkeit der Teilnahme an statistischen Datensammlungen und die unterschiedliche Kategorisierung von Bildungsangeboten aussagekräftige trägerübergreifende Analysen einschränken. Eine stärker standardisierte und verpflichtende Erhebung könnte besser belastbare Vergleiche ermöglichen und künftig die Bewertung von Entwicklungen sowie zielgerichtete Maßnahmen erleichtern. Dafür müssten allerdings auch Kategoriensysteme an die Bildungspraxis unterschiedlicher Träger angepasst werden (als ein Stichwort sei hier genannt: Aufsuchende politische Bildung), um Realitäten abzubilden und zur sorgfältigen Teilnahme an den Befragungen zu motivieren.

Die analysierten Daten zur Nutzung von Seminaren politischer Bildung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes weisen auf die Bedeutung der BAFzA

Bildungszentren für die außerschulische politische Bildung hin, deren Arbeit durch die Covid-19-Pandemie hinsichtlich der Zielgruppenerreichung offenbar wenig beeinträchtigt wurde.

Die Integrationskurse haben auch im Zuge des Krieges in der Ukraine eine besonders dynamische Entwicklung erfahren. Die hohen Teilnahmezahlen unterstreichen die Potenziale der Integrationskurse für die politische Bildung von Neuzugewanderten.

### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Die Anzahl der Veranstaltungsstunden sowie die Teilnahme an Kursen der außerschulischen politischen Bildung sind während der COVID-19-Pandemie stark zurückgegangen.
- Bei regional vergleichenden Analysen zeigen sich deutliche Unterschiede in den Veranstaltungsstunden und Kursteilnahmen zwischen den Bundesländern.



## A8 – Formate außerschulischer politischer Bildung

Außerschulische politische Bildung nutzt eine Vielzahl von Formaten, um Lerninhalte zu vermitteln, politische Kompetenzen zu fördern und Diskussionen zu gesellschaftspolitischen Themen anzuregen. Diese Veranstaltungsformate reichen von Seminaren mit inhaltlichen Impulsen und anschließenden Diskussionen über Bildungsreisen bis hin zu innovativen Ansätzen, die flexibel an die jeweiligen Ziele und Ressourcen der Bildungsträger bzw. die Bedürfnisse der Teilnehmenden angepasst werden.

Ein interessanter Aspekt der außerschulischen Bildungsformate ist der Grad ihrer Digitalisierung. Die Covid-Pandemie stellte die Jugend- und Erwachsenenbildung vor große Herausforderungen (vgl. AJEB GPJE 2021; Christ u. a. 2021; Scheidig 2022). Zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 mussten viele Präsenzveranstaltungen abgesagt, verschoben oder entgegen der ursprünglichen Planung online durchgeführt werden.



In der folgenden Analyse werden die Ergebnisse der Trägerbefragung TAPB vorgestellt, die sich auf die in Veranstaltungen politischer Bildung verwendeten Formate und deren Digitalisierungsgrad beziehen. Am Beispiel der Bildungsmaßnahmen von Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren der Bundeswehr werden außerdem unterschiedliche Bildungsformate anhand der Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden dargestellt, um die



### **Kennziffern**

- Formate von Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung

### **Datenquellen**

- Eigene Trägerbefragung, Jahresberichte zur Bildungsarbeit von Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren der Bundeswehr, internes Berichtswesen der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Entwicklung über die Zeit hinweg exemplarisch für einen Bildungsträger zu analysieren. Zur Darstellung der Digitalisierung von Veranstaltungen dienen die Daten der *Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung* (et), die für den vorliegenden Pilotmonitor durch die et zur Verfügung gestellt wurden, um die Auswirkungen der Pandemie auf eine spezifische Trägergruppe zu veranschaulichen.

### Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr



Die Jahresberichte zur Tätigkeit der Jugendoffizier/-innen der Bundeswehr, die das Bundesverteidigungsministerium veröffentlicht, weisen unterschiedliche Formate aus. Tabelle A8-1 gibt einen Überblick über die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden nach Formaten im Zeitraum von 2018 bis 2023. Die Zahl der Veranstaltungen halbierte sich während der Pandemie (2018: 5 815, 2020: 2 328), erholte sich ab 2022 aber wieder (5 931).

Das mit Abstand häufigste Veranstaltungsformat waren Vorträge, deren Zahl in den Jahren 2020 und 2021 stark zurückging, sich danach aber wieder auf den Vorpandemiewert erholte (3 607 Vorträge im Jahr 2023). Die Zahl der Teilnehmenden bei Vorträgen erreichte 2022 mit 113 259 Teilnahmen ihren Höhepunkt. Auch die anderen Formate verzeichneten starke pandemiebedingte Rückgänge in den Jahren 2020 und 2021. Seminare fanden im Vergleich zu Vorträgen deutlich seltener statt, erreichten vor und nach der Pandemie jährlich allerdings immerhin ca. 30 000 Teilnehmende. Informationsveranstaltungen über die Arbeit der Bundeswehr sowie Besuche bei der Truppe legten in den Jahren 2022 und 2023 nach pandemiebedingten Rückgängen wieder zu, jedoch ohne die jeweiligen Vorpandemiewerte zu erreichen. Die Zahl der Großveranstaltungen verzeichnete nach der besonders stark ausgeprägten Corona-Delle 2023 mit 329 Veranstaltungen und 19 033 Teilnehmenden einen Höchstwert. Dieser Anstieg könnte auf ein gesteigertes Interesse an sicherheitspolitischen Themen oder eine erhöhte Bereitschaft zur Teilnahme an größeren Veranstaltungen nach der Pandemie hinweisen. Auch die Zahl der Podiumsdiskussionen stieg im Jahr 2023 auf 72 Veranstaltungen mit insgesamt 4 899 Teilnehmenden, dem Höchstwert im Untersuchungszeitraum.

➤ **Tab. A8-1** Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen und Teilnehmenden in Bildungsformaten der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr, 2018–2023

	Vorträge	Podiums- diskussionen	Seminare (ein- und mehrtägige VA)	Besuche bei der Truppe	Informations- veranstaltungen über die Arbeit der Jugendoffizier/-innen	Großveranstaltungen	Summe
2018	VA 3 586	39	856	152	934	248	5 815
	<b>TN 98 463</b>	<b>1 467</b>	<b>30 511</b>	<b>4 536</b>	<b>3 812</b>	<b>13 076</b>	<b>151 865</b>
2019	VA 3 461	56	799	181	928	246	5 671
	<b>TN 95 052</b>	<b>2 352</b>	<b>28 152</b>	<b>6 142</b>	<b>3 095</b>	<b>15 357</b>	<b>150 150</b>
2020	VA 1 546	24	231	28	434	65	2 328
	<b>TN 39 058</b>	<b>833</b>	<b>8 135</b>	<b>721</b>	<b>1 370</b>	<b>2 011</b>	<b>52 128</b>
2021	VA 1 658	23	180	15	480	34	2 390
	<b>TN 36 342</b>	<b>1 119</b>	<b>5 636</b>	<b>390</b>	<b>1 555</b>	<b>2 093</b>	<b>47 135</b>
2022	VA 4 308	82	609	63	716	153	5 931
	<b>TN 113 259</b>	<b>4 044</b>	<b>21 246</b>	<b>1 713</b>	<b>2 350</b>	<b>7 409</b>	<b>150 021</b>
2023	VA 3 607	72	781	80	630	329	5 499
	<b>TN 100 405</b>	<b>4 899</b>	<b>29 596</b>	<b>2 105</b>	<b>2 111</b>	<b>19 033</b>	<b>158 149</b>

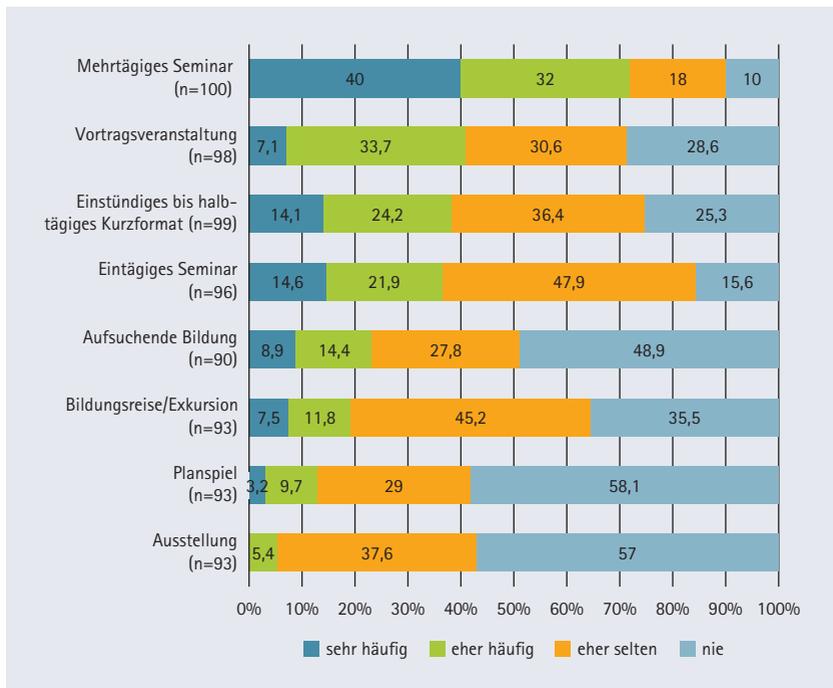
Datenquelle: Jahresbericht der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr 2023

## Trägerbefragung

Im Rahmen der Trägerbefragung TAPB wurden die Akteure außerschulischer politischer Bildung unter anderem auch gefragt, wie häufig sie bestimmte Formate im Jahr 2022 eingesetzt haben.

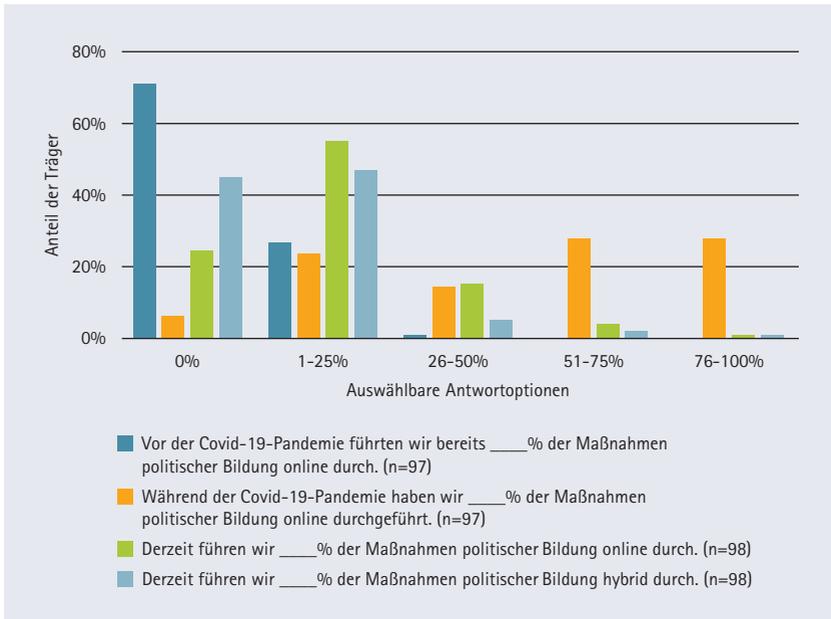
Mehrtägige Seminare waren bei den befragten Akteuren besonders beliebt (Abb. A8-1). So geben 72 % der Befragten an, solche Formate häufig zu veranstalten. Eintägige Seminare und Kurzformate von maximal einem halben Tag werden von 36,5 % bzw. 38,3 % der befragten Einrichtungen häufig durchgeführt. Vortragsveranstaltungen, bei denen die Teilnehmenden vermutlich mehr Input zu bestimmten Themen erhalten und die Diskussion einen kleineren Anteil einnimmt, sind ebenfalls weit verbreitet (40,8 %). Aufwendigere Formate wie Bildungsreisen werden von 19,3 % der Akteure organisiert. Bemerkenswert

► **Abb. A8-1** Formate der Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung, in Prozent, n = 90–100



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

► **Abb. A8-2** Anteil online durchgeführter Maßnahmen politischer Bildung vor, während und nach der Covid-19-Pandemie, in Prozent, n = 97-98



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

ist, dass eine Mehrheit der befragten Träger angibt, niemals Planspiele oder Ausstellungen anzubieten. Nur 12,9 % geben an, dass Planspiele eher oder sehr häufig zum Einsatz kommen (Ausstellungen: 6,4 % eher häufig).

In der Befragung wurden die Träger auch dazu aufgefordert, den Anteil der Maßnahmen politischer Bildung anzugeben, die vor und während der Covid-19-Pandemie online bzw. nach der Pandemie online oder hybrid durchgeführt wurden. Vor der Pandemie hat die überwiegende Mehrheit (71,1 %) der Befragten keine Bildungsmaßnahmen online durchgeführt (siehe Abb. A8-2). Mit Beginn der Pandemie stellten jedoch viele Träger ihre Angebote um, sodass mehr als 55 % der Befragten die Mehrheit ihrer Veranstaltungen zur politischen Bildung online durchführten. Bemerkenswert ist, dass 6,2 % der befragten Akteure auch während der Pandemie vollständig auf digitale Veranstaltungen verzichteten. 23,7 % geben an, nur bis zu einem Viertel ihrer Veranstaltungen digital durchgeführt zu haben.



Mit Ende der Pandemie haben Präsenzveranstaltungen wieder an Bedeutung gewonnen. So gibt fast ein Viertel der Befragten an, derzeit keine Bildungsmaßnahmen online durchzuführen. Bei 55,1 % der befragten Träger machen digitale Veranstaltungen mittlerweile nur einen Anteil von 1 bis 25 % ihres Bildungsprogramms aus. Hybridformate mit analogen und digitalen Elementen werden sehr selten genutzt: 44,9 % der Befragten organisieren keine solchen Veranstaltungen, und fast 47 % nutzen dieses Format nur in geringem Umfang.

Diese Ergebnisse zeigen, dass sich die Mehrheit der befragten Bildungsträger an die pandemiebedingten Beschränkungen angepasst hatte, indem sie auf Online-Formate setzte. Zugleich wird deutlich, dass unter normalen Umständen Präsenzveranstaltungen das bevorzugte Format sind. Eine Einschränkung der Befunde besteht darin, dass nicht ersichtlich ist, inwiefern die Anzahl der Maßnahmen der Träger während der Pandemie insgesamt zurückgegangen ist und ob sich der Umfang des Angebots mittlerweile wieder erholt hat.

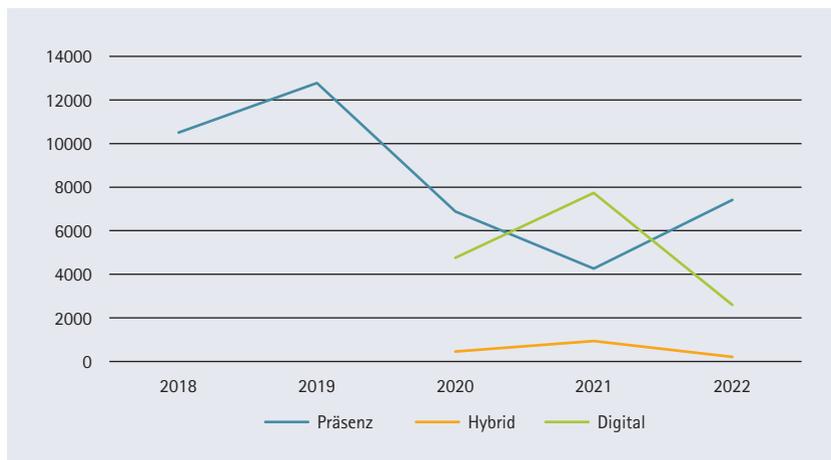
### Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Um die Entwicklung des Digitalisierungsgrades von Veranstaltungen über die Zeit exemplarisch zu beleuchten, wurden Daten der *Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung* (et) für die Jahre 2018 bis 2022 analysiert (siehe Abb. A8-3). Im Jahr 2018 fanden alle 228 Veranstaltungen der et in Präsenz statt, mit insgesamt 10 502 Teilnehmenden und einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 46 Personen pro Veranstaltung. Ein ähnliches Bild zeigt sich für das Jahr 2019, in dem ebenfalls sämtliche 342 Veranstaltungen vor Ort durchgeführt wurden, mit durchschnittlich 37 Teilnehmenden.<sup>18</sup>

Eine signifikante Veränderung zeigt sich im Jahr 2020, als digitale und hybride Formate aufgrund der Covid-19-Pandemie erstmals statistisch erfasst wurden. Von den 350 Veranstaltungen wurden 181 in Präsenz (durchschnittlich 38 Teilnehmende), 16 hybrid (durchschnittlich 28 Teilnehmende) und 153 digital (durchschnittlich 31 Teilnehmende) durchgeführt. Damit lag der Anteil digitaler und hybrider Veranstaltungen bei etwa 48 %, was einen deutlichen Anstieg des Digitalisierungsgrades markiert. Im Jahr 2021 setzte sich dieser Trend fort: Von den 418 Veranstaltungen wurden 165 in Präsenz (26 Teilnehmende im

18 Auch wenn der Digitalisierungsgrad von Veranstaltungen seitens der et erst ab 2020 systematisch statistisch erfasst wird, ist nach Rücksprache mit der et davon auszugehen, dass in den Jahren 2018 und 2019 sämtliche Veranstaltungen in Präsenz vor Ort stattfanden.

► **Abb. A8-3** Veranstaltungen der et nach Teilnehmendenzahl und Digitalisierungsgrad, 2018–2022



Anmerkung: Der Digitalisierungsgrad von Veranstaltungen wird seitens der et erst ab 2020 systematisch statistisch erfasst. Die Zuordnungen für 2018 und 2019 beruhen auf einer Rücksprache mit der et.  
Datenquelle: internes Berichtswesen der et

Durchschnitt), 15 hybrid (63 Teilnehmende im Durchschnitt) und 238 digital (32 Teilnehmende im Durchschnitt) durchgeführt. Der Anteil digitaler und hybrider Veranstaltungen stieg damit auf etwa 60 %. Im Jahr 2022 kehrte man in der Tendenz zu Präsenzformaten zurück, wobei digitale Formate mit 27 % der Veranstaltungen weiterhin eine wichtige Rolle spielten. Von den 402 durchgeführten Veranstaltungen fanden 294 in Präsenz, 100 digital und 7 hybrid statt. Die durchschnittliche Teilnehmendenzahl lag bei 25 Personen für Präsenzveranstaltungen, 26 für digitale und 20 für hybride Formate.

Die Analyse der Veranstaltungsdaten der et zeigt eine deutliche Entwicklung hin zu einer flexibleren Veranstaltungsstruktur mit einer verstärkten Nutzung digitaler und hybrider Formate, insbesondere während der Covid-19-Pandemie. Vor der Pandemie dominierten Präsenzveranstaltungen mit hohen durchschnittlichen Teilnehmerzahlen, doch ab 2020 führte die Pandemie zu einer schnellen Einführung und Verbreitung digitaler und hybrider Formate. Diese neuen Formate scheinen insbesondere 2021 sehr akzeptiert zu sein, wobei hybride Veranstaltungen in diesem Jahr die höchsten Durchschnittszahlen aufwiesen. Im Jahr 2022 kehrte sich der Trend teilweise um,



und Präsenzveranstaltungen wurden wieder häufiger durchgeführt, allerdings mit niedrigeren Teilnehmerszahlen als vor der Pandemie. Die Entwicklung der durchschnittlichen Teilnehmerszahlen legt nahe, dass die Pandemie als Katalysator wirkte, um Bildungsangebote zu digitalisieren und zu flexibilisieren. Digitale Formate wurden infolge zu einem festen Bestandteil des Angebots. Die Unterschiede in den Teilnehmerszahlen je nach Format und Jahr verdeutlichen die Notwendigkeit einer flexiblen Anpassung an sich verändernde Bedingungen und Präferenzen der Teilnehmenden. Insgesamt hat sich die Veranstaltungslandschaft diversifiziert, um den Bedürfnissen der Teilnehmenden gerecht zu werden und um auf wechselnde Rahmenbedingungen schnell reagieren zu können.

Die Untersuchung der ausgewählten Akteure verdeutlicht die Vielfalt genutzter Formate in der außerschulischen politischen Bildung. Bildungsträger setzen auf ein breites Spektrum an Veranstaltungsformaten, wobei mehrtägige Seminare am häufigsten vorkommen. Dies zeigt die Präferenz der Träger für Formate, die den Teilnehmenden eine intensive Auseinandersetzung mit Themen ermöglichen. Formate aufsuchender politischer Bildung, die in Statistiken bislang oftmals nicht abgefragt werden, kommen insgesamt seltener vor, sind jedoch für einen Teil der Träger sehr relevant.

Wenig überraschend hat die Covid-19-Pandemie den Einsatz digitaler und hybrider Formate beschleunigt und schnell etabliert. Viele Bildungsträger verlegten ihre Angebote kurzfristig in den digitalen Raum, um ihre Bildungsarbeit trotz der Einschränkungen (wie Kontaktbeschränkungen, aber auch Sorge der Zielgruppen vor Ansteckung) umsetzen zu können. Nach der Pandemie sind die Träger jedoch weitgehend zu traditionellen Präsenzformaten zurückgekehrt. Digitale Formate sind als Ergänzung bestehen geblieben. Insgesamt wird die flexible und diversifizierte Veranstaltungsstruktur der außerschulischen politischen Bildung deutlich. Die Bildungsträger haben sich erfolgreich an veränderte Rahmenbedingungen angepasst und bieten eine Mischung aus Präsenz- und Online-Formaten an, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Teilnehmenden gerecht zu werden und ihre Bildungsziele zu erreichen.

Es wird interessant sein zu sehen, wie sich der Anteil digitaler Formate in Angeboten politischer Bildung künftig entwickelt und inwiefern sich zielgruppenspezifische Präferenzen zeigen, beispielsweise abhängig von Berufstätigkeit oder Betreuungs- und Pflegeverantwortung.



### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Außerschulische politische Bildung umfasst eine breite Palette an Veranstaltungsformaten. Während mehrtägige Seminare laut Trägerbefragung besonders beliebt sind und auch eintägige Seminare, ein- bis mehrstündige Kurzformate und Vortragsveranstaltungen verbreitet sind, kommen Bildungsreisen und aufsuchende Formate eher selten zum Einsatz.
- Die Covid-19-Pandemie hat die Digitalisierung der Bildungsformate beschleunigt, mit einem signifikanten Anstieg digitaler und hybrider Veranstaltungen während der Jahre 2020 und 2021. Nach der Pandemie zeigt sich eine Rückkehr zu traditionellen Präsenzformaten, während digitale Formate weiterhin als Ergänzung bestehen bleiben.

## A9 – Themen der Veranstaltungen außerschulischer politischer Bildung

Die meisten Träger außerschulischer politischer Bildung besitzen die Freiheit, die Themen ihrer Bildungsangebote selbst zu wählen. Allerdings können einige Themenschwerpunkte durch bestimmte Mittelgeber oder Förderprogramme beeinflusst bzw. gesetzt werden.

Um das Angebot thematisch an den Interessen der Zielgruppen auszurichten und damit die Responsivität der Bildungsmaßnahmen zu erhöhen, sind Kenntnisse über die Themenwünsche der (potenziellen) Teilnehmenden erforderlich. Einblicke gibt beispielsweise der Demokratiebericht des Landes Nordrhein-Westfalen (2023), der auf einer repräsentativen Befragung von 3 149 Einwohner/-innen in NRW ab einem Alter von 14 Jahren beruht. Für den Bericht wurde einerseits mit einem offenen Antwortformat nach dem generellen persönlichen Interesse an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen gefragt, andererseits wurde mit einem geschlossenen Format das Interesse erfragt, an Angeboten der politischen Bildung zu bestimmten Themen teilzunehmen. Beim allgemeinen Interesse standen die Themen Klima-, Umwelt- und

### Kennziffern

- Themen der Veranstaltungen außerschulischer politischer Bildung

### Datenquellen

- Jahresberichte der Landeszentralen für politische Bildung in Sachsen und Nordrhein-Westfalen, Daten aus dem internen Berichtswesen der Bundeszentrale für politische Bildung sowie dem internen Berichtswesen des Bayerischen Volkshochschulverbandes, interne curriculare Vorgaben des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVG), eigene Trägerbefragung, internes Berichtswesen Weiterbildung NRW



Tierschutz, Wirtschaft und Finanzen sowie Bildungs- und Schulpolitik besonders hoch im Kurs (Demokratiebericht NRW 2023: 128). Teilnahmeinteresse an Angeboten der politischen Bildung bestand insbesondere hinsichtlich der Themen Umwelt und Klimawandel, Schule, Bildung und lebenslanges Lernen sowie Menschenrechte. Für mehr als ein Drittel der Befragten waren auch Bildungsangebote zu den Themen politische Beteiligung, internationale Politik und Zukunft Europas, Zuwanderung und Integration, Rassismus und Diskriminierung, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie Wirtschaft und Globalisierung von besonderem Interesse.



Die vorliegende Analyse bietet Einblicke in die Themenbereiche, die von ausgewählten Trägern der außerschulischen politischen Bildung in ihren Veranstaltungen behandelt werden. Ziel ist es, aktuelle Schwerpunkte und Trends zu identifizieren sowie mögliche Leerstellen aufzuzeigen. Um Chancen und Grenzen des trägerübergreifenden Vergleichs von Veranstaltungsthemen zu beleuchten, werden Daten ausgewählter Träger und Fördergeber sowie Ergebnisse der eigenen Trägerbefragung aufbereitet. Vorgestellt werden zum einen Themen von Veranstaltungen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), der Bayerischen Volkshochschulen sowie des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr. Außerdem werden thematische Kategorien der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen sowie der Bundeszentrale für politische Bildung als Fördergeber analysiert. Für einen trägerübergreifenden Überblick über angebotene Veranstaltungsthemen werden schließlich Befunde der im Rahmen des Projekts durchgeführten Befragung von Trägern außerschulischer politischer Bildung (TAPB) präsentiert.

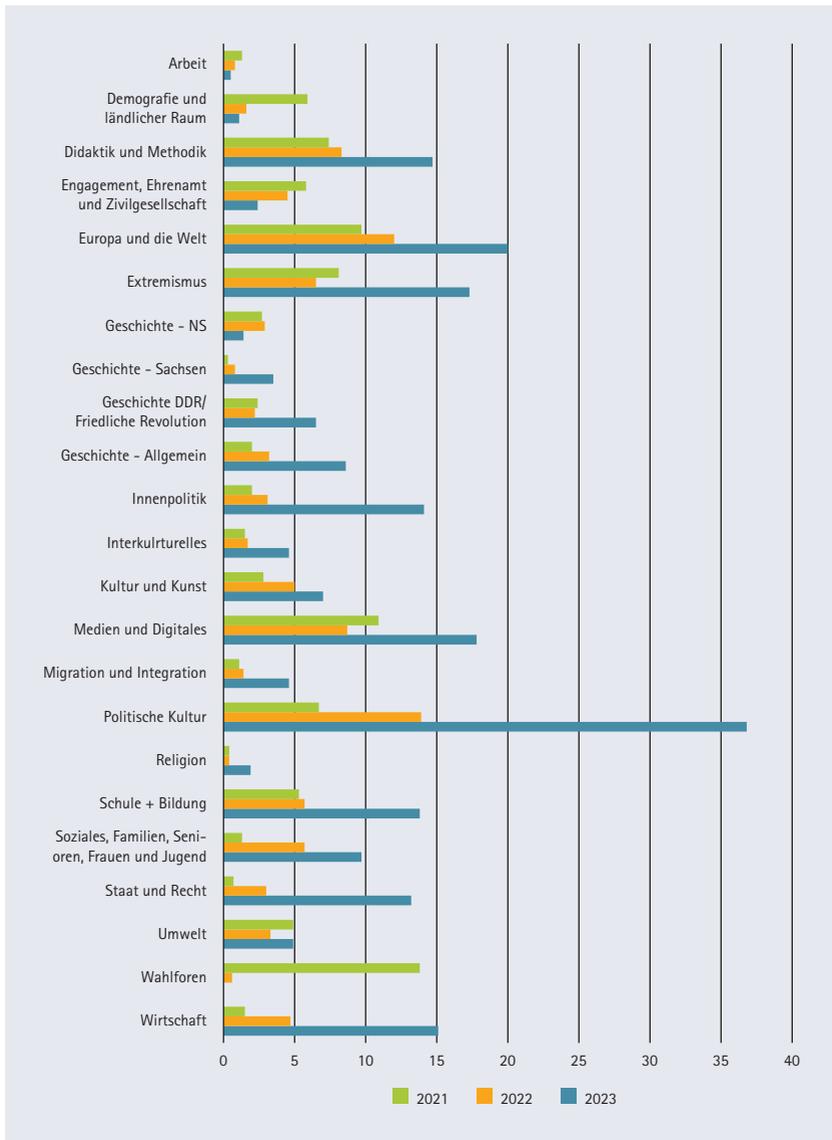
### Sächsische Landeszentrale für politische Bildung



Seit 2021 weist die SLpB in ihren Jahresberichten die Themen der von ihr ausgerichteten Veranstaltungen anhand von 23 Kategorien aus, während zuvor nur sieben Themenkategorien genutzt wurden. Dies ermöglicht eine relativ detaillierte vergleichende Untersuchung von Themenschwerpunkten seit 2021, erschwert jedoch eine länger rückwirkende Analyse von Entwicklungsverläufen.

Laut ihren Jahresberichten hat die SLpB im Jahr 2021 insgesamt 247, im Jahr 2022 341 und im Jahr 2023 344 Veranstaltungen durchgeführt. Jede Veranstaltung konnte mehreren Themenkategorien zugeordnet werden.

► **Abb. A9-1** Veranstaltungsthemen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Anteil der jeweiligen Themen am jährlichen Angebot, in Prozent, 2021–2023 (Mehrfachzuordnung möglich)



Datenquelle: internes Berichtswesen der SLpB, eigene Auswertung

Die thematische Vielfalt der Veranstaltungen (siehe Abb. A9-1) weist auf ein breites Spektrum gesellschaftlich-politischer Fragestellungen hin, die von der SLpB adressiert werden, von historischen Themen bis hin zu aktuellen Herausforderungen wie Digitalisierung und Umweltschutz. Zugleich variiert die Schwerpunktsetzung in den Jahren zwischen 2021 und 2023 erheblich.

Im Jahr 2021 fanden etwa 14 % aller Veranstaltungen in Form von *Wahlforen* statt, was vermutlich mit der Bundestagswahl 2021 in Verbindung steht. Die Themen *Medien und Digitales* (10,9 %) sowie *Europa und die Welt* (9,7 %) waren ebenfalls relativ stark vertreten.

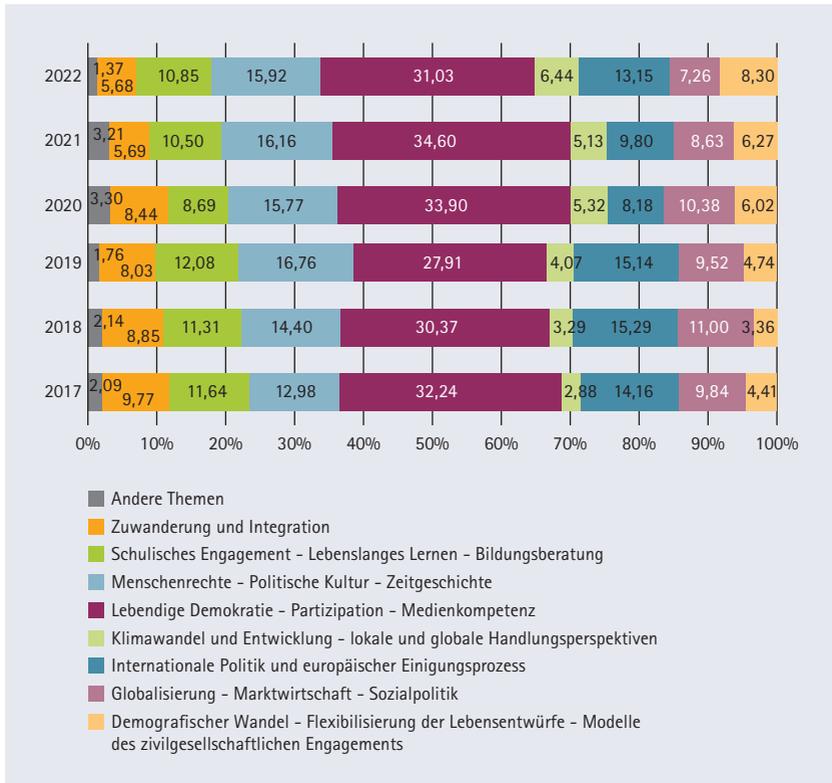
Im Jahr 2022 wurden die Themen *Politische Kultur* (13,9 %) sowie *Europa und die Welt* (12 %) verstärkt adressiert, während *Wahlforen* mit 0,6 % an Bedeutung verloren. *Medien und Digitales* blieb mit 8,7 % weiterhin ein relativ bedeutendes Themenfeld. Zugleich gewannen die Themenbereiche *Kultur und Kunst* (5 %) sowie *Wirtschaft* (4,7 %) an Relevanz.

2023 setzten sich einige dieser Entwicklungen fort, wobei das Thema *Politische Kultur* mit 36,8 % einen enormen Anstieg verzeichnet und wie bereits im Vorjahr am häufigsten adressiert wurde. Auch die Themenfelder *Europa und die Welt* (20 %) sowie *Medien und Digitales* (17,8 %) nahmen weiter an Bedeutung zu. Zugleich verzeichneten die Themen *Wirtschaft* (15,1 %), *Innenpolitik* (14,1 %) sowie *Staat und Recht* (13,2 %) eine deutliche (absolute und relative) Zunahme, wobei sich der Anteil der Veranstaltungen gegenüber 2022 mehr als verdreifachte bzw. vervierfachte. Starke Zunahmen gegenüber den beiden Vorjahren erfuhren außerdem die Themen *Extremismus* (17,3 %) sowie *Didaktik und Methodik* (14,7 %). *Wahlforen* wurden 2023 hingegen gar nicht angeboten, und die Themen *Arbeit* (0,5 %) und *Interkulturelles* (4,6 %) wurden nun seltener behandelt.

### Einrichtungen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen

Bei der thematischen Kategorisierung geförderter Veranstaltungen von Einrichtungen, die vom Land Nordrhein-Westfalen als Einrichtungen politischer Bildung anerkannt sind, wird mit acht relativ weit gefassten Themenkategorien gearbeitet. Dies ermöglicht einerseits eine langfristige Analyse der Themenfelder, erschwert jedoch andererseits die Identifikation spezifischer Schwerpunkte und Unterschiede in den einzelnen Jahren sowie den Vergleich mit anderen Akteuren. Laut der von QUA-LiS NRW zur Verfügung gestellten Daten aus dem Berichtswesen Weiterbildung NRW wurde in den genannten Jahren folgende

► **Abb. A9-2** Veranstaltungsthemen der Einrichtungen der politischen Bildung in NRW, 2017–2022, in Prozent



Datenquelle: Berichtswesen Weiterbildung NRW, eigene Auswertung

Anzahl von Veranstaltungen zur politischen Bildung gefördert: 2017: 4 554, 2018: 4 590, 2019: 4 894, 2020: 2 726, 2021: 3 428, 2022: 4 737.

Der Schwerpunkt der geförderten Veranstaltungen lag in den Jahren 2017 bis 2022 durchgehend im Themenbereich *Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz*, wobei der Anteil am Gesamtprogramm im Jahr 2017 bei 32,2 % lag und im Jahr 2022 bei 31 % (siehe Abb. A9-2). Auch Themen aus dem Bereich *Menschenrechte – Politische Kultur – Zeitgeschichte* bleiben mit durchschnittlich ca. 15 % (leichter Anstieg ab 2020 auf 16 % im Jahr 2022) kontinuierlich präsent. Im Themenbereich *Internationale Politik und Europäischer*

*Integrationsprozess* zeigt sich zwischen dem Jahr der Europawahlen 2019 und dem ersten Jahr der Corona-Pandemie ein Rückgang der Veranstaltungsanteile von je 15 % in 2018 und 2019 auf 8,2 % in 2020. Der Themenbereich *Schulisches Engagement – Lebenslanges Lernen – Bildungsberatung* machte durchschnittlich ca. 11 % der Veranstaltungen aus. Themen aus dem Feld *Klimawandel und Entwicklung – Lokale und globale Handlungsperspektiven* werden relativ selten adressiert. Sein Anteil stieg von 2,9 % im Jahr 2017 auf 6,4 % im Jahr 2022 leicht an.

### Bundeszentrale für politische Bildung

Bei der Beantragung einer Förderung im Rahmen der Richtlinienförderung der Bundeszentrale für politische Bildung müssen Träger eine Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen an die bpb übermitteln. Diese Daten wurden uns durch die bpb für die Jahre 2018 bis 2022 in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Für jede Veranstaltung können Träger bis zu zwei der zur Auswahl stehenden 38 thematischen Kategorien angeben. Diese 38 Kategorien der bpb-Statistik wurden hier für eine übersichtlichere Ergebnisdarstellung zu 18 Themenbereichen aggregiert. Im Jahr 2018 fanden 2 816 Veranstaltungen statt, 2019 waren es 3 245, im ersten Pandemiejahr 2020 waren es 1 408, 2021 bereits wieder 2 906 und im Jahr 2022 wurden insgesamt 3 116 Veranstaltungen durchgeführt.

Tabelle A9-1 veranschaulicht, dass Themen im Bereich *Internationale Beziehungen* in den untersuchten Jahren besonders häufig adressiert wurden (1 794). Dieser aggregierten Kategorie wurden neben dem Thema *Internationales* auch die Themen *Entwicklungszusammenarbeit* sowie *Globalisierung und Geopolitik* zugeordnet. Themen im Bereich *Deutsche Geschichte* wurden ebenfalls sehr häufig adressiert (1 477 Nennungen). Zu den weiteren häufig behandelten Themen gehören *Grundfragen der Demokratie und Politische Systeme*, die insgesamt 1 752-mal erwähnt wurden. Auch ein thematischer Fokus auf *Europa* kommt häufig vor, mit einem Spitzenwert im Jahr 2019 (361 Nennungen), was vermutlich mit der Europawahl im gleichen Jahr zusammenhängt. Das Thema *Gender/Geschlechterverhältnisse* erhielt in den untersuchten Jahren dagegen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit (insgesamt 239 Nennungen). Veranstaltungen zu *Menschenrechten* nahmen signifikant zu, von 18 Maßnahmen im Jahr 2018 auf 152 im Jahr 2022, was einem prozentualen Anteil

► **Tab. A9-1** Themen der Veranstaltungen, die im Rahmen der bpb-Richtlinienförderung gefördert wurden, 2018–2022, Anzahl der Nennungen (Doppelauswahl möglich)

Themengruppe	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
Arbeit und Soziales	84	155	58	190	226	<b>713</b>
Deutsche Geschichte	367	443	108	216	343	<b>1 477</b>
Entwicklungszusammenarbeit/ Globalisierung/ Internationales/ Sicherheit und Geopolitik*	500	491	171	307	325	<b>1 794</b>
Europa	291	361	124	149	256	<b>1 181</b>
Finanz- und Wirtschaftspolitik	98	130	19	35	36	<b>318</b>
Gender/Geschlechterverhältnisse	52	47	19	66	55	<b>239</b>
Geschichte anderer Staaten	0	0	55	127	110	<b>292</b>
Grundfragen der Demokratie und Politische Systeme	343	312	201	488	408	<b>1 752</b>
Gruppenbezogene Menschen- feindlichkeit/Antisemitismus/ Antiziganismus/Islamfeind- lichkeit*	109	129	78	175	207	<b>698</b>
Medien und Kommunikation/ Digitalisierung*	101	165	79	130	154	<b>629</b>
Menschenrechte	18	33	78	193	152	<b>474</b>
Methoden der politischen Bildung	87	114	37	79	93	<b>410</b>
Migration/Integration	119	97	73	89	81	<b>459</b>
Partizipation/Wahlen*	188	225	63	218	136	<b>830</b>
(Rechts-) Extremismus/Deradika- lisierung/Religiös motivierter Extremismus/Linksextremismus/ Populismus*	156	148	76	139	113	<b>632</b>
Schnittstelle phil./kult./pol. Bildung*	117	171	43	87	112	<b>530</b>
Umwelt	78	97	66	111	136	<b>488</b>

Themengruppe	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
Sonstiges: Bildung/Demografie/Inklusion/Strukturwandel/Wohnen und Arbeiten in der Zukunft*	108	127	60	107	173	575
Summe	2 816	3 245	1 408	2 906	3 116	

\* aggregierte Themenkategorie

Datenquelle: internes Berichtswesen der bpb, eigene Auswertung

am Gesamtprogramm von 0,67 % im Jahr 2018 und 5,09 % im Jahr 2022 entsprach. Im Themenfeld *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden verschiedene Kategorien wie Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit zusammengefasst. Im Jahr 2022 fand die höchste Anzahl an Veranstaltungen in dieser Kategorie im untersuchten Zeitraum statt (207). Die Anzahl der Veranstaltungen, die seitens der Träger ausschließlich oder unter anderem dem Themenbereich *Finanz- und Wirtschaftspolitik* zugerechnet wurden, ist nach 2019 erheblich gesunken (von 130 im Jahr 2019 auf 36 im Jahr 2022). Selten gewählte Themen wie Demografie, Bildung und Strukturwandel wurden in der Kategorie *Sonstiges* zusammengefasst.

Gemäß der von den Trägern vorgenommenen Zuordnung fördert die bpb im Rahmen der Richtlinienförderung Veranstaltungen zu einem breiten Themenspektrum. Die Schwerpunkte variieren über die Jahre. Im untersuchten Zeitraum lag der Schwerpunkt der geförderten Veranstaltungen sowohl auf internationalen Themen als auch auf grundlegenden politischen und historischen Aspekten. Zugleich nahm die Zahl der Veranstaltungen zu, die den Themen *Menschenrechte* und *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, *Arbeit und Soziales* sowie *Umwelt* zugeordnet wurden. Gegenüber 2018 stieg auch die Zahl der Veranstaltungen zum Bereich *Medien und Kommunikation/Digitales*. Im Gegensatz dazu wurden die Themen *Finanz- und Wirtschaftspolitik* sowie *Migration/Integration* und *Partizipation* seltener adressiert.



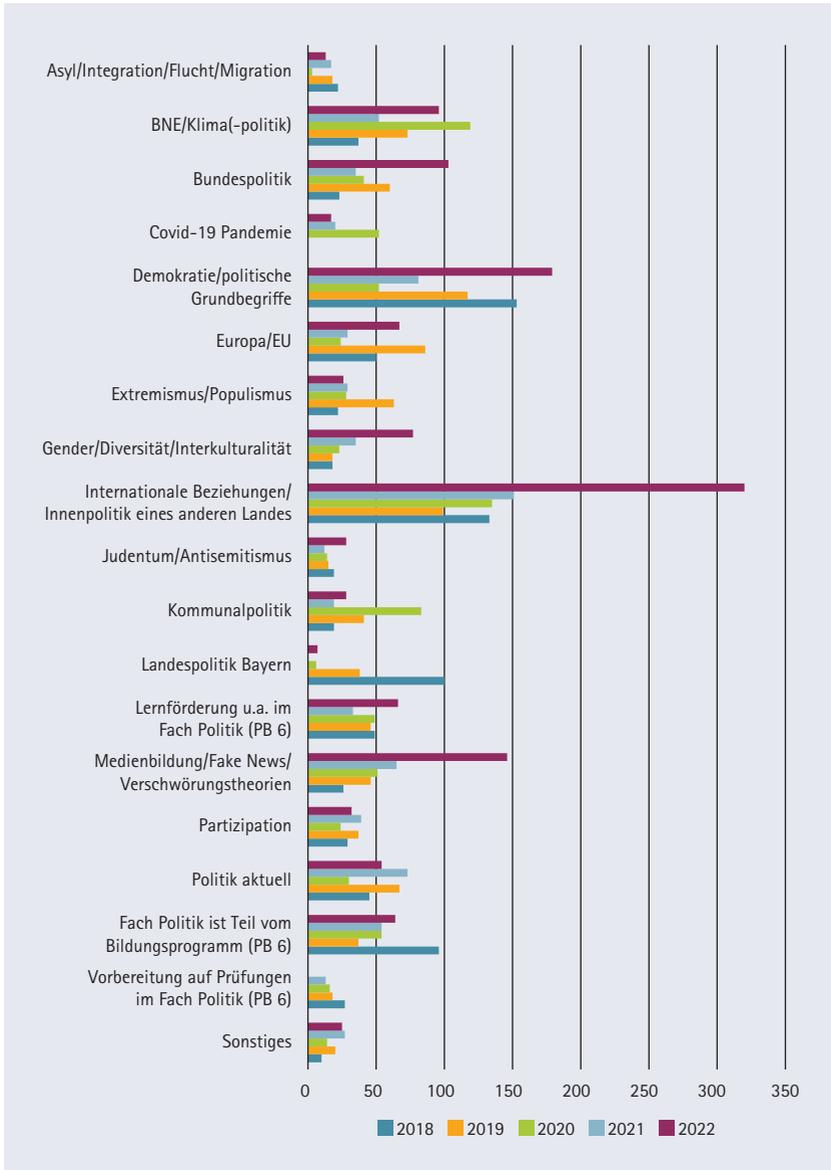
Die Veranstaltungsdaten von Volkshochschulen sind in sieben Programmbereiche (PB) untergliedert, die wiederum in thematische Fachgebiete unterteilt werden. Maßnahmen der politischen Bildung im engeren Sinne werden hauptsächlich dem Fachgebiet *Politik/Bürgerschaftliches Engagement* zugeordnet, das Teil des PB 1 *Politik – Gesellschaft – Umwelt* ist. Einerseits war zu überprüfen, ob relevante Inhalte politischer Bildung auch in anderen Fachgebieten und Programmbereichen vorkommen. Andererseits sollte der Anteil von Veranstaltungen zur politischen Bildung im engeren Sinne im PB 1 untersucht werden. Um beides zu erreichen, wurde eine qualitative Analyse aller Veranstaltungen der Volkshochschulen im Bundesland Bayern in den Jahren 2018 bis 2022 durchgeführt. Diese exemplarische Feinanalyse soll Ausgangspunkt für eine validere Interpretation der quantitativen Daten der Volkshochschulstatistik sein. Zunächst wurden Erhebungsinterviews mit Vertreter/-innen des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvvh) geführt. Anschließend wurden die Maßnahmen aus den Bereichen PB 1 *Politik – Gesellschaft – Umwelt*, PB 2 *Kultur – Gestalten*, PB 6 *Schulabschlüsse – Studienzugang und -begleitung* sowie PB 7 *Grundbildung* mittels einer qualitativen strukturierenden Inhaltsanalyse untersucht. Mittels eines deduktiv-induktiven Zugangs wurden insgesamt 16 Themenkategorien gebildet<sup>19</sup> (siehe Abb. A9-3, für weitere Informationen siehe A9-3 Annex).



Die Volkshochschulen in Bayern integrieren ein breites Themenspektrum der politischen Bildung in ihre Programme (siehe Abb. A9-3). Besonders hervorzuheben sind die Themen *Internationale Beziehungen bzw. Innenpolitik anderer Länder* sowie *Grundfragen der Demokratie bzw. politische Grundbegriffe*. Der deutliche Anstieg in der Kategorie *Internationales* ist überwiegend auf den Angriffskrieg in der Ukraine zurückzuführen: Die Anzahl der

19 Im Jahr 2018 wurden 878 Veranstaltungen mit Inhalten politischer Bildung im engeren Sinne identifiziert (696 aus dem PB 1, davon 398 aus dem Fachgebiet 1.02. Politik/Gesellschaftliches Engagement, 1 aus dem PB 2, 180 aus dem PB 6, 4 aus dem PB 7), im Jahr 2019: 816 (773 aus dem PB 1, davon 434 aus dem FG 1.02., 1 aus dem PB 2, 104 aus dem PB 6, 4 aus dem PB 7), 2020: 818 (687 aus dem PB 1, davon 344 aus dem FG 1.02., 1 aus dem PB 2, 119 aus dem PB 6, 11 aus dem PB 7), 2021: 784 (683 aus dem PB 1, davon 271 aus dem FG 1.02., 1 aus dem PB 2, 100 aus dem PB 6), 2022: 1 348 (1 212 aus dem PB 1, davon 442 aus dem FG 1.02., 4 aus dem PB 1, 131 aus dem PB 6, 1 aus dem PB 7).

► **Abb. A9-3** Veranstaltungen politischer Bildung nach Themen, Bayerischer Volkshochschulverband, 2018–2022, in absoluten Zahlen



Datenquelle: Veranstaltungsverzeichnis des bw, eigene Auswertung

Veranstaltungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland verdoppelte sich von 150 im Jahr 2021 auf 320 im Jahr 2022.

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 ist ein Beispiel für ein gesellschaftlich und politisch einschneidendes aktuelles Ereignis, das auch die Themenangebote der Bayerischen VHS prägte (52 Veranstaltungen im Jahr 2021, danach rückläufig). Parallel dazu ist ein Anstieg in der Kategorie *Medienbildung/Fake News/Verschwörungstheorien* zu beobachten, mit einer Zunahme von 28 Veranstaltungen im Jahr 2018 auf 65 im Jahr 2021 und schließlich 146 im Jahr 2022, was im Zusammenhang mit der intensivierten öffentlichen Debatte über die Verbreitung von Fehlinformationen bzw. politischer Desinformation während der Pandemie und während des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stehen dürfte. Der Anstieg der Anzahl der Veranstaltungen zur Kommunalpolitik im Jahr 2020 lässt sich durch die Bayerischen Kommunalwahlen im gleichen Jahr erklären, während der Anstieg im Jahr 2019 im Zusammenhang mit den Europawahlen steht. Interessanterweise gab es im Jahr 2021 dagegen keine ähnliche Zunahme von Veranstaltungen anlässlich der Bundestagswahlen. In der Kategorie *Partizipation* wurden Formate wie Debattierclubs erfasst, bei denen Teilnehmende die Fähigkeit entwickeln, eigene Meinungen zu politischen Themen respektvoll zu diskutieren. Unter *Politik aktuell* fallen Maßnahmen, die zur Diskussion aktueller Ereignisse ohne spezifischen thematischen Fokus einladen.

Der durch die Inhaltsanalyse eröffnete Einblick legt nahe, dass Themen von Veranstaltungen der politischen Bildung im Bayerischen Volkshochschulverband maßgeblich durch aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst werden. Die thematische Zusammensetzung der Programme zeugt davon, dass die Veranstaltungsinhalte an sich verändernde Bedürfnisse und Herausforderungen der Gesellschaft angepasst werden. Dabei werden globale wie nationale Themen berücksichtigt. Nahezu alle relevanten Veranstaltungen sind im Programmbereich 1 zu finden, was auf ein durchaus effektives System der Kategorisierung bei den Volkshochschulen in Bayern hinweist. Die meisten der einschlägigen Veranstaltungen finden sich im Fachgebiet 1.02, auch wenn einige Veranstaltungen aus weiteren Fachgebieten des PB 1, wie *Antisemitismus ist keine Meinung* und *Corona/Covid-19 und die Menschenrechte* aus dem Fachgebiet 1.01 *Geschichte/Zeitgeschichte*, ebenfalls als relevant identifiziert wurden. Nur wenige Veranstaltungen aus anderen Programmbereichen setzen ebenfalls Inhalte der politischen Bildung im engeren Sinne um, dazu gehören etwa Veranstaltungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

zum Thema *75 Jahre Grundgesetz* im Jahr 2019 im PB 7. Dies unterstreicht, dass der PB 1 *Politik – Gesellschaft – Umwelt* geeignet ist, um Inhalte der politischen Bildung zu erfassen. Zugleich muss jedoch bei der Dateninterpretation berücksichtigt werden, dass nur ein sehr kleiner Teil der Veranstaltungen in PB 1 dezidiert als politische Bildung im engeren Sinne gelten kann – nach der vorliegenden Analyse liegt dieser Anteil zwischen ca. 2,5 und 5 %.

Der Anteil der identifizierten Veranstaltungen zur politischen Bildung im engeren Sinne am Gesamtprogramm des bvv lag zwischen 0,51 % in den Jahren 2018 und 2019 sowie 0,98 % im Jahr 2022. In PB 1 betrug der Anteil politischer Bildung im engeren Sinne im Jahr 2018 2,54 % und 2019 2,63 %. Seit 2020 ist der Anteil gestiegen und erreichte 4,78 % im Jahr 2020, 4,53 % im Jahr 2021 und 4,99 % im Jahr 2022. Was die Anteile der identifizierten Maßnahmen im Fachgebiet 1.02 betrifft, so sank dieser kontinuierlich von 57,27 % im Jahr 2018 auf 56,14 % im Jahr 2019, 50,07 % im Jahr 2020, 39,68 % im Jahr 2021 und schließlich auf 36,47 % im Jahr 2022.

Die Befunde der am Beispiel des bvv vorgenommenen programmatischen Feinanalysen verdeutlichen, dass sich bei Analysen der politischen Bildung an Volkshochschulen Daten aus PB 1 zwar zur groben Orientierung eignen. Die Daten aus PB 1 sollten jedoch mit Vorsicht verwendet und interpretiert werden, da der Anteil der Maßnahmen zur politischen Bildung im engeren Sinne mit 2,5–5 % sehr gering ist.

### Zentrum Innere Führung der Bundeswehr

Für die (verpflichtende) Persönlichkeitsbildung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr legt das Bundesministerium für Verteidigung (BMVG) jährlich Themen fest, die in Pflicht- und Wahlthemen unterteilt werden. Auf Anfrage hat die Abteilung *Weiterentwicklung Innere Führung* des *Zentrums Innere Führung* der Bundeswehr für den vorliegenden Pilotmonitor eine Übersicht der Themen der letzten vier Jahre bereitgestellt.

Die Themensetzungen sprechen verschiedene Aspekte des gesellschaftspolitischen Lebens in Deutschland an (siehe Tab. A9-1 Annex). Alljährlich werden aktuelle Themen und Ereignisse behandelt, wie beispielsweise die Bundestagswahl 2021 oder das zehnjährige Jubiläum des Beitritts der Bundeswehr zur Charta der Vielfalt im Jahr 2022. Auch Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden jedes Jahr thematisiert. Im Jahr 2020 wurden Themen wie Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung und Suchtverhalten in der Bundeswehr behandelt. Im Jahr 2021 waren der Umgang mit Rassismus,

Antisemitismus, Sexismus und – wie bereits 2020 – Diskriminierung in der Gesellschaft und in der Bundeswehr Pflichtthemen. 2023 waren die Einheiten verpflichtet, sich im Rahmen des Themas *Invictus Games* mit Fragen der Inklusion zu befassen.

Auch historische Themen wurden behandelt. So war im Jahr 2020 das Ende des Zweiten Weltkriegs am Beispiel der Befreiung von Auschwitz ein Thema. Das Krisenjahr der Weimarer Republik 1923 wurde als Wahlthema für 2023 gesetzt, und *75 Jahre Grundgesetz* ist eines der Pflichtthemen im Jahr 2024. Nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine wurde für das Jahr 2023 das Pflichtthema *Dienen – wofür?* gesetzt. Im Jahr 2024 lag der Fokus unter anderem auf den Themen Abschreckung und Verteidigung im 20. und 21. Jahrhundert. Aus der Übersicht lässt sich entnehmen, dass sich Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit aktuellen Herausforderungen der Gesellschaft auseinandersetzen sollen.

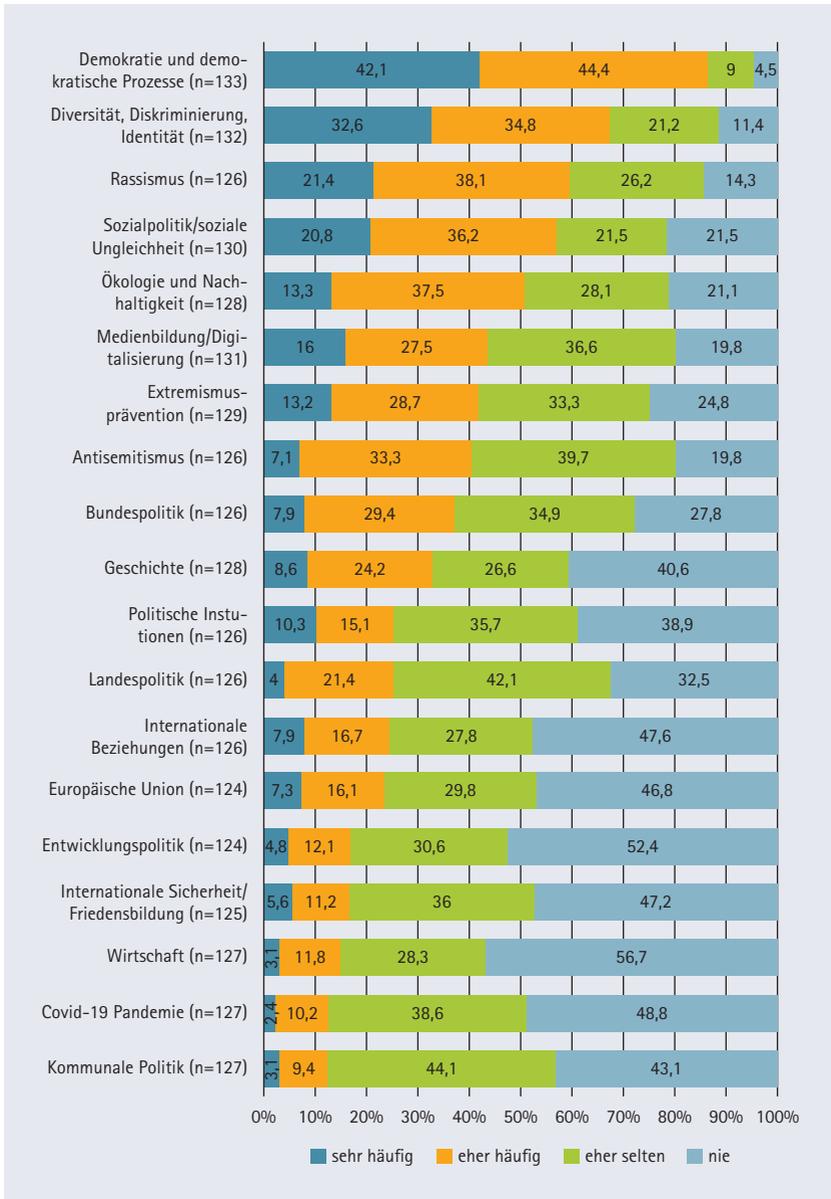
Die thematische Gestaltung der Persönlichkeitsbildung für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr berücksichtigt sowohl aktuelle gesellschaftspolitische Ereignisse als auch historische Bezüge. Diese Themenauswahl soll die Soldatinnen und Soldaten nicht nur auf ihre militärischen Aufgaben vorbereiten, sondern sie auch dazu befähigen, sich kritisch und wertebasiert mit den Herausforderungen unserer Zeit auseinanderzusetzen.

### Trägerbefragung

Um eine trägerübergreifende Analyse von Themen zu ermöglichen, die in Veranstaltungen zur politischen Bildung adressiert werden, wurden in der eigenen Befragung von Trägern der außerschulischen politischen Bildung TAPB 19 thematische Kategorien abgefragt (siehe Abb. A9-4). Die Träger wurden gebeten, auf einer vierstufigen Likert-Skala (sehr häufig, eher häufig, eher selten, nie) die Häufigkeit ihrer Veranstaltungsangebote zu den jeweiligen Themen im Jahr 2022 zu bewerten.

Das Themenfeld *Demokratie und demokratische Prozesse* (42,1 % sehr häufig, 44,4 % eher häufig) war im Jahr 2022 dominierend. Auch der Bereich *Diversität, Diskriminierung und Identität* war prominent, wobei 32,6 % der Träger solche Themen sehr häufig, 34,8 % eher häufig behandelt haben. *Rassismus* wurde ebenfalls relativ häufig thematisiert. *Sozialpolitik/soziale Ungleichheit* wurde von 20,8 % der Träger sehr häufig und von 36,2 % eher häufig mit Veranstaltungen adressiert. Themen wie *Medienbildung/Digitalisierung* und *Ökologie und Nachhaltigkeit* wurden ebenfalls regelmäßig behandelt: 16 % bzw.

► Abb. A9-4 Veranstaltungsthemen, 2022, n = 124–133



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

13,3 % der Träger gaben an, diese sehr häufig zu thematisieren. Ähnlich verhält es sich mit dem Thema *Extremismusprävention* (13,2 % sehr häufig, 28,7 % häufig), und auch *Antisemitismus* wurde von relativ vielen Trägern eher häufig behandelt (7,1 % sehr häufig, 33,3 % eher häufig).

Weniger häufig wurden nach Auskunft der Träger internationale Themen wie *Internationale Sicherheit/Friedensbildung* (5,6 % sehr häufig, 11,2 % eher häufig), *Internationale Beziehungen* (7,9 % sehr häufig, 16,7 % eher häufig) und die *Europäische Union* (7,3 % sehr häufig, 16,1 % eher häufig) thematisiert. Interessanterweise gaben nur 2,4 % der Träger an, die *Covid-19-Pandemie* sehr häufig als Thema behandelt zu haben, während 48,8 % angaben, dieses Thema gar nicht thematisiert zu haben, was auf eine nachlassende Relevanz der Pandemie als Bildungsgegenstand im Jahr 2022 hinweist. Ebenso selten waren Veranstaltungen zum Thema *Wirtschaft*, die von nur 3,1 % der Träger sehr häufig behandelt wurden, während 56,7 % angaben, im Jahr 2022 keine solchen Veranstaltungen angeboten zu haben. Als weitere thematische Schwerpunkte der Veranstaltungen wurden in den offenen Antworten Maßnahmen zu *Moderation und Methodenbildung* genannt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Träger der außerschulischen politischen Bildung mit ihren Veranstaltungen eine breite Palette von Themen adressieren. Sinnvolle Aussagen über die Themenstabilität und -volatilität sind vor allem bei stärker differenzierten Themenkategorien möglich. So bleiben die Veranstaltungsthemen der durch das Land NRW geförderten Träger im Untersuchungszeitraum zwar relativ konstant, werden allerdings mit einem sehr groben Kategorienraster erfasst, das vorhandene Entwicklungen ausblenden könnte. Dagegen zeigen die Veranstaltungsthemen des bvv, die eigens für den vorliegenden Pilotmonitor inhaltsanalytisch ausgewertet und kategorisiert wurden, größere Schwankungen über die Zeit. Detaillierte Analysen zeigen, dass die Träger auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen reagieren. So reflektieren Veranstaltungsthemen auch globale Krisen, wie die Covid-19-Pandemie oder den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, sowie anstehende Wahlen. Zugleich scheinen sich die Interessen der Bevölkerung allerdings nicht immer in den Veranstaltungsthemen wiederzufinden – so wird das große Interesse der Bevölkerung an Bildungsangeboten zu den Themen Umwelt sowie Wirtschaft und Finanzen, das im NRW-Demokratiebericht zum Ausdruck kommt, in den Schwerpunkten der durchgeführten Veranstaltungen eher weniger abgebildet.

Aufgrund der teilweise wenig differenzierten Kategoriensysteme, die sich außerdem zwischen Trägern unterscheiden, sind trägerübergreifende Vergleiche thematischer Schwerpunkte mit frei verfügbaren Daten nur sehr eingeschränkt möglich. Ein gemeinsames Kategoriensystem könnte helfen zu verstehen, welche Einrichtungen welche Themen eher häufig oder eher selten adressieren. Außerdem könnte eine stärkere Harmonisierung von Themenkategorien den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Trägern erleichtern und ihnen ermöglichen, bestehende Leerstellen gezielter zu adressieren. Dass eine eigene Trägerbefragung wertvolle Hinweise auf Themenschwerpunkte und -lücken geben kann, konnte die hier vorgestellte Piloterhebung illustrieren. Eine längere Zeitreihe solcher Daten könnte trägerübergreifende Trends sichtbar machen und in Verbindung mit weiteren erhobenen Trägerdaten auch regionale oder zielgruppenbezogene Unterschiede offenlegen.



#### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Trägerübergreifend liegen Schwerpunkte auf den Themen Internationale Beziehungen, grundlegende Demokratiefragen und politische Systeme. Aktuelle Themen wie der Krieg in der Ukraine und die Covid-19-Pandemie werden gezielt aufgegriffen.
- Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik finden sich in den Angeboten der Träger eher selten.
- Unterschiedliche Kategoriensysteme erschweren die trägerübergreifende Analyse von Angeboten erheblich. Diese sind teilweise wenig ausdifferenziert und es ist auch nachträglich kaum möglich, sie für aussagekräftige Vergleiche aufzubereiten.

## A10 – Zielgruppen von Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung



In der außerschulischen politischen Bildung existiert eine Vielzahl von Angeboten, die sich an spezifische Zielgruppen richten. Anhand von internen Daten der Bundeszentrale für politische Bildung für die Jahre 2018 bis 2022 wird dieser Indikator im Folgenden exemplarisch für bpb-eigene Maßnahmen sowie für im Rahmen der bpb-Richtlinienförderung geförderte Veranstaltungen anerkannter Träger aufbereitet. Darüber hinaus geben Ergebnisse der Trägerbefragung zum Bezugsjahr 2022 trägerübergreifende Einblicke in die Adressierung unterschiedlicher Zielgruppen.

### Durchgeführte Veranstaltungen im Rahmen der bpb-Richtlinienförderung



Basis der hier vorgestellten Analyse sind die (anonymisierten) Daten zu den im Rahmen der bpb-Richtlinienförderung finanzierten, stattgefundenen Bildungsmaßnahmen<sup>20</sup> im Zeitraum 2018 bis 2022. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 1694 Veranstaltungen von der bpb gefördert, 2019 waren es 1777, im ersten Corona-Jahr 2020 dagegen nur 988, 2021 bereits wieder

#### Kennziffern

- Anzahl von Veranstaltungen bzw. Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung nach Zielgruppen

#### Datenquellen

- Eigene Trägerbefragung; internes Berichtswesen der Bundeszentrale für politische Bildung, a) eigene Bildungsarbeit, b) Richtlinienförderung

20 In den Daten wird zwischen regulären Seminaren, Exkursionsveranstaltungen, Familienseminaren, Gedenkstättenbesuchen und Maßnahmen mit innovativen Methoden unterschieden.

► **Tab. A10-1** Zielgruppen der nach bpb-Richtlinienförderung geförderten Veranstaltungen anerkannter Träger, Anzahl der Nennungen (zweifache Zuordnung möglich), 2018–2022

Zielgruppen	2018	2019	2020	2021	2022	Insgesamt
Arbeitnehmer/-innen	117	264	52	287	351	1 071
Bildungsbenachteiligte Zielgruppen	–	–	5	16	24	45
Ehrenamtlich Tätige	43	75	60	166	135	479
Erwerbslose	3	10	0	3	5	21
Frauen	23	29	–	–	–	52
Geflüchtete	32	33	25	36	50	176
Junge Erwachsene bis 30 J.	487	506	190	336	475	1 994
Menschen mit Behinderung	–	–	4	19	6	29
Menschen mit Migrationshintergrund	28	55	25	120	121	349
Multiplikator/-innen	324	361	222	525	461	1 893
Öffentlicher Dienst	215	235	52	88	160	750
Politikferne Zielgruppen	4	2	–	–	–	6
Politisch Interessierte	1 078	1 075	368	1 134	1 137	4 792
Senior/-innen	41	47	19	70	76	253
Keine Angabe	20	24	582	12	14	652

Anmerkung: Mit „–“ Kategorie im jeweiligen Jahr nicht erfasst  
 Datenquelle: interne Statistik der bpb, eigene Auswertung

1 672, und im Jahr 2022 wurde ein Höchststand von 1 784 durchgeführten Bildungsmaßnahmen gefördert. Im Zuge der Beantragung von Mitteln im Rahmen der Richtlinienförderung müssen Träger Details zu den geplanten Maßnahmen an die bpb übermitteln. Dabei können bei jeder Veranstaltung bis zu zwei Zielgruppen aus vorgegebenen Kategorien ausgewählt werden. Tabelle A10-1 zeigt die von den Trägern ausgewählten Zielgruppen für Veranstaltungen von 2018 bis 2022.



Über die Jahre war der Großteil der durchgeführten Veranstaltungen auf politisch interessierte Bürger/-innen ausgerichtet (insgesamt 4792 Einträge). Dahinter rangieren die Zielgruppen junge Erwachsene bis 30 Jahre (n = 1994) sowie Multiplikator/-innen (n = 1893). Die Veranstaltungen für Arbeitnehmer/-innen (1071), ehrenamtlich Tätige (479), Menschen mit Migrationshintergrund (349), Senior/-innen (253) und Geflüchtete (176) zeigen das Bestreben, verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Relativ selten adressieren die Maßnahmen speziell bildungsbenachteiligte Zielgruppen (45), Menschen mit Behinderung (29) und Erwerbslose (21). Was die Entwicklung über die Zeit angeht, ist der pandemiebedingte Rückgang der Anzahl durchgeführter Veranstaltungen im Jahr 2020 in allen Kategorien bzw. für alle angegebenen Zielgruppen zu verzeichnen. In den beiden folgenden Jahren 2021 und 2022 wächst die Zahl der Veranstaltungen für ehrenamtlich Tätige und für Menschen mit Migrationshintergrund. Im Jahr 2022 ist die Anzahl von Veranstaltungen für geflüchtete Menschen, vermutlich auch gerichtet an Menschen aus der Ukraine, und Senior/-innen deutlich angestiegen.

Da sich die Richtlinienförderung der bpb bis 2023 nur auf Teilnehmende ab 16 Jahren beschränkt hat, existiert für die Zielgruppe Kinder keine spezielle Kategorie. Ebenfalls nicht als besondere Zielgruppen aufgeführt sind Menschen der LGBTQ+-Gemeinschaft sowie Menschen im ländlichen Raum. Es ist allerdings möglich, dass deren Bedürfnisse und Anliegen durchaus im Fokus spezifischer Maßnahmen der politischen Bildung standen, auch wenn sie hier nicht separat aufgeführt sind. Außerdem ist zu beachten, dass Träger für jede Veranstaltung maximal zwei Zielgruppen-Kategorien auswählen konnten, selbst wenn sich ihre Maßnahmen auch an Menschen richten, die weiteren der auswählbaren Kategorien angehören.

### **Eigene Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung**

In Bezug auf Bildungsmaßnahmen, die die bpb selbst durchgeführt hat, wird im bpb-internen Projektmanagement ein anderes Kategoriensystem verwendet. Jede Maßnahme kann dabei einer beliebigen Anzahl der zur Auswahl stehenden Zielgruppenkategorien zugeordnet werden. Für die Interpretation der Daten ist es wichtig zu beachten, dass diese einmalig nur im Jahr des Maßnahmenbeginns gezählt wurden und nicht berücksichtigt wurde, dass zahlreiche Maßnahmen auch in den Folgejahren realisiert werden (Überjährigkeit der Projekte). Außerdem muss einschränkend berücksichtigt werden, dass eine Maßnahme durchaus mehrere Elemente beinhalten kann, etwa mehrere

► **Tab. A10-2** Zielgruppen von eigenen Bildungsmaßnahmen der bpb: Anzahl der Nennungen, 2018–2022 (im jeweiligen Jahr begonnene Maßnahmen)

Zielgruppen	2018	2019	2020	2021	2022	Insgesamt
Bildungsferne Zielgruppen	73	134	107	150	109	623
bpb-intern	15	15	18	23	31	128
Erzieher/-innen und Sozialpädagog/-innen	84	99	106	102	104	529
Interessierte Bürger/-innen	452	622	491	530	498	2 713
Kulturschaffende	58	95	72	69	78	378
Lehrkräfte	217	261	227	222	249	1 237
Medien	75	89	83	72	88	422
Meinungsführer/-innen	214	241	209	199	205	1 127
Mitarbeiter/-innen der politischen Erwachsenenbildung	278	316	292	286	275	1 486
Mitarbeiter/-innen der politischen Jugendbildung	303	351	324	327	319	1 672
Multiplikator/-innen	519	651	649	591	578	3 128
Politik und Verwaltung (inkl. Bundeswehr)	113	132	131	88	80	556
Wirtschaft (inkl. Gewerkschaften u. Verbände)	22	20	28	28	19	124
Wissenschaftler/-innen, Forscher/-innen, Hochschullehrer/-innen	121	132	110	107	129	630
andere	211	309	243	240	224	1 242

Datenquelle: interne Statistik der bpb, eigene Auswertung

Veranstaltungen (Veranstaltungsreihe), Publikationen etc. Zwischen den Jahren 2018 und 2022 wurde 3 575 Bildungsmaßnahmen begonnen. Im Jahr 2018 starteten 620 Bildungsmaßnahmen, 2019 waren es 812, ab 2020 sind die Zahlen leicht rückläufig, bleiben aber über dem Wert von 2018 (2020: 757, 2021: 709, 2022: 677 Maßnahmen).

Multiplikator/-innen wurden am häufigsten als Zielgruppe der Bildungsmaßnahmen adressiert (3 128), an zweiter Stelle werden interessierte Bürger/-innen genannt (2 713). Mitarbeiter/-innen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (1 486 und 1 672) sowie Lehrkräfte (1 237) und Meinungsführer/-innen (1 127), allesamt relevante Multiplikator/-innen politischer Bildung, werden ebenfalls relativ häufig als spezielle Zielgruppen ausgewiesen. Am seltensten werden die Zielgruppen Medien (422), Kulturschaffende (378) und Wirtschaft (124) explizit angesprochen. Recht häufig finden sich Angaben, mit den geplanten Bildungsmaßnahmen *andere* Zielgruppen erreichen zu wollen (1 242), wobei es anhand der vorliegenden Daten keine Möglichkeit gibt, diese Zielgruppen näher zu spezifizieren.

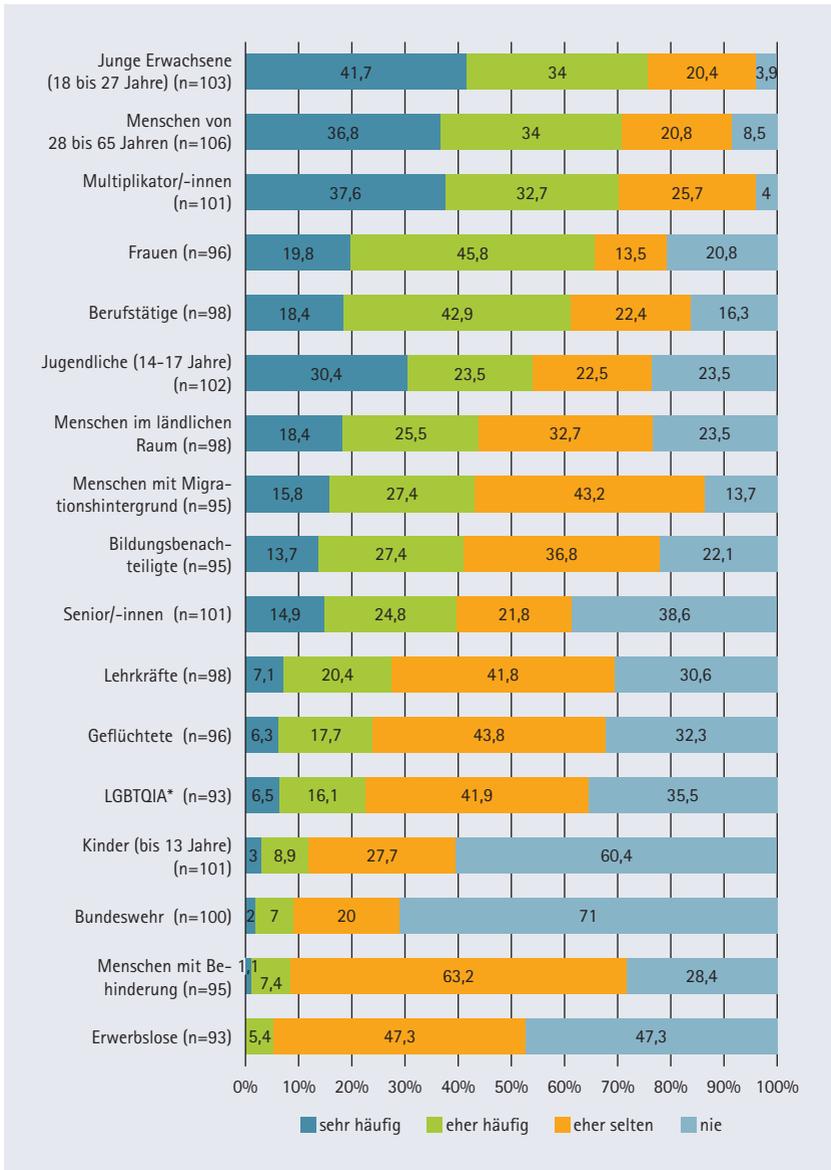
Im Vergleich zu Veranstaltungen der von der bpb geförderten Träger ist der pandemiebedingte Rückgang in den Daten zu bpb-eigenen Maßnahmen weniger deutlich. Das könnte sich dadurch erklären, dass diese bpb-Maßnahmen nicht nur Veranstaltungen, sondern alle Bildungsformate beinhalten, also auch solche, die von Kontakteinschränkungen weniger betroffen waren. Eine weitere Erklärung könnte in dem eingangs erwähnten Umstand liegen, dass nur das Startjahr von Maßnahmen gezählt wurde und dieses nicht mit deren vollständigen Umsetzung zusammenfallen muss.

### Trägerbefragung

In der Trägerbefragung TAPB wurde erfragt, wie häufig Veranstaltungen zur politischen Bildung der jeweiligen Einrichtung im Jahr 2022 bestimmte Zielgruppen speziell adressiert haben (siehe Abb. A10-1).

Auffällig ist, dass Träger häufig angaben, junge Erwachsene im Alter von 18 bis 27 Jahren anzusprechen. 41,7 % der Träger meldeten, diese Gruppe im Jahr 2022 *sehr häufig* mit Veranstaltungen politischer Bildung adressiert zu haben. Menschen im Alter von 28 bis 65 Jahren wurden aus Sicht der Träger ebenfalls häufig mit Veranstaltungen politischer Bildung adressiert, wobei 35,8 % der befragten Träger angaben, sie 2022 *sehr häufig* adressiert zu haben. Diese Gruppe umfasst ein breites Spektrum an Lebenssituationen, von

► **Abb. A10-1** Zielgruppen von Veranstaltungen der politischen Bildung, 2022, n = 93-106



Datenquelle: eigene Befragung TAPB

Berufstätigkeit bis hin zu familiärer Erziehungs- und Pflegeverantwortung. Auch Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren sind relativ häufig Zielgruppe der Träger: 30,4 % der Befragten gaben an, diese Altersgruppe *sehr häufig* anzusprechen, während 23,5 % sie *nie* speziell adressieren. Deutlich seltener wurden Senior/-innen speziell adressiert. Nur 7,3 % der Befragten gaben an, sie *sehr häufig* erreichen zu wollen. Hervorzuheben ist, dass 60,6 % der befragten Einrichtungen angaben, dass Kinder im Jahr 2022 nie Zielgruppe ihrer Veranstaltungen waren.

Multiplikator/-innen sind eine besonders häufig genannte Zielgruppe (39,6 % der Träger adressieren diese *sehr häufig* mit Veranstaltungen der politischen Bildung), was auf ein bestehendes System von (überwiegend non-formalen) Weiterbildungsmaßnahmen in diesem Bereich hinweist. Daneben werden Frauen und Berufstätige ebenfalls relativ häufig als Zielgruppen von Bildungsveranstaltungen genannt. Die befragten Träger richten sich mit ihren Veranstaltungen dagegen etwas seltener gezielt an Menschen im ländlichen Raum. Bildungsbenachteiligte wurden ebenfalls eher selten als Zielgruppe der Veranstaltungen ausgewiesen, noch seltener LGBTQIA\*-Personen oder Geflüchtete. Besonders selten richteten Träger Veranstaltungen speziell für Erwerbslose oder Menschen mit Behinderung aus, was auf eine mangelnde Priorisierung in der politischen Bildungsarbeit hinweisen könnte, sofern dies durch eine Quantifizierung der durchgeführten Veranstaltungen bestätigt werden würde. Eine kleine Gruppe von Trägern (ca. 9 % der Befragten) bietet häufig Veranstaltungen für Angehörige der Bundeswehr an, wobei die Vermutung naheliegt, dass es sich um Mitglieder des *Netzwerks Politische Bildung in der Bundeswehr* handelt.

Zusammenfassend offenbart die Umfrage deutliche Unterschiede in der Adressierung spezifischer Zielgruppen. Während einige Träger Gruppen wie junge Erwachsene und Multiplikator/-innen besonders häufig ansprachen, gab es relativ wenige Träger, die bspw. Erwerbslose gezielt zu erreichen versuchten. Auch wenn über die Potenziale und Grenzen des Zielgruppenansatzes kontrovers diskutiert werden kann, können die Ergebnisse einer solchen Befragung Hinweise darauf geben, welche Bevölkerungsgruppen in der politischen Bildungsarbeit besonders viel Aufmerksamkeit erhalten, und welche Gruppen bislang möglicherweise eher vernachlässigt werden. Die Daten müssten allerdings um eine Quantifizierung der mit Veranstaltungen tatsächlich erreichten Zielgruppen ergänzt werden. In der Trägerbefragung konnte bisher nicht berücksichtigt werden, wie groß das jeweilige zielgruppenspezifische Angebot der verschiedenen Träger ist.

Die ausgewählten Datenquellen dieser Analyse legen nahe, dass viele Träger junge Erwachsene sowie politisch interessierte Menschen besonders häufig als Zielgruppen von Veranstaltungen der politischen Bildung betrachten. Ebenso viele Träger sprechen mit ihren Veranstaltungen häufig Multiplikator/-innen politischer Bildung an, was als Hinweis auf ein bestehendes non-formales System der Professionalisierung und Expertise-Diffusion im Feld interpretiert werden kann. Die trägerübergreifende Analyse der Daten ist herausfordernd, da die vordefinierten Zielgruppen zwischen den Trägerstatistiken erheblich variieren. Ein Beispiel hierfür sind die Volkshochschulen, die mit bis zu zehn verschiedenen Zielgruppen-Kategorien arbeiten, von denen nur wenige mit den Kategorien der bpb (Richtlinienförderung und Eigenmaßnahmen) übereinstimmen (vgl. Echarti u. a. 2022).

Grundsätzlich hat die Ausweisung besonderer Zielgruppen das Potenzial, Angebote gezielt an besondere Bedürfnisse von Teilnehmenden anzupassen und einer bestehenden Vernachlässigung bestimmter Bevölkerungsgruppen in der politischen Bildung entgegenzuwirken (für eine kritische Diskussion über die grundsätzliche Eignung der Zielgruppenorientierung für die politische Bildung vgl. Besand/Jugel 2015 sowie Becker 2021). Bei der Interpretation der Daten ist allerdings zu beachten, dass nicht ohne weiteres bestimmbar ist, in welchem Umfang eine Zielgruppe idealerweise berücksichtigt werden sollte. Dieser Maßstab hängt von strategischen Zielen ab – wie die Fokussierung auf besonders relevante Phasen der politischen Sozialisation, auf die Integrationsleistung politischer Bildung oder auf das Empowerment diskriminierter Bevölkerungsgruppen. Ein relevanter Maßstab kann auch sein, welche Gruppen bislang wenig mit politischer Bildung erreicht wurden – genau hierzu fehlen allerdings oftmals belastbare Daten.



### Ausgewählte Ergebnisse

- Junge Erwachsene, politisch Interessierte und Multiplikator/-innen werden besonders häufig als Zielgruppen von Veranstaltungen politischer Bildung adressiert.
- Kinder, Erwerbslose und Menschen mit Behinderung werden selten explizit als Zielgruppen ausgewiesen.

## A11 – Soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden außerschulischer politischer Bildung

Besonderheiten non-formaler Bildung liegen darin, dass sie auf Freiwilligkeit beruht und offen ist für die Teilnahme von Menschen verschiedenster Hintergründe über das gesamte Leben hinweg. Wie aus dem Indikator A10 hervorgeht, richten Träger der außerschulischen politischen Bildung ihre Angebote an unterschiedliche Zielgruppen. Derzeit existieren insbesondere trägerübergreifend wenig Informationen zu den soziodemografischen Merkmalen der Teilnehmenden dieser Angebote. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen verwenden Träger und Fördergeber unterschiedliche Instrumente bei der Abfrage solcher Daten: Beispielsweise betrifft die Altersangabe beim Kinder- und Jugendplan Jugendliche bis 27 Jahre, während die Bundeszentrale für politische Bildung zwischen Kindern, Jugendlichen im Alter von 14–24 Jahren und jungen Erwachsenen bis 30 Jahre unterscheidet. Darüberhinausgehende soziodemografische Informationen wie Geschlecht, Wohnort und Bildungshintergrund werden von den Bildungsträgern zumeist nicht erfasst bzw. nicht veröffentlicht. Selbst wenn Angaben intern dokumentiert werden, können diese aus Datenschutzgründen oft nicht weitergegeben werden und sind daher (trägerübergreifend) in einem öffentlichen Bericht nicht darstellbar.

### Kennziffern

- Angaben zu soziodemografischen Merkmalen der Teilnehmenden an Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung

### Datenquellen

- Daten des DEval-Meinungsmonitors 2024, DIE-Berichte zur Volkshochschulstatistik, internes Berichtswesen Weiterbildung NRW





Für Erkenntnisse über die soziodemografischen Merkmale von Personen, die außerschulische politische Bildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, wurden im Januar 2024 in Kooperation mit dem Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) entsprechende Items in einer repräsentativen Befragung der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland platziert (Schneider u. a. 2024, Kapitel 2).

Um die Faktoren zu bestimmen, die die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Veranstaltungen beeinflussen, wurde eine logistische Regressionsanalyse durchgeführt. Die abhängige Variable erfasst, ob eine Person mindestens eine Veranstaltung besucht hat oder nicht. Werte der in Abbildung A11-1 abgetragenen *Odds Ratios* über 1 bedeuten, dass der Faktor die Teilnahmechance erhöht, während Werte unter 1 darauf hinweisen, dass der Faktor die Chance verringert.

Alle nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannten und/oder geförderten Einrichtungen sind verpflichtet, bestimmte statistische Angaben zu erfassen und zur Auswertung bereitzustellen. Auf Anfrage hat QUA-LiS NRW für den vorliegenden Pilotmonitor einen umfassenden Datensatz erstellt (selbstverständlich in anonymisierter Form), der alle Maßnahmen der politischen Bildung von anerkannten Einrichtungen politischer Bildung für die Jahre 2017 bis 2022 abdeckt.

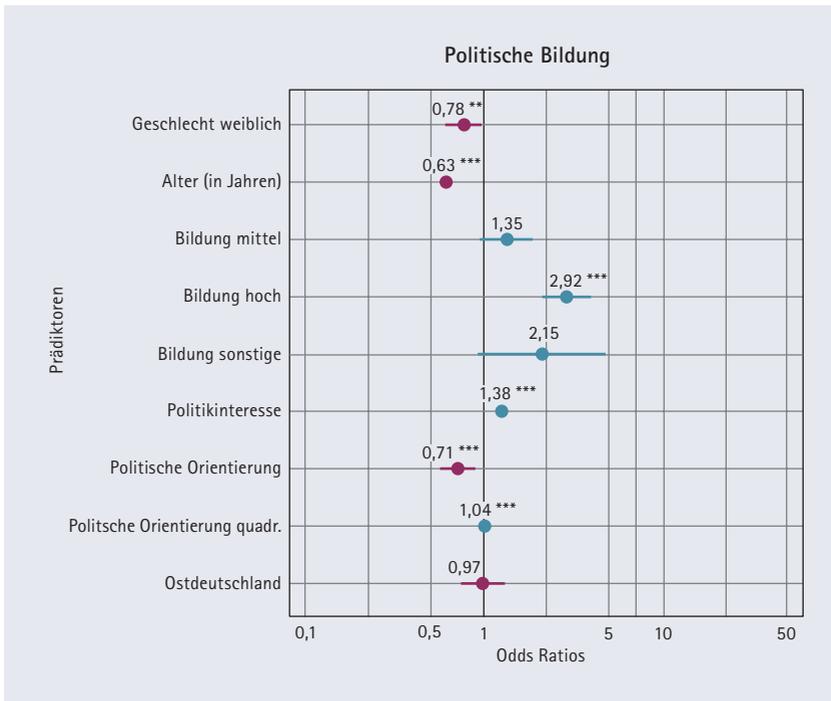
### Befragung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit



Von den 2 101 Befragten geben rund 77 % an, in den letzten 12 Monaten keine Veranstaltung der politischen Bildung besucht zu haben. 19 % haben 1 bis 5 solcher Veranstaltungen besucht, 3 % haben 6- bis 10-mal und 1,1 % mehr als 10-mal an Veranstaltungen der politischen Bildung teilgenommen.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Geschlecht in einem signifikanten Zusammenhang mit der Teilnahme steht: Frauen haben im Vergleich zu Männern eine um etwa 29 % geringere Wahrscheinlichkeit, an Veranstaltungen politischer Bildung teilzunehmen. Auch das Alter beeinflusst die Teilnahme: Mit jedem zusätzlichen Lebensjahr sinkt die Chance der Teilnahme um etwa 4 %. Dies bedeutet, dass ältere Personen seltener (bzw. mit einer geringeren Chance) an Veranstaltungen teilnehmen als jüngere. Das Bildungsniveau hat einen differenzierten Einfluss auf die Teilnahme: Personen mit einem mittleren Bildungsniveau (Realschulabschluss) haben eine höhere Chance der Teilnahme im Vergleich zu Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau (Hauptschule oder kein Abschluss), jedoch ist dieser Zusammenhang statistisch nicht signifikant.

► **Abb. A11-1** Logistische Regression: Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung, n = 2 101



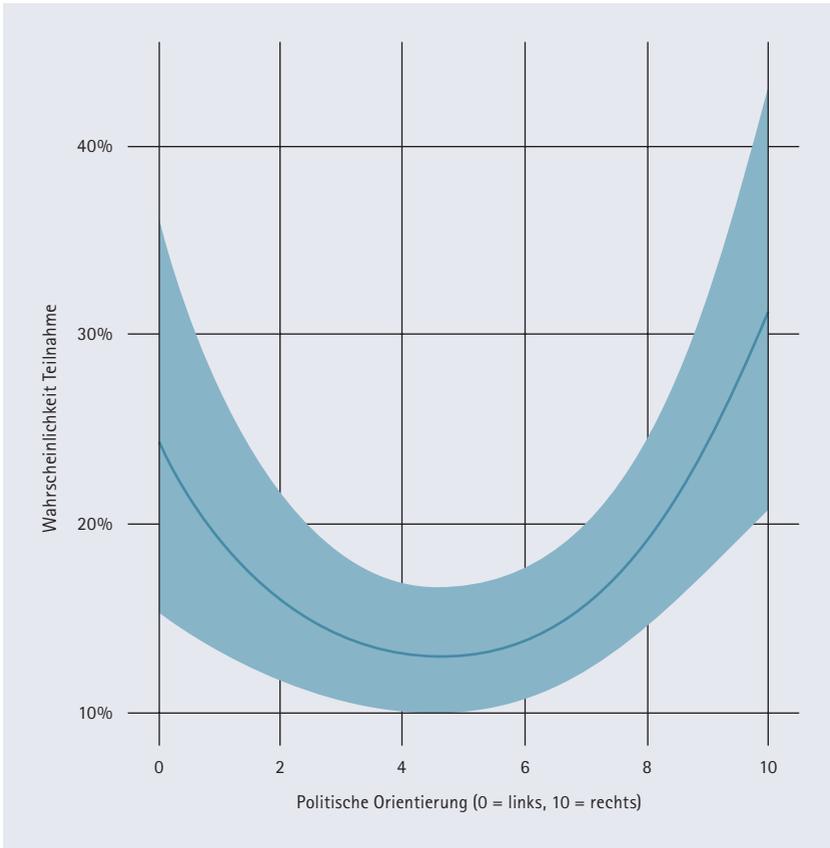
Datenquelle: Daten des DEval-Meinungsmonitors 2024, eigene Berechnung

Personen mit einem hohen Bildungsniveau (Fach-/Hochschulreife) haben hingegen eine fast dreimal so hohe Chance, an Veranstaltungen der politischen Bildung teilzunehmen.

Das politische Interesse ist ein starker positiver Prädiktor für die Teilnahmebereitschaft. Personen, die ein höheres politisches Interesse angeben, haben eine deutlich höhere Chance, an Veranstaltungen der politischen Bildung teilzunehmen. Die Variable *Wohnort Ostdeutschland* zeigt zwar einen leicht negativen Zusammenhang mit der Veranstaltungsteilnahme, dieser Zusammenhang ist jedoch statistisch nicht signifikant.

Die selbsteingeschätzte politische Orientierung bzw. Ideologie (0 – links, 10 – rechts) zeigt eine komplexe Beziehung zur Teilnahmehäufigkeit. Dieser Zusammenhang verläuft nicht linear. Zunächst verringert sich die

► **Abb. A11-2** Logistische Regression: Nicht-linearer Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Teilnahmewahrscheinlichkeit an Veranstaltungen,  $n = 2\ 101$



Datenquelle: Daten des DEval-Meinungsmonitors 2024, eigene Berechnung

Wahrscheinlichkeit, an Veranstaltungen teilzunehmen, mit einer stärker nach rechts tendierenden politischen Orientierung (siehe Abb. A11-1, *Odds Ratio* der linearen Komponente = 0.65). Allerdings steigt die Wahrscheinlichkeit wieder an, wenn sich die politische Orientierung in Richtung der extremen Enden bewegt (sichtbar an der quadratischen Komponente der politischen Orientierung, *Odds Ratio* = 1.04). Dies bedeutet, dass sowohl bei sehr linken als auch bei sehr rechten politischen Einstellungen die Wahrscheinlichkeit zur

Teilnahme an Veranstaltungen politischer Bildung höher ausfällt, während sie bei einer mittleren Ausprägung der politischen Orientierung geringer ausfällt. Die U-förmige Kurve der polynomiellen logistischen Regression in Abbildung A11-2 veranschaulicht diese nicht-lineare Beziehung. Es ist wichtig zu beachten, dass beide Variablen – die lineare und quadratische Komponente – nur zusammen interpretiert werden sollten. Außerdem sind die Konfidenzintervalle der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten bei den extremen Werten der Skala tendenziell breiter, was auf eine größere Unsicherheit in den Schätzungen hinweist.

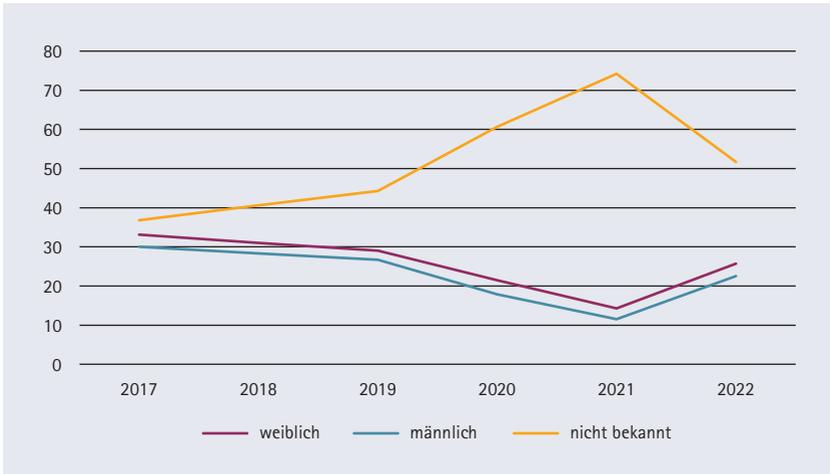
Insgesamt weisen diese Ergebnisse darauf hin, dass neben soziodemografischen Faktoren wie Bildung, Alter und Geschlecht auch politische Dispositionen wie Interesse und politische Orientierung die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen signifikant beeinflussen. Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich auch für die Teilnahmewahrscheinlichkeit an Veranstaltungen zu entwicklungspolitischen Themen (vgl. Abb. A11-1 Annex). Eine bedeutende Einschränkung der Daten ergibt sich aus der Selbstauskunft und der damit verbundenen Abhängigkeit von der subjektiven Wahrnehmung der Befragten, was als *Veranstaltung politischer Bildung* gilt.

### Einrichtungen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse der Auswertung zu Einrichtungen der politischen Bildung in NRW (siehe Abb. A11-3) zeigen eine von den Befunden des DEval abweichende Tendenz: Hier haben etwas mehr Frauen an Veranstaltungen politischer Bildung teilgenommen als Männer. Hervorzuheben ist der hohe Anteil an unvollständigen Daten zum Geschlecht der Belegungen, der im Jahr 2021 sogar bei 74,23 % lag. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Verantwortliche häufig die Teilnehmendenzahl schätzen bzw. selbst eintragen, ohne zusätzliche Informationen bspw. zu deren Geschlecht zu erfassen. Betrachtet man die vorliegenden Daten, bleibt das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Teilnehmenden relativ konstant, wobei tendenziell etwa 2,3 bis 3,6 % mehr Frauen als Männer an den Veranstaltungen teilnehmen. Zudem lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Teilnehmenden sowie die Anzahl der Veranstaltungen bis zum Beginn der Pandemie kontinuierlich gestiegen ist und sich ab 2021 wieder erholt hat.

Aus der Abbildung A11-4 wird deutlich, dass junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren mit Abstand den größten Anteil der Teilnahmefälle bilden, ähnlich wie in den DEval-Daten. Dagegen nehmen Personen im Alter

► **Abb. A11-3** Anteile der Teilnehmenden nach Geschlecht, Einrichtungen der politischen Bildung in NRW, in Prozent, 2017–2022



Datenquelle: Berichtswesen Weiterbildung NRW, eigene Auswertung

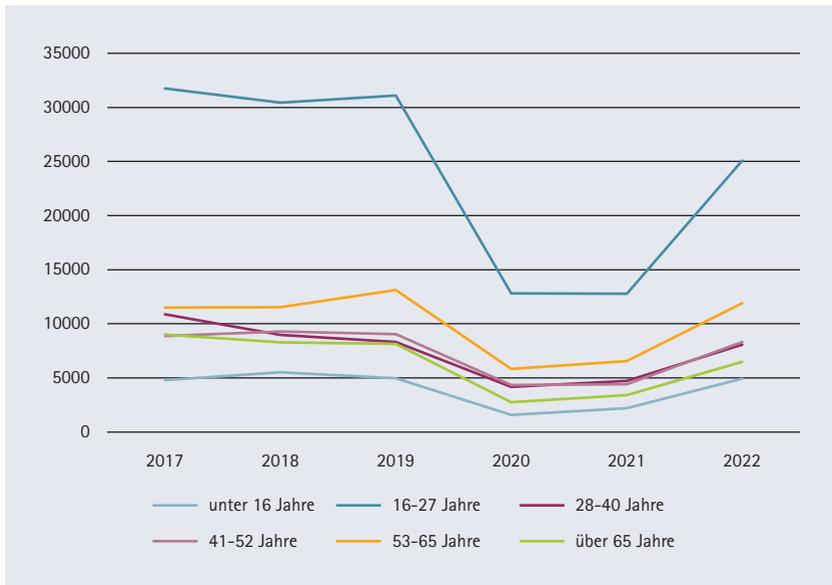
von 28 bis 52 Jahren, die oftmals berufstätig sind oder/und minderjährige Kinder erziehen oder/und Pflegeverantwortung übernehmen, deutlich seltener an Veranstaltungen politischer Bildung teil. Auch ältere Menschen über 65 Jahre beteiligen sich selten. Die vorliegenden Daten lassen dabei keine Aussage darüber zu, inwiefern diese altersbezogenen Unterschiede angebots- oder nachfrageseitig, und hier von persönlichen Präferenzen oder rahmenden Strukturen bedingt sind. Nach einer Phase hoher Stabilität der Teilnehmezahlen von 2017 bis 2019 ist im Pandemiejahr 2020 ein starker Rückgang zu beobachten, der sich erst 2022 teilweise erholt.

### Volkshochschulen

Aus den Veranstaltungsdaten der bundesweiten Volkshochschulstatistik geht ebenso hervor, dass in den Jahren 2018 bis 2022 deutlich mehr Frauen als Männer an den Veranstaltungen des Programmbereichs 1 *Politik-Gesellschaft-Umwelt* teilgenommen haben (siehe Abb. A11-2 Annex). Der starke Rückgang der Teilnehmezahlen in den Jahren 2020 und 2021 betrifft beide Geschlechter.

Die Altersverteilung der Geschlechter bei VHS-Kursteilnahmen zeigt, dass Frauen im Alter von 35 bis 65 Jahren die meisten VHS-Kurse belegen (siehe

► **Abb. A11-4** Teilnehmende nach Alter, Einrichtungen der politischen Bildung in NRW, in absoluten Zahlen, 2017-2022



Datenquelle: Berichtswesen Weiterbildung NRW, eigene Auswertung

Abb. A11-5). Im Jahr 2019 haben 41 270 Frauen im Alter zwischen 50 und 65 Jahren Kurse im Programmbereich 1 belegt, im zweiten Pandemiejahr 2021 waren es mit 19 366 weniger als die Hälfte. Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren verzeichnen hier bei Männern und Frauen die geringsten Teilnehmezahlen. Auch wenn dabei zu berücksichtigen ist, dass diese Altersspanne in der Statistik vergleichsweise wenige Jahre umfasst, weicht der Trend doch deutlich von den Daten der DEval-Befragung ab – VHS-Kurse sprechen offenbar auch im Bereich der politischen Bildung eher höhere Altersgruppen an. Die höchsten Teilnehmendenzahlen finden sich, insbesondere bei den Frauen, in den Altersgruppen der 50- bis unter 65-Jährigen, gefolgt von den 35- bis unter 50-Jährigen. Der pandemiebedingte Rückgang in 2020 und 2021 zeigt sich in allen Altersgruppen, ebenso die Erholung der Zahlen im Jahr 2022. Bei den Männern zeigt sich diesbezüglich ein ähnliches Muster (siehe Abb. A11-6).

► **Abb. A11-5** Belegungen in VHS-Kursen / Lehrgängen von Frauen nach Altersgruppen im Programmbereich 1, 2018–2022

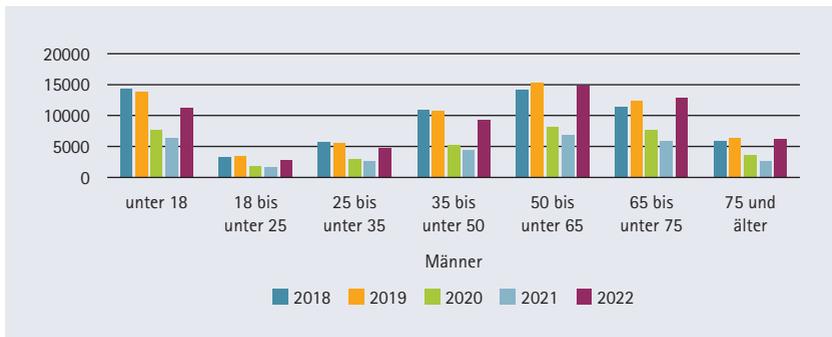


Datenquelle: Volkshochschulstatistik

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Teilnehmenden an VHS-Kursen und Lehrgängen im Programmbereich 1 sich besonders aus den Altersgruppen von 35 bis 65 Jahren rekrutieren, während die Teilnahme in jüngeren und älteren Altersgruppen geringer ausfällt. Dabei nehmen Frauen deutlich häufiger an diesen Veranstaltungen der VHS zur politischen Bildung teil als Männer. Dies gilt für alle Altersgruppen mit Ausnahme der Unter-18-Jährigen, was möglicherweise an Veranstaltungen in Kooperation mit gemischtgeschlechtlichen Schulklassen liegen könnte.

Es existieren nur wenige verfügbare Daten zu den soziodemografischen Merkmalen von Teilnehmenden an Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung, weshalb dieser Indikator neben Auswertungen der DEval-Studie nur Ergebnisse für ausgewählte Träger präsentieren kann. In den Erhebungsinterviews wurde festgestellt, dass soziodemografische Merkmale unterschiedlich erfasst und oft nicht einrichtungsspezifisch, sondern gemäß den variierenden Richtlinien der verschiedenen Fördergeber dokumentiert werden. Eine systematische Analyse der bei einzelnen Trägern verfügbaren Daten hat ergeben, dass Alter, Geschlechtsangaben und Wohnort (Bundesland) bei Teilnehmenden von

► **Abb. A11-6** Belegungen in VHS-Kursen/Lehrgängen von Männern nach Altersgruppen im Programmbereich 1, 2018–2022



Datenquelle: Volkshochschulstatistik

BAFzA-Bildungszentren, Volkshochschulen, Einrichtungen, die Teil der Weiterbildungsstatistik im Verbund sind, und einzelnen freien Trägern erhoben werden. Andere Einrichtungen, die zu den ausgewählten Kernakteuren gehören, erfassen lediglich die Teilnehmendenzahlen systematisch. Sowohl bei den eigenen Bildungsmaßnahmen als auch bei geförderten Maßnahmen arbeiten die bpb sowie die Landeszentralen für politische Bildung (bei Letzteren nur im Bereich der eigenen Bildungsarbeit) mit der Erfassung von Zielgruppen. Belastbare Daten zu deren Erreichung bei Implementation der Veranstaltungen liegen allerdings nur punktuell vor. Eine systematische, trägerübergreifende Erfassung wäre hilfreich für die Identifikation von Trends sowie für Hinweise auf Personengruppen, die das Angebot an Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung bislang nicht erreicht, also für die Identifikation von wenig erreichten Zielgruppen. Durch die Kooperation mit dem DEval konnten Einblicke gewonnen werden in Faktoren, die die Teilnahmewahrscheinlichkeit beeinflussen, darunter Geschlecht, Alter, politisches Interesse und politische Orientierung sowie ein höherer formaler Bildungsabschluss.



### **Ausgewählte Ergebnisse**

- Es gibt nur wenige Träger, die Angaben zu den soziodemografischen Merkmalen der Teilnehmenden ihrer Bildungsveranstaltungen erfassen bzw. veröffentlichen.
- Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zeigen, dass verschiedene Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildungsniveau sowie politisches Interesse und politische Orientierung die Teilnahme an Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung beeinflussen.

## A12 – Evaluation und Qualitätssicherung außerschulischer politischer Bildung

Die öffentlich geförderte politische Bildung ist kontinuierlich gefragt, ihre Wirksamkeit zu rechtfertigen, und der Mangel an systematischer Evaluations- und Wirkungsforschung trägt nicht zur Entlastung dieses Drucks bei (vgl. Becker 2021: 10). Die Notwendigkeit einer verstärkten Evaluierung von Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung wird in der Community umfassend diskutiert (vgl. Journal für politische Bildung 2024). Grundsätzlich bezeichnet Evaluation im Kontext der Bildungsforschung die zielgerichtete Bewertung pädagogischer Tätigkeiten, Produkte und Strukturen anhand zuvor festgelegter Kriterien, um konkrete Entscheidungsfindungen zu unterstützen (vgl. Hahn-Laudenberg/Oberle 2020: 68). Im Gegensatz zur Grundlagenforschung steht bei der Evaluation nicht eine wissenschaftliche Fragestellung, sondern ein Produkt oder Prozess im Zentrum der Untersuchung (vgl. Köller 2012: 214). Gansewig und Oeftering (2023) weisen darauf hin, dass Evaluationen und Evaluator/-innen häufig auf Skepsis und Misstrauen seitens derjenigen stoßen, deren Arbeit bewertet wird. Daher ist es entscheidend, dass Evaluationen professionell, transparent und kommunikativ durchgeführt werden und ein vertrauensvolles sowie kollegiales Umfeld gefördert wird (vgl. ebd.: 116).

### Kennziffern

- Verwendete Systeme für Evaluation und Qualitätssicherung; Wirkungen von Veranstaltungen außerschulischer politischer Bildung aus Teilnehmendensicht

### Datenquellen

- Eigene Trägerbefragung, Jahresberichte der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, internes Berichtswesen Weiterbildung NRW



Evaluationen können insbesondere in formative (prozessbegleitende) und summativ (nach Abschluss eines Projekts auf Produkte und Wirkungen fokussierte) Formen unterteilt werden. Entscheidend für den Charakter einer Evaluation ist auch, ob sie durch die Beteiligten selbst oder durch externe Evaluator/-innen initiiert und durchgeführt wird (innere vs. äußere Evaluation). Wissenschaftliche Evaluationsforschung nutzt dabei systematisch überprüfbare Forschungsmethoden und Verfahren zur Datengewinnung. Evaluationen können darüber hinaus die Struktur und Tätigkeiten einer ganzen Organisationseinheit oder einzelner Komponenten betrachten (Makro- vs. Mikroevaluation) (vgl. Hahn-Laudenberg/Oberle 2020).

Im Feld der außerschulischen politischen Bildung existieren einzelne Studien, die spezifische Projekte, Programme und Einrichtungen evaluieren (vgl. Dehn 2022). Dabei wird häufig ein Mixed-Method-Design verwendet, das neben der Sichtung und Analyse relevanter Dokumente auch Interviews und Fragebögen einschließt. So haben Gansewig und Oeftering (2023) die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen evaluiert. Im Fokus standen dabei die Eignung der methodischen, didaktischen und medialen Ansätze, auch hinsichtlich der Zielgruppenreichung, die Vernetzung mit relevanten Partnern sowie die Bekanntheit der Landeszentrale. Ein weiteres Beispiel ist die Begleitforschung zur Erstwählerkampagne 2019 der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, wobei die Wirkungen der unterschiedlichen Veranstaltungsformate auf (kommunal-)politische Motivationen, Kenntnisse, Einstellungen und Handlungsbereitschaft von Erstwähler/-innen im Fokus standen (vgl. Waldvogel u. a. 2020).

Der erste Demokratiebericht des Landes Nordrhein-Westfalen enthält Ergebnisse zur Zufriedenheit mit dem Informationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung. Von denjenigen Befragten, die das Angebot genutzt hatten, gaben 47 % an, dass ihre Erwartungen vollständig erfüllt wurden, und 48 % berichteten, dass ihre Erwartungen teilweise erfüllt wurden. Nur 2 % der Befragten äußerten, dass ihre Erwartungen vom Material nicht erfüllt worden seien. Von diesen empfanden 45 % die Informationen als unzureichend und 10 % das Material als zu kompliziert. 42 % machten keine weiteren Angaben (LpB NRW 2021: 61). Der zweite Demokratiebericht von 2023 enthält dagegen keine Fragen mehr zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Angebot zur politischen Bildung (LpB NRW 2023). Auch andere *Demokratiemonitore* weiterer Bundesländer geben zwar Aufschluss über politische Orientierungen der Bevölkerung, enthalten aber leider keine Fragen bezüglich Maßnahmen der

politischen Bildung, weder hinsichtlich der Teilnahme noch hinsichtlich der Bewertung der bestehenden Praxis oder der Bedarfe der Befragten.

Die Jahresberichte der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aus den Jahren 2020 und 2021 enthalten Ergebnisse der Evaluationsstrategie, die auf Online-Befragungen der Teilnehmenden von Veranstaltungen, unterschieden nach Zielgruppen, basiert. Im Jahr 2020 bewertete die interessierte Öffentlichkeit die besuchten Veranstaltungen insgesamt mit einer Note von 1,9 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (mangelhaft). Im Jahr 2021 verbesserte sich diese Bewertung auf 1,6 (vgl. BLZ 2021: 8 ff.; BLZ 2022: 28 ff.). Die Schüler/-innen vergaben in beiden Jahren eine konstante Bewertung von 2,2, während Lehrkräfte die Veranstaltungen in beiden Jahren mit einer Note von 1,8 beurteilten. Im Detail zeigten die Befragungen in beiden Jahren, dass die interessierte Öffentlichkeit die Veranstaltungen als gut strukturiert und inhaltlich interessant empfand. Der Aspekt der Abwechslung wurde 2020 etwas niedriger bewertet, jedoch 2021 leicht besser eingeschätzt. Die Schüler/-innen waren kritischer, insbesondere bei der Abwechslung und dem Spaßfaktor, der von der Öffentlichkeit insgesamt positiver bewertet wurde. Im Hinblick auf die Effekte politischer Bildung gaben die Teilnehmenden beider Jahre an, durch die Veranstaltungen ein besseres Verständnis für zentrale Themen entwickelt zu haben. Die Öffentlichkeit berichtete in beiden Jahren, dass sie gesellschaftliche Hintergründe klarer verstanden habe und eigene Standpunkte zum Thema entwickeln konnte. Auch Schüler/-innen bestätigten diese Wirkungen, wenngleich ihre Bewertungen im Vergleich zur allgemeinen Öffentlichkeit etwas zurückhaltender ausfielen. Die Jahresberichte 2022 und 2023 enthalten dagegen keine Ergebnisse der Befragung zur Veranstaltungsbewertung.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. begleitet und evaluiert das Bundesprogramm *Demokratie leben!* wissenschaftlich. Das Evaluationsdesign der wissenschaftlichen Begleitung enthält sowohl formative Elemente (Strukturen, Situationen und Prozesse analysieren, Praxis begleiten und Befunde zurückspeiegeln) als auch summative Elemente (Erträge des Programmbereichs bilanzieren). Bei der Evaluation des Programmbereichs legt die wissenschaftliche Begleitung darüber hinaus Wert auf partizipative Elemente: Die begleiteten Akteure werden aktiv in die (Weiter-)Entwicklung von Fragestellungen und Erhebungsinstrumenten einbezogen und Ergebnisse werden gemeinsam diskutiert. Sie sollen damit zur Reflexion ihrer Praxis angeregt werden (vgl. Jütz u. a. 2023).

Auch das Bundesprogramm *Zusammenhalt durch Teilhabe* wird kontinuierlich wissenschaftlich begleitet. Im Zentrum der Programmevaluation steht die

Frage der Wirksamkeit. Die Programmevaluation untersucht unter anderem, welche konzeptionellen und umsetzungsbezogenen Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Projekte ihre angestrebten Wirkungen erreichen (Wirkungsaudits), inwieweit die angenommenen Wirkungszusammenhänge plausibel sind (Entwicklung von Wirkungsmodellen) sowie welche Wirkungen die Projektmaßnahmen bei ausgewählten Zielgruppen erreichen (qualitative und quantitative Befragungen) (vgl. ZdT o.D.).

Mit dem Ziel, Formate und Strukturen zur Stärkung von Evaluation und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung in Deutschland systematisch zu erfassen und weiterzuentwickeln, arbeitet seit 2022 das Verbundprojekt PrEval. Auch basierend auf Zukunftswerkstätten werden Vorschläge zur Weiterentwicklung und Neugestaltung von Formaten und Strukturen zur Stärkung von Evaluation und Qualitätssicherung erarbeitet (vgl. PrEval o.D.).



Die Grundlage des vorliegenden Indikators bilden einerseits Daten der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, andererseits Daten der *Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule NRW* (QUA-LiS NRW) aus dem Berichtswesen Weiterbildung NRW. Dabei ist zu beachten, dass die Einrichtungen nicht für alle Veranstaltungen Evaluationsergebnisse an QUA-LiS NRW übermittelt haben. Für die hier präsentierten Analysen wurden die Veranstaltungsbewertungen in Relation zu den Teilnehmezahlen an tatsächlich evaluierten Veranstaltungen der politischen Bildung (bzw. Veranstaltungen mit gemeldeten Evaluationsergebnissen) aufbereitet (zum Überblick über die ausgeschlossenen Daten nach Veranstaltungsart und nach Jahr im Hinblick auf die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnahmen siehe Tab. A12-1 Annex und Tab. A12-2 Annex). Daher erreichen die Teilnehmereinschätzungen der Wirkungen insgesamt deutlich höhere Prozentwerte als in den Jahresberichten der LpB-NRW. Schließlich werden Ergebnisse der eigenen Trägerbefragung präsentiert, um trägerübergreifend Einblicke in derzeit im Feld praktizierte Evaluationsansätze zu ermöglichen.

### Einrichtungen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen



Einrichtungen, die gemäß Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen anerkannt sind und mindestens 75 % ihrer Bildungsleistungen im Bereich der politischen Bildung erbringen, haben Anspruch auf zusätzliche Landesförderung (vgl. LpB NRW 2022: 3). Die geförderten Einrichtungen sind



aufgefordert, Teilnehmerbewertungen hinsichtlich des Nutzens der von ihnen besuchten Bildungsveranstaltungen zu melden. Dabei wird die Zustimmung der Teilnehmenden zu vier Aussagen abgefragt, denen jeweils entweder zugestimmt oder nicht zugestimmt werden kann: Die Teilnehmenden wurden gefragt, ob sie der Auffassung sind, dass sie aufgrund der Veranstaltung 1) politische Sachverhalte besser beurteilen können, 2) die vermittelten Kenntnisse beruflich nutzen können, 3) die Kenntnisse im ehrenamtlichen oder gesellschaftlichen Engagement nutzen können sowie 4) sie zu stärkerem gesellschaftlichen Engagement motiviert worden sind.

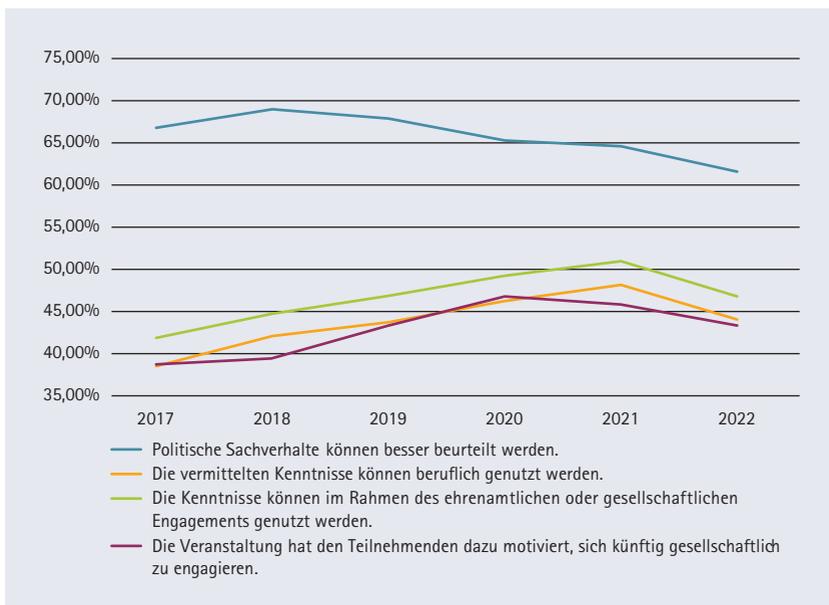
Im Untersuchungszeitraum wurden insgesamt 312318 Teilnahmen an 14292 Veranstaltungen mit gemeldeten Evaluationsergebnissen verzeichnet. Dies entspricht 57 % der insgesamt 24930 von 2017 bis 2022 durchgeführten Veranstaltungen mit veranstaltungsscharf gemeldeten Daten bzw. 43 % der insgesamt 726559 Teilnahmefälle.<sup>21</sup> Die Teilnahmehzahlen der evaluierten Veranstaltungen waren vor der Covid-19-Pandemie in den Jahren 2017 bis 2019 relativ konstant, mit 67891 Teilnahmen im Jahr 2017, 63484 Teilnahmen im Jahr 2018 und 66394 Teilnahmen im Jahr 2019. Während der Pandemiejahre 2020 und 2021 sank die Belegungen jedoch deutlich auf 26663 und 29709, bevor sie sich im Jahr 2022 auf 58177 Teilnahmefälle erholte. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen feststellen, die mit 2802 Veranstaltungen im Jahr 2017 auf 2730 im Jahr 2018 und 2916 im Jahr 2019 etwa stabil blieb, jedoch in den Pandemie Jahren auf 1443 (2020) und 1575 (2021) zurückging, bevor sie 2022 mit 2826 Veranstaltungen nahezu das Vorkrisenniveau erreichte.

Abbildung 12-1 zeigt, wie sich bei den evaluierten Veranstaltungen der Anteil der Belegungen, die jeweils eine Wirkung in den vier Kategorien bestätigt haben, im Zeitraum von 2017 bis 2022 entwickelt hat.

Die wahrgenommene Fähigkeit, politische Sachverhalte besser beurteilen zu können, wurde im Jahr 2017 von 66,7 % der Teilnehmenden (45289 Teilnahmefälle) positiv bewertet. Dieser Wert blieb bis 2019 mit 67,8 % (44994 Teilnahmefälle) weitgehend stabil. In den Pandemie Jahren 2020 und 2021 war

21 In den Jahren 2017 bis 2022 waren in NRW jährlich 42 bis 44 Einrichtungen der politischen Bildung anerkannt. Für diese Einrichtungen galt generell die Vorgabe, veranstaltungsbezogene Daten samt Ergebnissen der Teilnehmendenevaluation an die LpB NRW zu liefern, wobei zwei große Einrichtungen von dieser veranstaltungsscharfen Meldepflicht ausgenommen waren.

► **Abb. 12-1** Rückmeldung der Teilnehmenden zur subjektiven Wirkung der Veranstaltung (in %), Einrichtungen der politischen Bildung in NRW (evaluierte Veranstaltungen, 2017–2022)



Datenquelle: Berichtswesen Weiterbildung NRW, eigene Auswertung

jedoch ein Rückgang auf 65,2 % (17 392 Teilnahmefälle) und 64,4 % (19 132 Teilnahmefälle) zu verzeichnen. Im Jahr 2022 sank der Anteil erneut leicht auf 61,6 % (35 857 Teilnahmefälle). Diese Entwicklung zeigt, dass der Rückgang der Zustimmungsqoute mit den pandemiebedingten Einschränkungen zeitlich zusammenfällt und sich auch im ersten Post-Pandemie-Jahr nicht erholt hat.

Die Einschätzungen zum beruflichen Nutzen der vermittelten Kenntnisse steigt moderat zwischen 2017 und 2019. Im Jahr 2017 bewerteten 38,6 % der Teilnehmenden (26 169 Teilnahmefälle) die Inhalte als beruflich nutzbar, was bis 2019 auf 43,8 % (29 079 Teilnahmefälle) anwuchs. Während der Pandemie stieg der Anteil auf 46,2 % (12 319 Teilnahmefälle) im Jahr 2020 und 48,2 % (14 321 Teilnahmefälle) im Jahr 2021. Im Jahr 2022 sank die Zustimmung dagegen auf 44,0 % (25 589 Teilnahmefälle), ein Wert, der nahezu dem Niveau des Jahres 2019 entspricht.

► **Tab. A12-1** Angaben zum Nutzen der Veranstaltung aus Sicht der Teilnehmenden nach Formaten, Einrichtungen der politischen Bildung in NRW, evaluierte Veranstaltungen, 2017–2022

Anzahl der Veranstaltungen	Anzahl der Teilnehmenden		Die Veranstaltung hat dazu motiviert, sich künftig gesellschaftlich zu engagieren		Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden		Politische Sachverhalte können besser beurteilt werden		Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden		Die Kenntnisse können im Rahmen des ehrenamtlichen oder gesellschaftlichen Engagements genutzt werden		Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden		Die vermittelten Kenntnisse können beruflich genutzt werden	
			Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %	Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %	Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %	Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %	Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %	Anzahl der Zustimmung durch Teilnehmenden	In %		
Seminar	8827	196028	91585	46,72 %	124525	63,52 %	102234	52,15 %	98165	50,08 %						
Kurzveranstaltung	667	20538	6504	31,67 %	10794	52,56 %	6027	29,35 %	5098	24,82 %						
Studienseminar	2562	62233	19425	31,21 %	48243	77,52 %	20109	32,31 %	18845	30,28 %						
Tagesveranstaltung	928	18210	5902	32,41 %	11296	62,03 %	7301	40,09 %	6816	37,43 %						
Kurs/Kursreihe	1256	13608	7309	53,71 %	10567	77,65 %	7006	51,48 %	5235	38,47 %						
Projekte	53	1701	628	36,92 %	1459	85,77 %	578	33,98 %	90	5,29 %						
Summe	14293	312318	131353		206884		143255		134249							

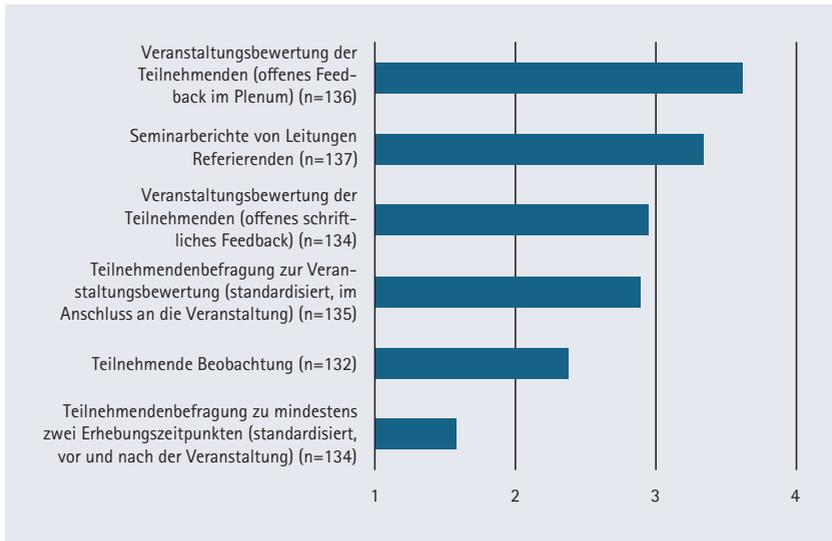
Datenquelle: Berichtsweesen Weiterbildung NRW, eigene Auswertung

Die Auffassungen zur Frage, ob die vermittelten Kenntnisse im ehrenamtlichen oder gesellschaftlichen Engagement genutzt werden können, zeigt – allerdings auf einem etwas höheren Niveau – eine ähnliche Entwicklung wie die Einschätzung der beruflichen Nutzbarkeit. Im Jahr 2017 bewerteten 41,9 % der Teilnehmenden (28 460 Teilnahmefälle) die Inhalte als für das Ehrenamt nützlich, ein Wert, der bis 2019 auf 46,7 % (30 971 Teilnahmefälle) zulegte. In den Pandemiejahren 2020 und 2021 erhöhte sich die Zustimmung weiterhin leicht auf 49,0 % (13 071 Teilnahmefälle) und 50,8 % (15 098 Teilnahmefälle). Im Jahr 2022 lag der Anteil bei 46,8 % (27 237 Teilnahmefälle), was dem Niveau vor der Pandemie entspricht.

Die Antworten auf die Frage, ob man durch die Veranstaltung zu stärkerem gesellschaftlichem Engagement motiviert worden sei, entwickelte sich ähnlich wie die Antworten zur Frage nach dem beruflichen Nutzen der Kenntnisse. Im Jahr 2017 berichteten 38,6 % der Teilnehmenden (26 203 Teilnahmefälle), dass sie durch die Veranstaltungen dazu motiviert wurden. Dieser Anteil stieg bis 2019 auf 43,2 % (28 698 Teilnahmefälle) und lag während der Pandemiejahre 2020 und 2021 bei 46,8 % (12 475 Teilnahmefälle) bzw. 45,9 % (13 630 Teilnahmefälle). Im Jahr 2022 sank der Anteil auf 43,5 % (25 333 Teilnahmefälle) und erreichte damit einen Wert, der in der Nähe des Vorkrisenniveaus liegt.

Die weitere Analyse zeigt deutliche Unterschiede in der Bewertung verschiedener Veranstaltungsformate nach ihrem wahrgenommenen Nutzen (siehe Tab. A12-1, für eine Übersicht über die Angaben zum Nutzen der Veranstaltung aus Sicht der Teilnehmer/-innen für die verschiedenen Digitalisierungsformat der Veranstaltung im Zeitraum 2020 bis 2022 siehe Tab. A12-3 Annex, für die Verteilung der Veranstaltungen und Teilnehmenden auf die verschiedenen Veranstaltungsformen im Zeitraum 2020 bis 2022 siehe Tab. A12-4 Annex). Während Seminare im Bereich der Kenntnisvermittlung für die berufliche Nutzung (50,08 %) sowie die Nutzung im Rahmen des eigenen Engagements (52,15 %) vergleichsweise hohe Werte erzielen, schneiden Projekte bei der wahrgenommenen Steigerung der politischen Urteilsfähigkeit besonders gut ab (85,77 %). Gleichzeitig stimmen nur sehr wenige Teilnehmende der Aussage zu, dass die evaluierten Projekte Kenntnisse zur Nutzung im beruflichen Kontext vermitteln (5,29 %). Kurse bzw. Kursreihen wirken sich aus Sicht der Teilnehmenden stärker als andere Formate auf die Motivation aus, sich künftig gesellschaftlich zu engagieren (53,71 %). Kurse bzw. Kursreihen werden zudem hinsichtlich der Vermittlung von Kenntnissen positiv evaluiert, die im ehrenamtlichen oder gesellschaftlichen Engagement genutzt werden können (51,48 %). Kurzveranstaltungen

► **Abb. A12-2** Verwendete Systeme für Evaluation und Qualitätssicherung, Mittelwerte, n = 132-137



Anmerkung: Vierstufige Likert-Skala (1 = nie, 2 = eher selten, 3 = eher häufig, 4 = sehr häufig)

Datenquelle: eigene Befragung TAPB

schneiden vergleichsweise schwächer ab. Ihr Nutzen in den vier abgefragten Kriterien wird im Vergleich zu den anderen Veranstaltungsformen von den Teilnehmenden niedriger eingeschätzt.

### Trägerbefragung

Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welche Ansätze der Evaluation und Qualitätssicherung im Feld praktiziert werden, wurden die Träger der außerschulischen politischen Bildung in der Befragung gebeten, anzugeben, wie häufig bestimmte Evaluationsansätze in ihrer Einrichtung verwendet werden und welche soziodemografischen Merkmale der Teilnehmenden sie erfassen (siehe Abb. A12-2).

Am häufigsten ( $M = 3,62$ ) besteht die Veranstaltungsevaluation aus offenem Feedback der Teilnehmenden im Plenum. Kollektive Reflexionen und Diskussionen im Plenum sind offenbar ein beliebter Ansatz zur Bewertung und Verbesserung von Veranstaltungen. Auch Leitungsberichte kommen besonders

► **Abb. A12-3** Erfasste soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden, Mittelwerte, n = 131–135



Anmerkung: Vierstufige Likert-Skala (1 = nie, 2 = eher selten, 3 = eher häufig, 4 = sehr häufig)  
 Datenquelle: eigene Befragung TAPB

häufig ( $M = 3,34$ ) zum Einsatz, was zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung von Programmen beitragen kann. Schriftliches Feedback der Teilnehmenden in einem offenen, nicht-standardisierten Format wird eher häufig ( $M = 2,95$ ) eingeholt. Diese Methode erlaubt eine größere Diskretion und kann den Teilnehmenden ermöglichen, detaillierteres und ggf. auch ehrlicheres Feedback zu geben. Standardisierte Teilnehmendenbefragungen zur Veranstaltungsbeurteilung im Anschluss an die Bildungsmaßnahme werden ebenfalls eher häufig ( $M = 2,89$ ) verwendet. Die Träger holen also durchaus auch systematisch quantitative Rückmeldungen der Teilnehmenden ein, um vergleichbare Daten zu erhalten. Inwiefern hierfür Förderbedingungen ursächlich sind (vgl. oben die Vorgaben des Landes NRW), lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht beantworten. Teilnehmende Beobachtungen werden seltener als Evaluationssystem genutzt ( $M = 2,38$ ). Diese Methode, die externe Einblicke in die Dynamik und Prozesse während der Veranstaltungen ermöglicht, scheint – eventuell aufgrund ihres aufwändigen Charakters – weniger verbreitet zu sein. Am

seltensten werden standardisierte Teilnehmendenbefragungen zu mindestens zwei Erhebungszeitpunkten eingesetzt ( $M = 1,58$ ). Längsschnittliche Studien, welche die Messung von Veränderungen über die Zeit ermöglichen, finden in der alltäglichen Bildungspraxis demnach sehr selten statt.

In offenen Antworten wurden als weitere Evaluationsformate regelmäßige Nachbereitungstreffen mit Teilnehmenden sowie die Nutzung einer anonymen Rückmeldebox nach jeder Maßnahme genannt. Nur sechs der befragten Einrichtungen gaben an, bislang über kein System für Evaluation und Qualitätssicherung zu verfügen.

Um festzustellen, welche Personengruppen mit den eigenen Bildungsangeboten erreicht werden und um Angebote zielgruppengerecht zu gestalten, können ausgewählte Daten von Teilnehmenden erfasst werden. Manchmal werden Informationen zu bestimmten Merkmalen auch von Fördergebern angefragt. In der Trägerbefragung wurden die Einrichtungen gebeten, anzugeben, wie häufig bestimmte soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden in ihrer Einrichtung erfasst werden.

Alter ( $M = 3,39$ ), Wohnort ( $M = 3,34$ ) und Geschlecht ( $M = 3,32$ ) erfassen die Träger relativ häufig (siehe Abb. A12-3). Teilweise wird auch die Teilnahmemotivation abgefragt ( $M = 2,46$ ). Eher selten wird die Beschäftigung der Teilnehmenden erfasst ( $M = 1,89$ ). Noch seltener werden der Migrations- und Bildungshintergrund erhoben ( $M = 1,65$  bzw.  $M = 1,66$ ) – sei es aus Datenschutzgründen, oder weil diese Informationen als nicht relevant erachtet werden oder weil die Einrichtungen den Eindruck vermeiden wollen, ihre Teilnehmenden *in Schubladen* zu stecken. Solche Daten könnten jedoch wertvolle Einblicke in die Diversität der Teilnehmenden bieten, belastbare Aussagen zu wenig erreichten Zielgruppen ermöglichen und Hinweise darauf geben, ob Angebote manchen Personengruppen weniger gerecht werden. In den offenen Antworten erwähnen einzelne Träger, dass sie die Mitgliedschaft der Teilnehmenden in Vereinen oder Gewerkschaften erheben, als Hinweis auf die Vernetzung und das Engagement der Teilnehmenden in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Die kontinuierliche Diskussion um die Notwendigkeit systematischer Evaluations- und Wirkungsforschung in der außerschulischen politischen Bildung ist einerseits ein Hinweis auf den bestehenden Druck zur Rechtfertigung ihrer Wirksamkeit, andererseits zeugt sie vom verbreiteten Interesse der Träger, die eigene Arbeit auch evidenzbasiert weiterzuentwickeln. Die hier präsentierten Ergebnisse der Trägerbefragung belegen, dass in der Bildungspraxis verschiedene

Evaluationsinstrumente eingesetzt werden, wobei das offene Teilnehmerfeedback im Plenum und schriftliche Leitungsberichte am häufigsten verwendet werden. Schriftliche offene und standardisierte Befragungen der Teilnehmenden sind durchaus ebenfalls gängige Praktiken. Um Aufschluss über ihre Zielgruppenerreichung zu erhalten und Bildungsangebote zielgruppengerecht zu gestalten, erfassen viele Träger zumindest für den internen Gebrauch auch soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden. Während Alter, Wohnort und Geschlecht häufig erhoben werden, werden der Migrationshintergrund und der Bildungshintergrund von Teilnehmenden selten erfasst.

Die Auswertung der Daten der vom Land NRW geförderten Einrichtungen offenbart Trends in Bezug auf die wahrgenommenen Wirkungen der Bildungsmaßnahmen. Die berufliche Verwertbarkeit der erworbenen Kenntnisse wird von Teilnehmenden 2022 höher eingeschätzt als vor der Pandemie. Auch die durch die Veranstaltungsteilnahme hervorgerufene Motivation, sich gesellschaftlich zu engagieren, ist im Laufe der Jahre gestiegen. Der selbsteingeschätzte Nutzen der erworbenen Kenntnisse für das gesellschaftliche oder ehrenamtliche Engagement sowie der Zugewinn an politischer Urteilsfähigkeit sind dagegen rückläufig. Diese Angaben zur Veranstaltungsbewertung aus Teilnehmersicht werden allerdings seit 2024 in NRW nicht mehr *veranstaltungsscharf* erfasst. Künftig sind daher detaillierte Analysen der Teilnehmerbewertungen, bspw. vergleichend nach Veranstaltungsformat oder -thema, nicht mehr möglich.



### Ausgewählte Ergebnisse

- Träger evaluieren ihre Bildungsmaßnahmen häufig in Form von offenem Teilnehmerfeedback im Plenum sowie durch schriftliche Seminarberichte der Leitungen bzw. Referierenden, während längsschnittliche Studien und teilnehmende Beobachtungen sehr selten vorkommen.
- Altersangaben, Wohnort und Geschlecht der Teilnehmenden werden von Bildungsträgern häufig erfasst, weniger Beachtung finden andere soziodemografische Merkmale wie der Bildungs- oder Migrationshintergrund.
- Im Zeitraum von 2017 bis 2022 zeigen sich Veränderungen in den Teilnehmendenbewertungen der LpB-NRW-geförderten Veranstaltungen, mit Zuwachs an gesellschaftlicher Beteiligungsmotivation und beruflicher Verwertbarkeit von erworbenen Kenntnissen bei gleichzeitigem Rückgang der Werte hinsichtlich der erworbenen politischen Urteilsfähigkeit.

## 6.3 Fazit

Ausgehend von der weithin bekannten Feststellung, dass der Bereich der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland bezüglich der Akteure, Orte, Formate und Strukturen außerordentlich vielfältig und fragmentiert ist und in seiner Gesamtheit nicht im Detail dargestellt werden kann, wurde für den Pilotmonitor eine systematische Eingrenzung vorgenommen. Die Analyse richtete sich zum einen auf die Bereitstellung öffentlicher Fördermittel für außerschulische politische Bildung, mit Fokus auf dem Bundeshaushalt sowie auf drei Landeshaushalte. Zum anderen wurden zehn Kernakteursgruppen identifiziert und untersucht, die politische Jugend- und/oder Erwachsenenbildung im engeren Sinne als eine ihrer zentralen Aufgaben begreifen. Für diese Akteure wurden frei verfügbare Daten gesammelt und ausgewertet sowie weitere bei den Akteuren oder Fördergebern vorhandene, bislang nicht öffentlich verfügbare Daten angefragt und aufbereitet. Um die Analysen mit den gegebenen Ressourcen durchzuführen, beschränkten sich die Untersuchungen teilweise auf Dachverbände und ausgewählte Bundesländer. Um angesichts vorhandener Datenlücken auch trägerübergreifende Aussagen zu relevanten Fragen zu generieren, erfolgten ergänzend eine eigene Trägerbefragung mit einem standardisierten Online-Fragebogen (TAPB-Studie) sowie die Platzierung von Items in einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (DEval-Meinungsmonitor).

Die Förderung außerschulischer politischer Bildung ist auf Bundes- und Landesebene in zahlreichen Haushaltstiteln unterschiedlicher Ministerien vorgesehen. Eine präzise Identifikation der Mittel, die ausschließlich der (außerschulischen) politischen Bildung zufließen, ist nicht immer möglich, da diese oftmals in andere Maßnahmen oder breitere Programme integriert sind und nicht im Detail ausgewiesen werden. Eine vollständige Erfassung der öffentlichen Förderung der außerschulischen politischen Bildung erscheint angesichts der mangelnden Detailliertheit und teilweise fehlenden Aufschlüsselung von Haushaltsposten nicht machbar. Der Vergleich der drei ausgewählten Landeshaushalte offenbart Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der Förderthemen, wobei punktuell eine hohe Dynamik thematischer Schwerpunkte nach Regierungswechseln zu beobachten ist. Die überwiegend begrenzten Programmlaufzeiten können eine Herausforderung für die längerfristige Planung



und nachhaltige Implementation von Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung sowie für Arbeitsverhältnisse politischer Bildner/-innen darstellen. Eine präzisere Ausweisung der Fördermittel für politische Bildung auf Bundes- und Landesebene könnte Transparenz für öffentliche Diskussionen herstellen und evidenzbasierte Entscheidungen über Förderstrategien erleichtern.

Ergebnisse der Online-Befragung TAPB weisen darauf hin, dass nicht-staatliche Träger zur Finanzierung ihrer politischen Bildungsarbeit meist verschiedene Einnahmequellen kombinieren. Allerdings spielen öffentliche Mittel eine herausragende Rolle. Teilnahmegebühren und Eigenmittel sind für die große Mehrheit ergänzende Finanzierungssäulen. Für ein Drittel der befragten Einrichtungen sind Fördermittel von gesellschaftlichen Stiftungen ebenfalls relevant. Bundes- und Landesmittel machen jedoch mit Abstand den größten Anteil der Finanzierung der politischen Bildungsarbeit der Träger aus. Auf Bundesebene spielt dabei insbesondere die Förderung durch die bpb (BMI-Mittel), den Kinder- und Jugendplan sowie das Programm *Demokratie Leben!* (beides BMFSFJ) eine bedeutende Rolle. Die große Relevanz öffentlicher Fördermittel für die außerschulische politische Bildung bedeutet zugleich, dass Mittelkürzungen einen entsprechend starken Einfluss auf die Bildungsarbeit haben, ebenso wie (inhaltliche oder administrative) Konditionalitäten bei der Mittelvergabe. Die oftmals erforderliche Flankierung von Fördermitteln durch Eigenmittel ist eine Herausforderung für Träger, während Teilnahmegebühren zwar die Verbindlichkeit erhöhen, jedoch auch soziale Zugangshürden darstellen können.

Auch im digitalen Zeitalter braucht politische Bildung Räume für Vor-Ort-Begegnungen. Durch eine umfangreiche Analyse der Webseiten von bap-Mitgliedseinrichtungen konnte für den Pilotmonitor eine wichtige, wenn auch zunächst rudimentäre Datengrundlage erschlossen werden, um die Verfügbarkeit von Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten zu analysieren. Ergänzend dazu liefern die regelmäßig erhobenen Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe wichtige Hinweise auf außerschulische Räumlichkeiten für Veranstaltungen der politischen Jugendbildung. Räumliche Gelegenheitsstrukturen für mehrtägige Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung mit Vor-Ort-Begegnungen in Deutschland sind regional ungleich verteilt, wie aus der Analyse hervorgeht. Perspektivisch könnte ein Monitoring die Entwicklung der verfügbaren Bildungsräume transparent machen und evidenzbasierte Entscheidungen zur regionalen Stärkung geeigneter Bildungsräume ermöglichen. Zugleich gilt es, weitere Räume der außerschulischen politischen

Bildung – nicht zuletzt auch im Kontext aufsuchender politischer Bildung – in den Blick zu nehmen und ihre Bedeutung im Gesamtkontext deutlich zu machen.

Was die geografische Verteilung von Standorten der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung angeht, liegen ebenfalls ausgeprägte regionale Unterschiede vor. Unter Berücksichtigung der VHS hat Schleswig-Holstein die mit Abstand dichteste Akteurslandschaft bezogen auf die Einwohnerzahl. Lässt man die VHS-Standorte in der Analyse außen vor, herrscht in den Stadtstaaten Berlin und Bremen eine bemerkenswert hohe Dichte an Standorten von Akteuren der außerschulischen politischen Bildung. Die Identifizierung von Regionen mit geringer Trägerdichte kann dazu dienen, den Aufbau tragfähiger Strukturen zielgerichtet zu unterstützen. Auch können besondere Potenziale von Akteuren in bestimmten Regionen offengelegt werden, woran sich Maßnahmen zur Zielgruppenerreichung orientieren können.

Nach den Ergebnissen der TAPB-Erhebung verfügt der Großteil des pädagogischen Personals über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Bachelor oder höher), jedoch wird die Mehrheit unterhalb der Entgeltgruppe 12 entlohnt. Die meisten Bildner/-innen nehmen ihre Tätigkeit ohne formale didaktische Ausbildung auf. Es bedarf einer besseren Vergütungsstruktur, die den Qualifikationen und Aufgabenbereichen des Personals gerecht wird. Relevant erscheint zudem eine didaktische Aus- und Weiterbildung des Bildungspersonals, das keine einschlägigen Studiengänge wie etwa für das Lehramt absolviert hat, um die Qualität der politischen Bildungsarbeit zu gewährleisten.

Die Anzahl der Veranstaltungsstunden sowie die Teilnahme an Kursen der außerschulischen politischen Bildung ist während der COVID-19-Pandemie stark zurückgegangen. Diese naheliegende Hypothese bestätigt die Analyse von Daten ausgewählter Träger. Regional vergleichende Analysen offenbaren, dass sich Veranstaltungsstunden und Kursteilnahmen zwischen den Bundesländern deutlich unterscheiden. Die Freiwilligkeit der Teilnahme an statistischen Datensammlungen und die unterschiedliche Kategorisierung der Bildungsangebote erschweren allerdings trägerübergreifende Analysen. Eine stärker standardisierte und verpflichtende Erhebung könnte belastbarere Vergleiche ermöglichen und zukünftig die kriteriengeleitete Bewertung von Entwicklungen sowie zielgerichtete Maßnahmen erleichtern.

Außerschulische politische Bildung umfasst eine breite Palette an Veranstaltungsformaten. Die Covid-19-Pandemie hat auch im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu einem Digitalisierungsschub der



Bildungsformate geführt, mit einer Zunahme digitaler und hybrider Veranstaltungen während der Jahre 2020 und 2021. Nach der Pandemie wurde eine Rückkehr zu traditionellen Präsenzformaten vollzogen, während digitale Formate weiterhin flankierend und in größerem Umfang als vor der Pandemie eingesetzt werden. Retrospektive Einschätzungen der Träger in der TAPB-Erhebung ergänzen vorliegende Zeitreihendaten, die digitale Formate oftmals erst ab dem Jahr 2020 gezielt erfassen.

Während die Themenbereiche *grundlegende Demokratiefragen*, *politische Systeme* und *internationale Beziehungen* im Untersuchungszeitraum mit Bildungsveranstaltungen adressiert wurden und auch *aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen* wie der *Krieg in der Ukraine* und die *Covid-19-Pandemie* gezielt aufgegriffen wurden, finden sich Themen der *Wirtschafts- und Finanzpolitik* in den Angeboten der untersuchten Träger insgesamt eher selten. Allerdings erschweren unterschiedliche – teilweise wenig ausdifferenzierte und damit auch nachträglich kaum vergleichbare – Kategoriensysteme die trägerübergreifende Analyse von Angeboten erheblich. Die Entwicklung einheitlicher Kategorien könnte den Überblick über die adressierten Themen im Feld erleichtern und eine trägerübergreifende Analyse thematischer Schwerpunkte, Leerstellen und Konjunkturen ermöglichen. Dabei muss eine Balance gefunden werden zwischen Ausdifferenziertheit thematischer Kategorien, um die faktische Vielfalt thematischer Zugriffe näherungsweise abzubilden, und Übersichtlichkeit des Kategoriensystems, um administrative Hürden für die Träger zu reduzieren.

Junge Erwachsene, politisch Interessierte und Multiplikator/-innen werden von zahlreichen Akteuren besonders häufig als Zielgruppen von Veranstaltungen politischer Bildung adressiert. Bildungsbenachteiligte werden dagegen seltener, Erwerbslose und Menschen mit Behinderung sehr selten explizit als Zielgruppen ausgewiesen. Auch wenn viele Bildungsangebote grundsätzlich offen gestaltet sind, könnte eine gezieltere Ausrichtung auf unterrepräsentierte Gruppen die Egalität der Teilhabe an außerschulischer politischer Bildung erhöhen. Die verbreitete Adressierung von Multiplikator/-innen ist ein Hinweis auf ein non-formales Fortbildungssystem, das von den Trägern außerschulischer politischer Bildung getragen wird.

Nur wenige Träger erfassen bzw. veröffentlichen Angaben zu den soziodemografischen Merkmalen der Teilnehmenden ihrer Bildungsveranstaltungen. Gemäß den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, die in Kooperation mit dem DEval durchgeführt wurde, beeinflussen verschiedene Faktoren wie Geschlecht, Alter,

Bildungsniveau sowie politisches Interesse und politische Orientierung die Teilnahme an Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung. Belastbare Informationen über soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden sind erforderlich, um Aussagen über die Egalität der Erreichung von Menschen mit Angeboten der außerschulischen politischen Bildung zu machen und ggf. zielgerichtete (Förder-)Maßnahmen zu entwickeln. Daher besteht Bedarf an regelmäßig erhobenen, auch trägerübergreifend vergleichbaren Daten zur Verbesserung der Zielgruppenreichung mit demokratischer politischer Bildung in Deutschland.

Nach den Ergebnissen der Online-Befragung von Trägern der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung TAPB evaluieren die Träger ihre Bildungsmaßnahmen häufig in Form von offenem Teilnehmerfeedback im Plenum sowie durch schriftliche Seminarberichte der Leitungen bzw. Referierenden. Längsschnittliche Studien und teilnehmende Beobachtungen werden hingegen sehr selten eingesetzt. Auch wenn sie nicht unbedingt veröffentlicht werden (können), erfassen die Träger nach eigener Aussage Altersangaben, Wohnort und Geschlecht der Teilnehmenden häufig. Andere soziodemografische Merkmale wie der Bildungs- oder Migrationshintergrund finden weniger Beachtung. Bei den Teilnehmendenbewertungen der durch die LpB-NRW geförderten Veranstaltungen werden im Zeitraum von 2017 bis 2022 Veränderungen sichtbar. Die Werte hinsichtlich der Motivation zu gesellschaftlicher Beteiligung und der Verwertbarkeit von erworbenen Kenntnissen im Beruf steigen an, während die Werte hinsichtlich der erworbenen politischen Urteilsfähigkeit der Teilnehmenden zurückgehen. Um mehr über die Wirksamkeit von Maßnahmen der politischen Bildung zu erfahren, ist eine strukturierte und regelmäßige Evaluation erforderlich. Der verbreitete Einsatz von Evaluationsansätzen in der Bildungspraxis bietet große Chancen für trägerübergreifende Erkenntnisse, insbesondere, wenn künftig verstärkt auch vereinheitlichte Instrumente der Evaluation verwendet werden.

Insgesamt veranschaulicht das vorliegende Kapitel, dass ein dauerhaftes Monitoring der außerschulischen politischen Bildung mittel- und langfristige Entwicklungen zu diesen und weiteren relevanten Indikatoren sichtbar machen kann. Es könnte belastbarere Aussagen über Bedingungen, Prozesse und Ergebnisse der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ermöglichen. Zugleich werden durch ein Monitoring relevante Datenlücken sichtbar, auf die mit einer Weiterentwicklung (auch unter Beteiligung der Träger und Verbände) und regelmäßigen Wiederholung der hier pilotierten Trägerbefragung reagiert



werden kann, verbunden mit gezielten ergänzenden Forschungsprogrammen oder mit einem konsistenteren Datenmanagement in der alltäglichen Bildungs- und Förderpraxis. Einheitlichere Datenabfragen in Förderprogrammen können nicht nur den Trägern die tägliche Verwaltungsarbeit erleichtern, sondern auch programm- und trägerübergreifende Trends aufzeigen. Besondere Potenziale eines Monitorings liegen in der Fortführung längsschnittlicher Analysen. Beispielsweise wird es interessant sein zu sehen, wie sich die öffentliche Förderung auf Bundes- und Länderebene in Zeiten knapper Kassen und bei sich ändernden parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen sowie neuen Regierungskoalitionen entwickelt. Auch könnten künftige Analysen den Anteil und die (ggf. auch teilnehmerspezifische) Bewertung digitaler Bildungsformate offenlegen und damit Hinweise geben, ob Formate zur Erreichung von Zielgruppen und Bildungszielen geeignet sind. Trägerübergreifende Informationen zu thematischen Schwerpunkten, Leerstellen und Konjunkturen können Entscheidungsträger/-innen aus Bildung und Politik informieren und zu einem noch vielfältigeren und den Teilnehmerbedarfen (sofern hierzu Daten vorliegen bzw. verfügbar gemacht werden) entsprechenden Bildungsangebot führen. Künftige Studien können neben einer Erweiterung der Datenbasis der hier vorgestellten Indikatoren unter Berücksichtigung zusätzlicher Daten der ausgewählten Trägergruppen auch weitere Akteursgruppen fokussieren, wie gesellschaftliche Stiftungen (in ihrer doppelten Rolle als Träger und Förderer der außerschulischen politischen Bildung), Wohlfahrtsverbände, Migranten-selbstorganisationen oder die Polizei.

# Literatur

- Arbeitskreis Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (2021): Politische Bildung in *Corona-Zeiten* und danach – Probleme und Perspektiven. Verfügbar unter: [https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user\\_upload/Empfehlungen/GPJE\\_AJEB\\_Stellungnahme\\_Corona-1-1.pdf](https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Empfehlungen/GPJE_AJEB_Stellungnahme_Corona-1-1.pdf) (Zugriff: 10.04.2025).
- Baumbast, Stephanie/Hofmann-van de Poll, Frederike/Lüders, Christian (2014): Non-formale und informelle Lernprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Nachweise, München. Verfügbar unter: [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2014/DJI\\_Expertise\\_non-formales%20Lernen\\_final.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/DJI_Expertise_non-formales%20Lernen_final.pdf) (Zugriff: 30.04.2025).
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) (2021): Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Fakten – Themen – Perspektiven. Jahresbericht 2020. Verfügbar unter: [www.blz.bayern.de/data/pdf/jahresbericht-2020-0927-1555-20.pdf](http://www.blz.bayern.de/data/pdf/jahresbericht-2020-0927-1555-20.pdf) (Zugriff: 30.09.2024).
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) (2022): Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Fakten – Themen – Perspektiven. Jahresbericht 2021. Verfügbar unter: [www.blz.bayern.de/data/pdf/jahresbericht-2021\\_web-0504-1719-29.pdf](http://www.blz.bayern.de/data/pdf/jahresbericht-2021_web-0504-1719-29.pdf) (Zugriff: 30.04.2025).
- Behrendorf, Bernd/Dietrich, Stephan/Schade, Hans-Joachim (2008): Ergebnisbericht Projekt Weiterbildungskataster, Bonn. Verfügbar unter: [www.die-bonn.de/id/4093](http://www.die-bonn.de/id/4093) (Zugriff: 30.04.2025).
- Becker, Helle (2021): Zielgruppenorientierte politische Erwachsenenbildung? Vortrag auf der Veranstaltung *Digitalisierung – eine Chance für zielgruppenorientierte politische Weiterbildung Erwachsener?*, 3. Fachgespräch „Politische Weiterbildung“ des AK Weiterbildung der KMK und der Koordinierung der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung. Verfügbar unter: <https://transfer-politische-bildung.de/dossiers/zugangsmoeglichkeiten/mitteilung/artikel/zielgruppenorientierte-politische-erwachsenenbildung-vortrag-von-helle-becker/> (Zugriff: 30.04.2025).
- Besand, Anja/Jugel, David (2015): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*, bpb-Schriftenreihe, Bd. 1617, Bonn, S. 99–109.
- Bielenberg, Ina (2013): Praxisfeld Fachverband – Beobachtungen zum Professionsverständnis in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. In: Hufer, Klaus-Peter/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Perspektiven politischer Bildung*, bpb, Bonn, S. 111–120.
- Bielenberg, Ina (2017): Außerschulische Politische Jugendbildung als Profession. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): *Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung*, Frankfurt a. M., S. 161–172.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2024): Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2023. Verfügbar unter: [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2023-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt\\_bund.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6Z](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2023-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.pdf?__blob=publicationFile&v=6Z) (Zugriff: 10.04.2025).

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2025): Inhalt und Ablauf. Verfügbar unter: [www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html](http://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html) (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (o.D.): Seminare an den Bildungszentren. Verfügbar unter: <https://www.bafza.de/zentralstelle/informationen/paedagogische-begleitung/seminare-an-den-bildungszentren> (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr (BAK FSJ) (2024): Freiwillige und Einsatzbereiche. Verfügbar unter: <https://bak-fsj.de/fsj/zahlenundstatistik/> (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (o.D.): Bundeshaushalt interaktiv. Verfügbar unter: [www.bundshaushalt.de/DE/Bundshaushalt-digital/bundshaushalt-digital.html](http://www.bundshaushalt.de/DE/Bundshaushalt-digital/bundshaushalt-digital.html) (Zugriff: 02.05.2025).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (o.D.): Wir stärken gleichwertige Lebensverhältnisse. Verfügbar unter: [www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/warum-gleichwertige-lebensverhaeltnisse/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/warum-gleichwertige-lebensverhaeltnisse/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-node.html) (Zugriff: 30.09.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): Der 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin. Verfügbar unter: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238) (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024a): Freiwilliges Soziales Jahr. Verfügbar unter: [www.daten.bmfsfj.de/daten/daten/freiwilliges-soziales-jahr--137090](http://www.daten.bmfsfj.de/daten/daten/freiwilliges-soziales-jahr--137090) (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024b): Freiwilliges Ökologisches Jahr. Verfügbar unter: <https://www.daten.bmfsfj.de/daten/daten/freiwilliges-oekologisches-jahr--137056> (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (o.D.): Über „Demokratie leben!“. Verfügbar unter: [www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben](http://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben) (Zugriff: 30.04.2025).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2024): Anerkennungsverfahren. Verfügbar unter: [www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/140009/anerknennungsverfahren/](http://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/140009/anerknennungsverfahren/) (Zugriff: 30.09.2024).
- Busch, Matthias/Dittgen, Michell/Keuler, Charlotte (2024): Außerschulische politische Bildung in der Krise. Empirische Befunde zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die außerschulische politische Bildung in Deutschland. In: Morys, Nancy/Lenz, Thomas/Harion, Dominik (Hrsg.): *Diversität und Demokratie. Gesellschaftliche Vielfalt und die Zukunft der sprachlichen und politischen Bildung*, Frankfurt a. M., S. 298–314.
- Christ, Johannes/Martin, Andreas/Koscheck, Stefan (2021). Zur Anpassungsfähigkeit von Weiterbildungsanbietern in der Corona-Pandemie. In: *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, Jg. 44, H. 3, S. 215–239.
- Council of Europe (2025): Formal, non-formal and informal learning. Verfügbar unter: <https://www.coe.int/en/web/lang-migrants/formal-non-formal-and-informal-learning> (Zugriff: 07.04.2025).
- Dehn, Claudia (2022): Zwischen Anschlussfähigkeit und Irritation. Wie Evaluation die Wirksamkeit politischer Bildung erhöht. Verfügbar unter: [www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/qualifiziert-handeln/505647/zwischen-anschlussfaehigkeit-und-irritation-wie-evaluation-die-wirksamkeit-politischer-bildung-erhoeht/#footnote-target-2](http://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/qualifiziert-handeln/505647/zwischen-anschlussfaehigkeit-und-irritation-wie-evaluation-die-wirksamkeit-politischer-bildung-erhoeht/#footnote-target-2) (Zugriff: 30.09.2024).

- Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) (2024): Der DEval-Meinungsmonitor 2024. Verfügbar unter: [www.deval.org/de/evaluierungen/laufende-und-abgeschlossene-evaluierungen/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik-2024](http://www.deval.org/de/evaluierungen/laufende-und-abgeschlossene-evaluierungen/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik-2024) (Zugriff: 30.04.2025).
- Eble, Lukas (2023): Bildung Raum geben. Zur Bedeutung des physisch-materiellen Raums für die Bildungsarbeit. In: *Journal für Politische Bildung*, Jg. 13, Nr. 4, S. 10–17.
- Echarti, Nicholas/Huntemann, Hella/Reichart, Elisabeth/Lux, Thomas (2022): Volkshochschul-Statistik. 59. Folge. Berichtsjahr 2020, Bielefeld. Verfügbar unter: [www.die-bonn.de/id/41524/about/html](http://www.die-bonn.de/id/41524/about/html) (Zugriff: 30.09.2024).
- Eichhorn, Jaana (2020): Jugendfreiwilligendienste – Orte politischer Bildung. Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut, München, Deutsches Jugendinstitut. Verfügbar unter: [https://www.pedocs.de/volltexte/2023/28126/pdf/Eichhorn\\_2020\\_Jugendfreiwilligendienste.pdf](https://www.pedocs.de/volltexte/2023/28126/pdf/Eichhorn_2020_Jugendfreiwilligendienste.pdf) (Zugriff: 10.04.2025).
- Engagement Global (2024): Wer wir sind. Verfügbar unter: <https://www.engagement-global.de/de/wer-wir-sind> (Zugriff: 08.04.2025).
- Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (Fowid) (2021): Religionszugehörigkeiten 2020. Verfügbar unter: <https://fowid.de/meldung/religionszugehoerigkeiten-2020> (Zugriff: 30.04.2025).
- Gansewig, Antje/Oeftering, Tonio (2023): Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Evaluation der Landeszentrale für politischen Bildung Niedersachsen. Verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/profile/Antje-Gansewig/publication/373121254\\_Abschlussbericht\\_zur\\_wissenschaftlichen\\_Evaluation\\_der\\_Landeszentrale\\_fur\\_politische\\_Bildung\\_Niedersachsen/links/6512644a37d0df2448edb619/Abschlussbericht-zur-wissenschaftlichen-Evaluation-der-Landeszentrale-fuer-politische-Bildung-Niedersachsen.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Antje-Gansewig/publication/373121254_Abschlussbericht_zur_wissenschaftlichen_Evaluation_der_Landeszentrale_fur_politische_Bildung_Niedersachsen/links/6512644a37d0df2448edb619/Abschlussbericht-zur-wissenschaftlichen-Evaluation-der-Landeszentrale-fuer-politische-Bildung-Niedersachsen.pdf) (Zugriff: 10.04.2025).
- Hahn-Laudenberg, Katrin/Oberle, Monika (2020): Evaluation. In: Achour, Sabine/Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): *Wörterbuch Politikunterricht*, Frankfurt a. M., S. 68–71.
- Horn, Heike/Lux, Thomas/Christ, Johannes (2021): Weiterbildungsstatistik im Verbund. Ergebnisse für das Berichtsjahr 2019, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bielefeld. Verfügbar unter: [www.die-bonn.de/id/39824/about/html](http://www.die-bonn.de/id/39824/about/html) (Zugriff: 30.09.2024).
- Journal für Politische Bildung* (2024), H. 2: Wozu Evaluation? Frankfurt a. M.
- Jugel, David/Lewerenz, Rico (2022). Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration. Verfügbar unter: [https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel\\_Lewerenz\\_2022\\_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen\\_eine-Feldexploration.pdf?lang=de](https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel_Lewerenz_2022_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen_eine-Feldexploration.pdf?lang=de) (Zugriff: 08.04.2025).
- Jütz, Maren/Kolke, Stefan/König, Frank/Stärck, Alexander/Zierold, Diana/Roscher, Tobias/Greuel, Frank/Milbradt, Björn (2023): Halbezeitbilanz zum Bundesprogramm *Demokratie leben!* (2020–2024). Gesamtevaluation, Deutsches Jugendinstitut (DJI), Halle (Saale). Verfügbar unter: [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/DemokratieLeben/2023\\_Halbezeitbilanz\\_Gesamtevaluation.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/2023_Halbezeitbilanz_Gesamtevaluation.pdf) (Zugriff: 10.04.2025)
- Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Handreichung zur politischen Bildung. Band 4. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Verfügbar unter: [www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=2c4404a5-4f6a-4a43-1386-8e5b2df0cc02&groupId=252038](http://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=2c4404a5-4f6a-4a43-1386-8e5b2df0cc02&groupId=252038). (Zugriff: 30.09.2024).
- Köller, Olaf (2012): Evaluation. In: Tenorth, Heinz-Elmar/Tippelt, Rudolf (Hrsg.): *Lexikon Pädagogik*, Weinheim, S. 214–217.

- Kraft, Susanne (2011): Berufsfeld Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf/von Hippel, Agia (Hrsg.), Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung (5. Aufl.), Wiesbaden, S. 405–426.
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein–Westfalen (LpB NRW) (2021): Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein–Westfalen. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein–westfälischen Bevölkerung. Verfügbar unter: <https://www.mkw.nrw/themen/weiterbildung-und-politische-bildung/politische-bildung/demokratiebericht-zur-lage-der> (Zugriff: 10.04.2025)
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein–Westfalen (LpB NRW) (2022): Jahresbericht zur Förderung der politischen Bildung in NRW. Verfügbar unter: [https://www.politische-bildung.nrw/fileadmin/imperia/md/content/Weiterbildung/Bericht-LzpB-2022\\_inkl.\\_Anhang.pdf](https://www.politische-bildung.nrw/fileadmin/imperia/md/content/Weiterbildung/Bericht-LzpB-2022_inkl._Anhang.pdf) (Zugriff: 15.04.2025).
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein–Westfalen (LpB NRW) (2023): 2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein–westfälischen Bevölkerung in 2023. Verfügbar unter: <https://www.politische-bildung.nrw/wir-partner/projekte/demokratiebericht> (Zugriff: 10.04.2025).
- Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.
- Lewerenz, Rico/Hertel, Celina M. (2024): Demokratische Bildung im Förderdickicht. Eine JoDDiD-Studie zur Finanzierung und Förderung außerschulischer politischer Bildung in Sachsen (JoDDiD-Studie Nr. 3, John–Dewey–Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie), Dresden.
- PrEval (o. D.): PrEval. Zukunftswerkstätten. Verfügbar unter: <https://preval.hsfk.de/> (Zugriff: 30.09.2024).
- Rauschenbach, Thomas/Mühlmann, Thomas/Schilling, Matthias/Pothmann, Jens/Meiner-Teubner, Christiane/Fendrich, Sandra/Tabel, Agathe/Feller, Nadine/Kopp, Katharina/Müller, Sylvia/Böwing-Schmalenbrock, Melanie (2019): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse, Berlin, Toronto. Verfügbar unter: [https://www.pedocs.de/volltexte/2019/16913/pdf/Rauschenbach\\_et\\_al\\_2019\\_Kinder\\_Jugendhilfereport2018.pdf](https://www.pedocs.de/volltexte/2019/16913/pdf/Rauschenbach_et_al_2019_Kinder_Jugendhilfereport2018.pdf) (Zugriff: 15.04.2025).
- Scheidig, Falk (2021). Implikationen der Digitalisierung für professionelles Handeln in der Erwachsenenbildung. In: Education Permanente, Jg. 55, H. 2, S. 41–48.
- Schneider, Sebastian/Gödderz, Alexandra/Zille, Helge/Bruder, Martin (2024): Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024. Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn. Verfügbar unter: [https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2024\\_Memo\\_4/DEval\\_Memo2024\\_Web.pdf](https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2024_Memo_4/DEval_Memo2024_Web.pdf) (Zugriff: 10.04.2025).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020): Statistik der Kinder – und Jugendhilfe. Verfügbar unter: [https://www.forschungsdatenzentrum.de/sites/default/files/kjh\\_2020\\_22542\\_teil\\_III.2\\_eb.pdf](https://www.forschungsdatenzentrum.de/sites/default/files/kjh_2020_22542_teil_III.2_eb.pdf)(Zugriff: 08.04.2025).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder). Verfügbar unter: [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/sonstige-einrichtungen-5225403209004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/sonstige-einrichtungen-5225403209004.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 30.09.2024).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2022): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder). Verfügbar unter: [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/sonstige-einrichtungen-5225403209004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/Publikationen/Downloads-Kinder-und-Jugendhilfe/sonstige-einrichtungen-5225403209004.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 30.09.2024).

- Stiftung Mitarbeit (2024): Demokratie für morgen gestalten. Verfügbar unter: [www.mitarbeit.de/wirueberuns/ideen\\_und\\_ziele/](http://www.mitarbeit.de/wirueberuns/ideen_und_ziele/) (Zugriff: 30.09.2024).
- Transfer für Bildung (2023): Topografie der Praxis politischer Bildung. Verfügbar unter: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/topografie-der-praxis/> (Zugriff: 30.09.2024).
- UNESCO (2012): International Standard Classification of Education 2011, Montreal. Verfügbar unter: <https://uis.unesco.org/sites/default/files/documents/international-standard-classification-of-education-isced-2011-en.pdf> (Zugriff: 07.04.2025).
- Waldmann, Klaus (2023): Sterben Bildungsstätten aus? Ein kritischer Zwischenruf zur Situation eines zentralen Lernorts politischer Bildung. In: *Journal für Politische Bildung*, Jg. 13, Nr. 4, S. 28–35.
- Waldvogel, Thomas/Oberle, Monika/Leunig, Johanna (2020): Kommunal wählen gehen?! Die Wirkung von Interventionen politischer Bildung auf die Kenntnisse, Einstellungen und Motivationen von Erstwähler innen zu Kommunalwahlen. In: *Außerschulische Bildung*, H. 4, S. 20–29.
- Wirtschafts- und Sozialforschung Kerpen (WSF) (2005): Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen, Schlussbericht. Bonn / Berlin. Verfügbar unter: <https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:127f127e-4284-4006-af9b-fbe5b119bae5/verdi%20-%20situation%20von%20Lehrenden.pdf> (Zugriff: 10.04.2025).
- Zeuner, Christine (2013): Erwachsenenbildung und Profession. In: Hufer, Klaus-Peter/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Perspektiven politischer Bildung* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1355), Bonn, S. 81–96.
- Zusammenhalt durch Teilhabe (ZdT) (o. D.): Evaluation Et Wissenschaftliche Begleitung. Verfügbar unter: [www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/ueberuns/142609/evaluation-wissenschaftliche-begleitung](http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/ueberuns/142609/evaluation-wissenschaftliche-begleitung) (Zugriff: 30.09.2024).

